

VOLLGENOSSENSCHAFTEN

Wohnen und Arbeiten verbinden

Attraktivität der Genossenschaft für Gemeinschaftsprojekte wächst

Als Antwort auf die Kritik der Entfremdung in unserer Gesellschaft entstehen emanzipatorische Gemeinschaften. In vielfältigen Projekten von Lebensgemeinschaften, Ökosiedlungen, Kommunen, Vollgenossenschaften Communities oder Global Ecovillage Networks spiegelt sich dies wider. Neben der Überwindung individueller und gesellschaftlicher Entfremdung verfolgen sie Ziele wie inneren und äußeren Frieden, Selbstverwirklichung, Achtsamkeit und Emanzipation, fast immer verbunden mit dem Erhalt einer nachhaltigen, unzerstörten Umwelt. Einblick in solche Ansätze in der Organisationsform der Genossenschaft gibt der CONTRASTE-Schwerpunkt »Wohnen und Arbeiten verbinden«.



Gemeinsame Besprechungen und Rituale stärken den Zusammenhalt in Gemeinschaftsprojekten wie dem Ökodorf Sieben Linden

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die individuelle Wahrnehmung der Menschen im Hinblick auf ihre Zugehörigkeit ist Kennzeichen von Gemeinschaften. Sie sind also sozial bedingt und konstruiert – zumindest wenn der Gemeinschaftsbegriff von Max Weber zugrunde gelegt wird. Entsprechend spielen Kommunikationstechniken vom Forum über Supervision bis hin zur Gewaltfreien Kommunikation (GfK) für ihr Handeln und ihre Entwicklung eine zentrale Rolle. Dies wird bei der Darstellung der Beispiele im Schwerpunkt »Wohnen und Arbeiten verbinden« deutlich. Der Blickwinkel liegt allerdings verstärkt auf deren genossenschaftlichen Strukturen.

Instrument und Eigenwert

Einführend skizziert Sonja Menzel die vielfältigen Anregungen, die Lebensgemeinschaften unter dem Blickwinkel zukünftiger Entwicklungen für unsere Arbeits- und Wohnwelt mit sich bringen. Das Spektrum ihrer Antworten ist weit gespannt. Dazu gehört die Reaktion auf die forcierte Individualisierung durch die Medien- und Computerwelt. Ebenso wichtig ist die Erweiterung sozialer Kompetenzen aufgrund der Vermittlung von Wissen ohne Gruppenerfahrungen und der Wandel der Bedürfnisse nach veränderten Wohn- und Lebensverhältnissen.

Im Mittelpunkt der konkreten Beispiele stehen Gemeinschaften in Deutschland, die auf die genossenschaftliche Organisationsstruktur zurückgreifen. Sie werden in der Reihenfolge ihrer »Jugendlichkeit« dargestellt. Die Vitopia eG startete 2006. Bei ihr steht ein Wohnprojekt im Vordergrund, ergänzt durch gewerbliche Tätigkeiten wie (Umwelt-)Seminarhaus, BioCafé

und eine Fahrradherberge. Der Ausbau der Räumlichkeiten und die Entwicklung zur Gemeinschaft prägen zurzeit die Situation.

Gemischte Trägerorganisation

Älter, größer und mit mehr gewerblichen Bereichen ist die Lebensgemeinschaft Schloss Tonndorf. Sie saniert seit 2005 im südlichen Weimarer Land ein Anwesen. Ziel und Praxis sind der Erhalt eines Baudenkmals für eine Wohn-, Arbeits- und Lebensgemeinschaft von bis zu 80 Menschen. Das regional bedeutende Ensemble der Kulturlandschaft Thüringens wird über die dafür gegründete Genossenschaft auch für die Allgemeinheit zugänglich gemacht. Typisch ist die praktizierte Aufteilung der Aktivitäten auf verschiedene Trägerorganisationen. Unter dem Dach der Genossenschaft wird gewohnt und gearbeitet. Dagegen laufen der Allgemeinheit dienenden Aktivitäten wie Naturschutz, Denkmalschutz, Umweltbildung und Kultur über einen gemeinnützigen Verein.

Zehn Jahre älter und noch einmal erheblich komplexer ist das Ökodorf Sieben Linden. Unter den Gemeinschaftsprojekten kann Sieben Linden als »PR-Gigant« bezeichnet werden, häufig präsent in Presse und Filmen. In der Darstellung stehen die Organisationsstrukturen im Vordergrund: Zwei Genossenschaften, eine Siedlungs- und eine Wohnungsbaugenossenschaft, sowie zwei Vereine, ein Bildungs- und Unterstützungsverein sowie ein Verein zur Organisation der

Lebensmittelselbstversorgung. Eine konsequente gemeinsame Ökonomie umzusetzen, ist bisher nicht gelungen. Auch sind die im Ökodorf aktiven Betriebe keine Kollektive, sondern Selbständige. Das Spannungsfeld von Selbstverantwortung und Gemeinschaft prägt das wirtschaftliche Gefüge.

Ständige Veränderungen

Als letztes Beispiel wird eine der »Großmütter« der Gemeinschaftsprojekte in Deutschland geschildert, die Schäfereigenenschaft Finkhof. Sie hat erhebliche Veränderungen im Laufe ihrer über vierzigjährigen Geschichte erfahren: von der Wohngemeinschaft zum Gemeinschaftsbetrieb hin zum Kollektivunternehmertum mit Angestellten. Gegenwärtig steht die Diskussion über eine »Alten-WG« als gemeinsame Perspektive an. Die Genossenschaft wird für das lange Bestehen des gemeinsamen Zusammenhangs als entscheidend angesehen. »Stabilität im Wandel« könnte ein charakterisierender Slogan für diese jahrelang zu den politischen Kommunen zählende Gemeinschaft lauten.

Abgerundet wird der Schwerpunkt durch eine Buchbesprechung, verschiedene Hinweise und dem Programm einer Tagung am 15./16. Juni 2012 in Dessau mit dem Thema »Wohnen und Arbeiten vernetzen – neue Handlungsfelder für Genossenschaften«. Sie wird im Bauhaus in Dessau stattfinden. ●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

AUS DEM INHALT:

COMMONS

Noch vor wenigen Jahren war »Allmende« einfach ein aussterbendes Wort für eine aussterbende Sache – bis es eine neue Konjunktur im Zusammenhang mit freier Software, geistigen Eigentumsrechten (»Creative Commons«), aber auch mit Saatgut, Umweltressourcen und generell mit Gemeingütern erlebte. Klaus Prator stellt in seinem Diskussionsbeitrag die alten und neuen Allmenden vor. Seite 3

KAFFEEKOLLEKTIV

»Quijote Kaffee« ist ein Kollektiv von mittlerweile vier Personen und als OHG organisiert. Wir sprachen mit Pingo, einem der Gründer des legendären Café Libertad Kollektivs, der im November 2010 Quijote gründete. Seite 4

KUNSTKOOPERATIVE

Von Mitte September bis Mitte Oktober 2010 bereiste Fredi Büks den Nordosten von Tanzania und besuchte als Tourist einige Gemeinschaftsprojekte, darunter in der Stadt Moshi eine Gruppe von Schnitzern und Malern, die sich 1990 zu einer Kunstkooperative zusammengeschlossen hatten. Seite 5

GEMEINSCHAFTEN

Der Vinzenz-Rizzi-Preis wird vom Zentralverband Slowenischer Organisationen und vom Slowenischen Kulturverband in Kärnten jährlich an Personen und Organisationen für zukunftsweisende Initiativen auf dem Gebiet der interkulturellen Verständigung verliehen. Nach dem Schriftsteller Peter Handke im Jahr 2010 wurde das österreichische Longo ma-Projekt »Hof Stopar« im Dezember 2011 mit diesem Preis ausgezeichnet. Seite 5

WASSERPRIVATISIERUNG

Im März 2012 fand in Marseille das Weltwasserforum WWF statt. Hauptakteure sind Veolia und Suez, zwei Wasserkonzerne. Das WWF ist eine Lobbyveranstaltung der Wasserprivatisierer. AktivistInnen aus aller Welt veranstalteten gleichzeitig das Alternative Weltwasserforum FAME (Forum Alternatif Mondial de l'eau), an dem auch unsere Autorin Dorothea Hürlin als Aktivistin teilnahm. Seite 6

ÖKONOMIE

Zum Thema »alternative Geldsysteme« scheiden sich die Geister: Gerade in Deutschland ist der Kontrast zwischen enthusiastischen AnhängerInnen und unterschiedlichen GegnerInnen besonders ausgeprägt. Der Rückgriff auf die internationale Diskussion erlaubt eine sachliche Einschätzung des Potenzials, aber auch der Risiken dieses Ansatzes. Seite 13

www.contraste.org

D 8008



FOEBUD E.V.: DIE ELEKTRONISCHE GESUNDHEITSKARTE

Aufklärung fürs Wartezimmer

Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) hat schon mehr als eine Milliarde Euro verschlungen und bleibt in der Kritik. Das Geld, so denken anscheinend die Krankenkassen, soll nicht umsonst versickern. Deshalb fangen diese nun mit aller Macht an, Patienten zu versichern und Fotos einzufordern.

Von Foebud e.V., Bielefeld ● Die elektronische Gesundheitskarte ist eine neue Krankenversicherungskarte, die die alte Krankenversicherungskarte bis 2013 ersetzen soll. Das Projekt hat schon einige Jahre auf dem Buckel: Seit 2006 soll die eGK eingeführt wer-

den. Dies verzögerte sich durch technische Probleme und Sicherheitsbedenken. Das Ende des Jahres 2011 sollte der Durchbruch werden: Bis dahin sollten die gesetzlichen Krankenversicherungen an 10% ihrer Versicherten die eGK ausgeben (der sog. Basis-Rollout).

Die neue Karte enthält einen Mikroprozessorchip, auf dem Daten – wie z.B. ein Notfalldatensatz und die Bereitschaft zur Organspende – gespeichert werden können. Außerdem können mit ihr Informationen, wie eine elektronische Krankenkarte, von einem zentralen Server abgerufen werden. Was ihr Arzt also bisher in Papieren vor sich liegen hatte, soll digital und für alle behandelnden Ärzte einsehbar gespeichert werden.

Vielleicht sind auch Sie schon betroffen und sollten ein Foto einschicken? Besser, Sie tun es nicht. Der Foebud hat schon mehrmals auf die Gefahren und Nebenwirkungen der eGK aufmerksam gemacht: Gläserne Patienten, weniger Zeit der ÄrztInnen und die ungeklärte Frage, wer die Daten dann eigentlich kontrolliert.

Im Moment wenden sich viele alarmierte Versicherte mit genau diesen Fragen an uns, weil sie unsere Bedenken teilen und selbst keine eGK in Anspruch nehmen wollen. Das FAQ zur eGK auf unserer Homepage und unser eGK-Infopaket fürs Wartezimmer wirken also (1). Auch Ihre Ärztin oder Arzt können das Paket mit praktischen Tipps, Widerspruchsvordruck für die Krankenversicherung, Aufsteller und Plakaten im Foebud-Shop bestellen. Bitte helfen Sie uns: Informieren Sie Ihre Ärztin oder Ihren Apotheker über dieses Angebot.

Einzelne Musterexemplare können Sie gratis in unserem Onlineshop bestellen oder herunterladen.
Meine Versicherung will ein Foto von mir. Was kann ich tun? Sie müssen kein Foto einsenden. Wie wäre es stattdessen mit einem begründeten Widerspruch? Einfach und schnell geht das mit dem in unserem Flyer abgedruckten Abschnitt. Diesen können Sie im Foebud-Shop bestellen oder herunterladen (2). So teilen Sie der Krankenkasse mit, dass Sie die eGK ablehnen und deswegen kein Foto einsenden. Bleiben Sie standhaft! Ihre Kasse wird Sie wiederholt auffordern, ein Foto einzusenden.
Habe ich Nachteile dadurch, wenn ich kein Foto einsende? Nein! Im schlimmsten Fall erhalten Sie einfach keine eGK. Ihr Versicherungsschutz bleibt bestehen. Beim Arzt können Sie Ihren Versicherungsschutz durch Ihre alte Versicherungskarte nachweisen. Bis 2013 wird sowohl die eGK als

auch die alte Krankenversicherungskarte vom Arzt akzeptiert. Die Krankenkassen begründen ihre Forderung nach einem Foto mit dem Sozialgesetzbuch V §291a. Doch dieser schreibt das Foto keineswegs zwingend vor.

Wir unterstützen die Aktion stoppt-die-e-card.de und sind damit nicht allein: Auch die Freie Ärzteschaft und über 750.000 Menschen unterstützen die Petition gegen die elektronische Gesundheitskarte (3). ●

1) Unsere »häufig gegebenen Antworten auf häufige Fragen zur eGK«: www.foebud.org/gesundheitskarte/faq-egk
2) Der Link zu unserem eGK-Folder: <https://shop.foebud.org/thema/gesundheitskarte>
3) Zur Online-Petition: www.stoppt-die-e-card.de/index.php?pages/petition.html

AKTION 2012

»Orga des Monats«

Das »Bekleidungsyndikat« in Hannover hat CONTRASTE im Monat April als »Orga des Monats« vorgestellt. Das »Bekleidungsyndikat« betreibt einen Onlineshop für korrekte Klamotten, die biologisch produziert werden oder aus recycelten Materialien bestehen (s. auch CONTRASTE Nr. 309). Auf seiner Blogspot-Site gibt es ein kurzes Interview mit unserer Redakteurin Elisabeth Voß: <http://bekleidungsyndikat.blogspot.de/organisation-des-monats/contraste-april-2012/>

Redaktion Heidelberg ● Wir bedanken uns herzlich für diese zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit für unser Zeitungsprojekt und freuen uns schon auf die angekündigte Spende aus dem Verkauf bestimmter T-Shirts. Spenden benötigen wir nach wie vor dringend, im Monat April gingen weitere 388,20 EUR ein. Wir benötigen nun noch 2.431,20 EUR, um die externen Produktionskosten in diesem Jahr aufbringen zu können.

Die Spenden:

- Michael Adam, Dortmund (8,20 EUR)
- Subhash, Baden Austria (50 EUR)
- Bernd Hüttner, Bremen (40 EUR)
- Jörg Hänslar, Stuttgart (70 EUR)
- Simon Trimpin, Sandhausen (15 EUR)
- Felix Bartholl, Waal (200 EUR)

Herzlichen Dank!

Abokampagne

Im Monat April gab es fünf neue Abos, leider aber auch drei Abo-Kündigungen und die Kündigung von drei Fördermitgliedschaften über insgesamt 194 EUR.

Wir benötigen +124 neue Abos, um ohne zusätzliche Spenden wirtschaften zu können.

Adressänderungen

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen!

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2012

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2012: 2.431 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 124+ Neubos

kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neubos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.

elis.corner

Veränderungslust beflügelt

Von Elisabeth Voß ● Multiple Krisen, weltweite Ungerechtigkeiten und ein Leben auf Kosten anderer – die Probleme liegen klar auf der Hand. Auch in den global privilegierten Regionen macht ein Lebensstil im Dauerstress, unter dem Diktat zunehmender Monetarisierung und verloren in den vielfältigen Unübersichtlichkeiten keineswegs glücklich. So erscheinen immer mehr Ratgeber für diejenigen, die wahlweise die Natur, sich selbst oder gleich die ganze Welt retten wollen. Und fast jedes Wochenende treffen sich irgendwo in der Republik engagierte ZeitgenossenInnen, um zu beratschlagen, was zu verändern sei.

Zum Beispiel im März in Köthen (Sachsen-Anhalt) zum »Macht Geld Sinn«-Kongress der Freiwirtschaftsszene. Aber bleibt nicht, wer durch eine Veränderung des Geldsystems die Welt ändern möchte, in der Fixierung auf die Austauschverhältnisse gefangen? Dort wie auch beim tazlab »Das gute Leben« Mitte April predigt der Postwachstumsökonom Niko Paech den Verzicht auf liebgewordenen, oft jedoch zum Ballast mutierten Konsum und plädiert für umfassende Selbstversorgung.

Mir sind einfache Lösungen unheimlich. Die Substanzperspektive der 1980er/90er Jahre war nie nur ein Zurück zur Natur, sondern ein herrschaftskritischer Denk- und Praxisansatz mit globaler Perspektive. Diese Kritik und der Umgang mit Interessen und Machtverhältnissen fehlt mir heute oft. Zu den notwendigen lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen gehört zum Beispiel unabdingbar die Frage nach der Verfügung über Infrastrukturen und Ressourcen. Ich habe nichts gegen Tauschringe und Regioged, aber wie und unter welchen Bedingungen wird produziert? Wer entscheidet darüber und legt fest, was überhaupt hergestellt wird?

Meine Bedürfnisse lassen sich nicht ausschließlich lokal befriedigen. Zum Beispiel möchte ich weiterhin Kaffee trinken, und hoffe sehr, dass der Klimawandel

nicht dazu führt, dass wir ihn hier anbauen können, sondern dass fairer Kaffee auch zukünftig importiert werden muss. Auch die Horizonterweiterung durch interkontinentale Besuche möchte ich nicht missen. Ich werde mich also hüten, den Flugverkehr zu verteuern. Ganz im Gegenteil bin ich fasziniert davon, dass Menschen in der Lage sind, den Traum vom Fliegen entgegen dem Naturgesetz der Schwerkraft technisch umzusetzen. Die sozial und ökologisch destruktiven Folgen der Fliegerei sind gesellschaftlich gemacht, aber der Kapitalismus ist sehr anpassungsfähig. So werden schon heute in den USA und Kanada Luftschiffe erprobt, die wenig Treibstoff benötigen und keine Landebahnen brauchen. Die Rüstungskonzern Lockheed Martin entwickelt Zeppeline zur militärischen Nutzung, der Flugverkehrsinvestor Aviation Capital zielt auf den Frachtgutmarkt.

Ich bin fest davon überzeugt, dass ForscherInnen und EntwicklerInnen, die ihrer Kreativität und ihrem Erfindungsreichtum freien Lauf lassen können, ohne von militärischen und ökonomischen Interessen gelenkt zu werden, in der Lage sein werden, noch ganz andere ökologisch verträgliche Fluggeräte zu entwickeln. Wer weiß, wie das Bedürfnis nach globaler Mobilität befriedigt würde, wenn kein Wertungsverzweigung mehr die technologische Entwicklung und ihre Finanzierung dominiert? Es sind sicher noch weite Wege heraus aus dem Profitstreben und der patriarchalen Fixierung auf Erwerbsarbeit und Hightech hin zu selbstorganisierbaren und demokratisierbaren Produktionsweisen. Was heute an vielen Stellen klein beginnt, wird zusammen mit sozialen Kämpfen hoffentlich eines Tages Wellen der Konversion relevanter Wirtschaftsbereiche ins Rollen bringen. Wie die Ergebnisse dann aussehen werden, das können wir uns heute kaum vorstellen, denke ich. Aber die gesellschaftliche Atmosphäre flirrt vor Veränderungslust, und ich bin gespannt, was noch alles daraus entstehen wird. ●

BESETZTES LAND IN WIEN VON PRIVATEN SICHERHEITSKRÄFTEN GERÄUMT

Von Brigitte Kratzwald, Redaktion Österreich ● Ein Stück landwirtschaftlich genutzte Fläche im Nordosten von Wien, seit Jahren von der Bundesimmobilien-gesellschaft an die Universität für Bodenkultur verpachtet, für vielfältige Zwecke genutzt, Träger so manch zarten Versuchs von Selbstorganisation. Das Ende des Pachtvertrages mit dem Jahr 2011 und der Wunsch vieler, meist junger Menschen nach Land zum Bewirtschaften, für Biennutzung, Gemeinschaftsgarten, Community Supported Agriculture.

Eine aufgelegte Sache könnte man meinen, eine optimale Gelegenheit, wären da nicht die Begehrlichkeiten eines Immobilienunternehmens und das Interesse der Stadtregierung öffentliches Eigentum gewinnbrin-

gend zu verkaufen. In monatelangen Verhandlungen von einer Stelle zur anderen geschickt und immer wieder verrotet, entschied sich die Gruppe dafür, am 17. April, dem Tag des kleinbäuerlichen Widerstandes, das Land zu besetzen.

Nach einigen Tagen eifrigen Arbeitens und Diskutierens unter wohlwollender bis tatkräftiger Unterstützung von Nachbarn, die ebenfalls lieber eine Gartenfläche anstatt eines Wohnblocks in ihrer Umgebung hätten, wurde in den Morgenstunden des 26. April dem selbstorganisierten Experiment ein unruhliches Ende gesetzt. Das Alarmierende: vor den Augen der tatenlos zusehenden Polizei entfernten von der BOKU beauftragte private Sicherheitskräfte etwa 80 BesetzerInnen teils mit Gewaltanwendung vom Grundstück. Ein Vorgehen, das die Befugnisse privater Securities eindeutig überschreitet und gesetzlich nicht gedeckt ist. Zu selben Zeit begannen Traktoren und Bagger alle dem Erdboden gleich zu machen, was über Jahre von StudentInnen und anderen Gartenbegeisterten aufgebaut wurde.

Blieben die Fragen, wessen Interessen die BOKU hier vertritt und warum es eine Stadtregierung darauf anlegt, Eigeninitiative von jungen Menschen sofort im Keim zu ersticken. ●

Mehr Infos: 17april.blogspot.eu

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN BERLIN-BRANDENBURG

Geld oder Leben?

Am 28. März 2012 – auf den Tag genau zum 1. Geburtstag des morgen:magazin auf Radio multicult.fm – startete die neue Sendung zu Solidarischer Ökonomie in Berlin-Brandenburg. Jeden Mittwoch um kurz nach acht Uhr gibt es nun im morgen:magazin Themen und Projekttheispiele rund um Selbstorganisation und anderes Wirtschaften, also zu den Themen, die auch in CONTRASTE vorkommen, und einen Bezug zu Berlin oder Brandenburg haben.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Bisher führen die ModeratorInnen von multicult.fm Gespräche mit Studiogästen, das ist die einfachste Variante des Radiomachens. Den Anfang machte Elisabeth Voß mit einer kurzen Einführung in die Bandbreite Solidarischen Wirtschaftens. Es folgten Dorothea Härlin vom Berliner Wassertisch, Stefan Taschner und Eric Häublein vom Berliner Energietisch, Zeinab Nasereddin von den Reinickendorfer Integrationslotsinnen und Georg Rath von der Kooperative Cecosola in Venezuela aus Anlass ihrer Veranstaltungen in Berlin.

Die ersten vorproduzierten Sendungen sind in Arbeit, und wer Lust auf Radiomachen hat, ist herzlich eingeladen, sich zu beteiligen. Die KollegInnen von

multicult.fm helfen bei technischen Fragen, und stellen hinterher den Mitschnitt der Sendung zur Verfügung.

Das Radioprojekt ist das erste Ergebnis des Workshops auf der Linken Medienakademie LIMA »Medienprojekt Solidarische Ökonomien in Berlin-Brandenburg« (CONTRASTE 328, Januar 2012, Seite 10). Vorbereitet und präsentiert wird die Sendereihe von der CONTRASTE-Redaktion Berlin gemeinsam mit dem NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.

Die Radiobeiträge sind schon auf einer provisorischen Website, zusammen mit weiteren Infos, veröffentlicht: www.contraste.netz-bb.de

Radio multicult.fm sendet täglich vormittags auf der UKW-Frequenz 88,4 (im Süden Berlins auf 90,7) aus dem gläsernen Studio in der Marheineke Markthalle in Kreuzberg. Die Zeiten werden gerade neu verhandelt und sind auf der Website zu erfahren, wo rund um die Uhr gesendet wird: www.multicult.fm. Radio multicult.fm wird von einem Freundeskreis unterstützt: www.multikulti.eu

Info

Mailingliste Solidarische Ökonomie in Berlin-Brandenburg: [\[contraste.netz-bb\]](mailto:[contraste.netz-bb])
<https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/solioeko>
Infos zur Lesereise der Kooperativisten aus Cecosola (siehe CONTRASTE März und April 2012): <http://cecosola.solioeko.de>

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-Abonnentin und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

GÖTTINGEN

StadtRadio: Kürzungspläne sind vom Tisch

Die geplante Kürzung der städtischen Zuschüsse für das Göttinger StadtRadio – wir berichteten, Contraste 331, April 2012, Seite 6 – ist vorerst vom Tisch. Das geht aus einer gemeinsamen Presseerklärung der drei großen Ratsfraktionen (SPD, Grüne, CDU) hervor, die am 12. April veröffentlicht wurde. Im Rahmen des sogenannten »Zukunftsvertrages« mit dem Land Niedersachsen soll der Haushalt der Stadt in den nächsten acht Jahren ausgeglichen gestaltet werden. Dazu war von der Verwaltung ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt worden. Die Fraktionen der SPD und der Grünen erklärten nun, dieses Paket – mit geringfügigen Änderungen – gemeinsam mit der CDU, die im Göttinger Stadtrat mit der letzten verbliebenen FDP-Abgeordneten eine Gruppe bildet, beschließen zu wollen.

Der Bürgersender hat großes Glück gehabt. Neben der Verbraucherberatung ist er die einzige Institution, die entgegen den bisherigen Plänen der Stadtverwal-

tung ungeschoren davonkommen soll. Lediglich in fünf weiteren Fällen wurden die Sparpläne modifiziert bzw. abgemildert – das Gros des 63 Punkte umfassenden »Entschuldungshilfeprogrammes« wird voraussichtlich am 26. April den Rat passieren. Eine große Anzahl von Einrichtungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich, wie das Kommunikations- und Aktionszentrum (KAZ), das Junge Theater, der Frauennotruf oder Pro Familia wird dann wohl mit schmerzhaften, teilweise existenzbedrohenden Einschnitten leben müssen. ●

Hans Weber

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE0250890000051512405
BIC GENODEF1VBD

COMMONS-DISKUSSION

Die alten und die neuen Allmenden

Noch vor wenigen Jahren war »Allmende« einfach ein aussterbendes Wort für eine aussterbende Sache – bis es eine neue Konjunktur im Zusammenhang mit freier Software, geistigen Eigentumsrechten (»Creative Commons«), aber auch mit Saatgut, Umweltressourcen und generell mit Gemeingütern erlebte.

Von Klaus Prator, Berlin ● Die ursprüngliche Allmende (auch Allmend, Hutanger, Espan) war ein Weideland im Gemeinbesitz, das seit dem 11. oder 12. Jahrhundert vom Wald unterschieden wurde. Bei uns »verschwanden« die Allmenden ab Ende des 18. und verstärkt im 19. Jahrhundert, richtiger gesagt: sie wurden aufgehoben. Aber in einigen Gegenden vor allem Süddeutschlands und insbesondere in der Schweiz existieren sie bis heute, allerdings als relativ unbedeutende Relikte. Im Englischen ist die Allmende ein Common (ohne s), im amerikanischen Englisch »a (!) Commons«, die Allmendaufhebung die berühmte »Enclosure«, die Einhegung als Privatbesitz.

Heute wird Commons leider oft umstandslos mit Gemeingütern übersetzt. Am ehesten wäre noch zu verschmerzen, dass dies philologisch nicht ganz korrekt ist. Gemeingüter sind common goods (sofern beweglich) oder common heritage. Bedauerlicher ist, dass damit zum einen die Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsmodell der ursprünglichen Allmende vermieden wird und zum anderen die Bildhaftigkeit der Übertragung verloren geht. Es ist nicht nur eine ästhetische Angelegenheit, wenn die Weidewirtschaft als Modell einer Ökonomie von freier Software und geistigen Eigentumsrechten benutzt wird.

Zwar genieße ich die Bildlichkeit im Namen der ehemaligen Attac-AG »Wissensallmende und freier Informationsfluss« und in »Creative Commons«, die die juristischen Fragen abstrakter Gebilde auf den Hintergrund grüner Weiden und sprudelnder Wasser projizieren, aber es ist mehr als das: es geht nicht um die Einordnung eines Neuen in ein scheinbar schon Gewusstes (Gemeingüter), sondern um die metaphorische (bildhafte) Übertragung eines kaum mehr Gewussten (Allmende) in etwas ganz Neues (digitale Wissensverbreitung). Und das ist eben das andere: indem wir »Commons« – im Englischen übrigens ein genauso altes Wort wie im Deutschen »Allmende« – mit »Gemeingüter« übersetzen, meinen wir, wir wüssten schon, was es ist. Wir müssen uns dann nicht damit beschäftigen, dass die Allmende, auf die wir fortschrittliche, sozialistische, emanzipatorische, utopische Hoffnungen setzen, eingebettet war in feudale Strukturen, von denen wir das Gegenteil vermuten und dass sie in Gegenden überlebte, für die Ähnliches gilt.

Ursprüngliche Allmende

Charakteristisch für die Allmende in unseren Breiten war und ist, dass hier Privates und Öffentliches vielfältig ineinander greifen. Denn auf die gemeinsame Weide wird das private Vieh getrieben und es existiert neben dem privaten Land, das für Getreide und Gemüse genutzt wird. Die Allmende bildet eine gemeinsame Infrastruktur, die privat genutzt werden kann. So gab es schon zu Zeiten der Abschaffung der Allmende (konkret zum Beispiel 1815 in Ingolstadt) das soziale

Argument, dass der Großbauer, der viel Großvieh auf die Allmende treibt, gegenüber dem mit wenig Kleinvieh bevorratet wird. Natürlich variieren die Begriffe des Privaten und Öffentlichen und der Allmende selbst kulturell und historisch. Allmenden finden sich auch in Indien und Südamerika, eingebunden in die jeweilige Kultur und Rechtsform. Das Beispiel der Schweiz zeigt, dass die Öffentlichkeit nicht die der politischen Gemeinde ist, sondern dass die »Allmend« in räumlicher Übereinstimmung als eigene Form daneben besteht. Nur ein Teil der politischen Bürger (nämlich der besitzende) gehört zur Allmendgemeinde, und das auch, wenn er heute in Amerika lebt.

Diese Variation betrifft natürlich auch unsere eigene Geschichte. Die feudale Gesellschaft kann nicht mit unseren heutigen Begriffen von privat und öffentlich und insbesondere nicht mit unseren Begriffen von Besitz und Eigentum begriffen werden. Als extensive Landwirtschaft verkörperte die Allmende auch schon in feudalen Zeiten eine alte Form gegenüber den neueren, der intensiven Landwirtschaft des Anbaus mit Pflug, Fruchtwechsel und Düngung. Sie verwies zurück auf Zeiten und Gesellschaften, in denen Hirtenvölker die dominierende Wirtschaftsweise darstellten, und hatte als solche eine eigenständige Bedeutung, vielleicht auch weil ihr eine gewisse Autonomie innewohnt.

Die Feldwirtschaft war demgegenüber »privat« organisiert, aber nicht in unserem heutigen Sinn. Am ehesten kann man die Form genossenschaftlich nennen, denn die Felder konnten nur in enger Abstimmung und Zusammenarbeit bestellt werden. Deswegen gab es den »Flurzwang«, die vorgegebene Regelung, was zu welchem Zeitpunkt jeweils gepflanzt oder geerntet werden konnte. Es gab keinen Weg auf das eigene Feld, er ging immer über die Felder der Nachbarn. Der Flurzwang galt auch für die Adligen. Die uneingeschränkte Verfügbarkeit im Sinne des bürgerlichen Eigentums gab es in dieser Gesellschaft nicht. Die Allmende war ein vielleicht schon rückständiger, aber in jedem Fall integrierter und für Ernährung und Düngung unbedingt notwendiger und unersetzlicher Teil dieses Gesamtzusammenhangs. In jedem Fall war sie ein Beispiel für eine eher genossenschaftlich als marktwirtschaftlich orientierte Arbeitsteilung und Wirtschaftsweise, die, und das verdient hervorgehoben zu werden, über Jahrhunderte sehr erfolgreich funktionierte – und wo sie besteht, auch noch funktioniert.

Die Allmendaufhebung oder Gemeinheitsteilung (Enclosure)

Mindestens so spannend wie die Allmende selbst sind ihr Ende, die Allmendaufhebung, und die Gründe dafür. So erfolgreich die Allmende jahrhundertlang im Zusammenhang mit anderen Wirtschaftsformen funktionierte, war ihr doch keine Dauer beschieden. Auf den ersten Blick scheint es ja eine Frage des (wissenschaftlichen und sonstigen) Fortschritts gewesen zu sein. Als extensive Form der Landwirtschaft geriet sie in Misskredit zugunsten der »fortschrittlichen« intensiven Landwirtschaft mit Stallhaltung, Kunstdünger etc. Aber, wie heute bei der Gentechnologie, sind die technischen Veränderungen eingebettet in wirtschaftliche und politische. Angriffe und Eingriffe gegenüber den bäuerlichen Allmenden, zum Beispiel durch Adlige und Klöster, gab es schon im Mittelalter,

also fast seit Anfang an. Aber seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wurde systematisch an ihrer Abschaffung gearbeitet.

Die Zeit der Aufhebung der Allmenden fiel zusammen mit dem Aufstieg Preußens. Friedrich II. hatte diese zu seinem persönlichen Anliegen gemacht (er hat übrigens auch die seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges bestehenden Berggenossenschaften abgeschafft). 1771 erschien mit dem Reglement für Schlesien die erste vollständige Verordnung über »Gemeinheitsteilung« in Preußen. Gerichtliche und gewalttätige Auseinandersetzungen sollten vermieden werden, aber zugleich sollte kontinuierlich an der Aufhebung gearbeitet werden, z.B. durch Verweis auf das vorbildliche England. Die Allmendaufhebung stand im Zusammenhang anderer Maßnahmen, z. B. der Aufhebung des Flurzwangs für die Großgrundbesitzer, die damit die Möglichkeit erhielten, Pflanzen mit besseren Markt- und Exportchancen anzubauen. Überhaupt war der Adel der große Gewinner dieser Reformen. Nur 14 % des Grundes der aufgelösten Allmenden wurden den Bauern zugeteilt. Der Rest ging an die Rittergutsbesitzer.

Man kann vermuten, dass die preußischen Junker erst in dieser Periode ihre wirkliche Macht erreichten. Die Details dieser Vorgänge werden beschrieben bei Zücker, Allmende und Allmendaufhebung (Stuttgart, 2003), auf den auch ich mich beziehe. Die ursprünglichen Allmenden sind eben nur aus unserer heutigen Sicht ein Randphänomen. Zu den damaligen Zeiten führten die Umgestaltungen zum einen mit zum Aufstieg Preußens. Auf der anderen Seite kommt eine damalige Untersuchung zu dem Ergebnis, dass es in den Gemeinden mit Allmenden keine drastische Armut gebe. In jedem Fall verschob sich die Macht zugunsten der großen Gutsbesitzer. Ökonomen voroten zudem in dieser Zeit den Beginn der Aufteilung der ländlichen Bevölkerung in Produzenten und Konsumenten.

Tragik und Verfassung der Allmende

Die gesamte Kritik an der Allmendewirtschaft wird im Begriff der »Tragedy of the Commons« zusammengefasst, den Hardin 1968 prägte. Heute wird er im Kontext neoliberaler Argumentation benutzt. Hardin selbst war aber als Malthusianer eher für mehr Regelung als für Liberalisierung. Zudem könnten wir ihn heute zu den Wachstumskritikern rechnen. Der zu Grunde liegende Gedanke ist aber älter und stammt etwa aus der Zeit, als die Allmenden abgeschafft wurden. Er besagt in etwa, dass jeder die Allmende zu seinem Vorteil nutzt und damit belastet, aber umgekehrt nicht entsprechend für sie gesorgt wird, da daraus eben kein individueller Nutzen entsteht. Er wirkte in dieser Zeit besonders überzeugend, denn die erwähnten preußischen Gemeinheitsteilungen hatten in der Tat dazu geführt, dass die restlichen Allmenden überlastet und überweidet waren. Zudem ist der Gedanke der Nutzenmaximierung einer, der just um diese Zeit als Ausfluss kapitalistischer Wirtschaftsweisen erst Einzug in die Landwirtschaft gefunden hat. Und so muss man festhalten, dass neben dem Triumph der intensiven Landwirtschaft es eben dieser Gedanke und die Verfestigung eines radikalen (uneingeschränkten) bürgerlichen Eigentumsbegriffs sind, die das Ende der Allmende herbeiführen.

In dieser Sichtweise, die die Allmende nur als Spielplatz des Marktes wahrnimmt, bleibt außer Acht, dass die Existenz der Allmende immer durch soziale Regeln und deren Überwachung garantiert war. Beispielsweise wurde so das Versetzen ihrer Grenzposten zugunsten des Privatlandes verhindert. Unter dem Titel der »Verfassung der Allmende« (Governing the Commons) hat Elinor Ostrom all das gründlich recherchiert und ausgearbeitet und kommt dabei u.a. zu dem Ergebnis, dass sie die Tragik der Allmende nirgends auf der Welt feststellen konnte, wo die Allmenden noch Allmenden waren. 2009 bekam sie dafür den Nobelpreis.

Umwelt und Wissen als (sehr unterschiedliche) neue Allmenden

Volkswirtschaftlich sind Allmendegüter unreine öffentliche Güter, d.h. sie haben einen öffentlich-privaten Charakter. Anders als bei reinen, also ausschließlich öffentlichen Gütern, ist bei Allmendegütern Rivalität gegeben, d. h. die Nutzung durch Einen ver- oder behindert die Nutzung durch Andere, aber ein Ausschluss von der Nutzung ist nicht möglich. Freilich ist das eine schematische Einordnung in eine primär marktwirtschaftliche Begrifflichkeit, die dem Allmendedanken so fremd ist wie dieser ihr. Ostroms For-

schungsergebnisse kann man so lesen, dass die existierenden Allmenden wohl Ausschluss oder Einschränkung kennen und deshalb eben keine Allmendegüter im ökonomischen Sinne sind.

Ein ökonomisches Konzept, das der historischen Allmende eher gerecht wird, ist das des Bodens. Vor allem ältere Wirtschaftstheorien nennen als Produktionsfaktor neben Arbeit und Kapital den Boden. Der Begriff des Bodens ist aber durchaus auch heute – wieder – interessant, zeichnet er sich doch in Abhebung von Kapital und Arbeit durch seine prinzipielle Begrenztheit und Unvermehrbarkeit aus und schlägt damit eine Brücke zu den, in der Wirtschaftswissenschaft lange ausgeblendet, Grenzen des Wachstums in ökologischer und anderer Hinsicht.

Eben diese Begrenztheit macht die Allmende zur geeigneten Metapher für die Umwelt und den Umgang mit ihr. Deshalb werden heute neben Allmenden, Fischgewässern, Wäldern und Deichen auch Luft und Wasser als Allmenden gesehen, von denen früher nie vorstellbar war, dass sie knappe Güter werden könnten.

Unvermehrbarkeit ist es nun gerade nicht, was die Güter der anderen neuen Allmende, der Wissensallmende (Creative Commons) auszeichnet. Für sie gilt umgekehrt, dass sie, wenn sie einmal geschaffen sind, mit großer Leichtigkeit vermehrt bzw. kopiert werden können. Damit entfällt letztlich auch die Rivalität. Anders als beim Apfel, der verschwindet, wenn er gegessen wird, kann ein Buch, oder seine elektronische Kopie, von mehreren gelesen werden. Hier ist gerade die in Zeiten der Digitalisierung prinzipiell unbegrenzte Vermehrbarkeit Anlass, den Begriff der Allmende auf diesen Bereich zu übertragen, nämlich unbegrenzten Zugang für Freie Software, Creative Commons (Künstlerische und wissenschaftliche Texte, Musik, bildende Kunst), Saatgut und Medikamente zu fordern und für ihre Produzenten andere Entgeltformen zu entwickeln.

Anders als der Name Urheberrechte suggeriert, kommen diese gerade in den Zeiten der grenzenlosen Kopiermöglichkeiten in der Regel nicht den Urhebern, sondern großen Konzernen zugute. Wie die traditionelle Allmende geht auch die Bewegung für freie Software von dem Ineinandergreifen von Privatem und Gemeinem aus. Insbesondere die Infrastrukturen (Betriebsysteme, Programmiersprachen) sollen frei zugänglich sein, ohne dass es verwehrt ist, diese für private Zwecke auch kommerziell zu nutzen.

So steht zu hoffen, dass die Fähigkeit zur Koexistenz mit anderen Wirtschaftsformen der Allmende in neuen Formen ihr Weiterleben sichert – und sie dadurch auch unseres. ●

Anzeige

19. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen
– 1993 bis 2011 –



Menschen flohen vor Krieg, Verfolgung und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Einzelfall-Dokumentation in zwei Heften (570 Seiten)
www.ari-berlin.org

Antirassistische Initiative e.V.

– Dokumentationsstelle –
Fon 030 – 617 40 440
Fax 030 – 617 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de

Ossietsyky
Zweiwöchenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwöchenschrift »OSSIETZKY« als

- Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
- Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietsyky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietsyky@interdruck.net

INTERVIEW MIT DER QUIJOTE KAFFEERÖSTEREI, HAMBURG

Kollektiv Kaffee rösten

Quijote Kaffee ist ein Kollektiv von mittlerweile vier Personen, als OHG organisiert. Wir sprachen mit Pingo, einem der Gründer des legendären Café Libertad Kollektivs (siehe CONTRASTE Mai 2005 und Oktober 2009), der im November 2010 Quijote gründete. Das Gespräch führte Christoph M. aus Frankfurt/Oder.

CONTRASTE: Wie sehen die Ziele und Arbeitsweisen eures Kollektivs aus?

Pingo: Unser Ziel ist es, innerhalb der Kaffeebranche durch eine radikale Konsequenz Veränderungen anzustoßen. Diese leben wir im erfolgreichen Beispiel vor. Wir limitieren als einzige Kaffeerösterei im deutschsprachigen Raum unser Kaffeeangebot auf die Kaffees, die wir als Rohkaffee direkt von den Produzentenzusammenschlüssen wie Kooperativen, Assoziationen oder Vermarktungszusammenschlüssen von Bauern importieren. Alle unsere Partner in den Ursprungsländern bauen besonders hochwertigen Kaffee an und sind in besonderer Weise in sozialen oder ökologischen Bewegungen engagiert. Unsere Arbeit ist völlig transparent, angefangen von den öffentlich einsehbaren Kaufverträgen des Rohkaffees, der Preiskalkulation bis hin zu den Röstparametern, also der »Rezept« unserer Kaffees, die in der Branche sonst meist als »großes Röstgeheimnis« gehandelt werden.

Kannst du etwas über eure Partner in Lateinamerika erzählen?

Unsere Partner sind allesamt in kooperativen Organisationsmodellen organisiert. Einer unserer Partner ist ein Vermarktungszusammenschluss von besonders engagierten ökologischen Landwirten, in Guatemala gibt es bei unseren Partnern Mischformen aus Kollektiv und Kooperativen, in Ecuador ist eine Partnerkooperative aus einem langjährigen, sehr hart geführten Konflikt mit einem Bergbauunternehmen entstanden. Eine andere Kooperative in Ecuador exportiert erstmalig über uns überhaupt Kaffee, sie ist nur über den Rio Napo (Amazonasfluss) mit einem Boot zu erreichen und liegt sehr abgeschieden. Unser Partner in Honduras ist eine Kooperative, die sich stark gegen den Staatsstreich im letzten Jahr engagierte.

Habt ihr in etwa die gleichen Bedingungen der Zusammenarbeit wie bei Fairtrade-Kaffee?

Unsere Bedingungen sind ähnlich wie beim »fair« Handel. Wichtig zu wissen ist: Die Mindestpreise für »fair« gehandelten Kaffee (1,26 \$ pro 454 g Rohkaffee) stammen von 1986 und wurden von der Dachorganisation FLO (Fairtrade Labelling Organisation) trotz harter Proteste der Produzenten lediglich vor wenigen Jahren einmal um 5 % angehoben. Das ist ein Witz und für diesen Betrag können Produzenten in den meisten Kaffeeanbaugebieten nicht mal überleben.

Wir haben einen Mindestpreis für unsere Kaffees von 2,50 \$ pro 454 g Rohkaffee festgelegt und erhöhen ihn jedes Jahr um die Inflationsrate. Desweiteren zahlen wir Aufschläge für Qualität, weil wir für unser Konzept sehr guten Kaffee brauchen.

Ansonsten handeln wir ähnlich, wie es im »fairen«

Handel auch mal angestrebt war. Die Prinzipien der Zusammenarbeit sind: Langfristige Partnerschaften und zinslose Vorfinanzierung der Ernte, Unterstützung des ökologischen Anbaus und Unterstützung von Basisorganisationen, sowie der Transfer von Knowhow.

Welche Rolle spielen für die Unternehmen, von denen ihr Kaffee exportiert, soziale und ökologische Fragen?

Ökologischer Anbau ist für alle unsere Partner eine Selbstverständlichkeit und sie sind alle bestrebt, ihr Wissen dabei zu verbessern. Für uns spielen dabei allerdings Biozertifikate absolut keine Rolle. Während die meisten unserer Partner zertifiziert sind, arbeiten wir komplett ohne Siegel und kontrollieren vor Ort selber.

Warum lehnt Ihr Ökosiegel ab?



Die Siegel sind für uns ganz einfach nicht notwendig. Wir gehen nicht über den Einzelhandel und unsere Glaubwürdigkeit stellen wir über Ehrlichkeit und Transparenz her. Zum Beispiel beantworten wir gerne ausführlich alle Fragen unserer Kunden.

Insbesondere das Fairtrade-Siegel hat in unseren Augen seine Glaubwürdigkeit durch inflationären Gebrauch von Discountern für Kaffee in echter Schrotqualität endgültig eingebüßt. Wenn Firmen wie Lidl oder Tengelmann Kaffee mit diesem Siegel als Eigenmarke verkaufen dürfen, ist das ein negativer Image-Transfer auf das Siegel. Da kann sich ja jeder ausmalen, was dann noch alles fair sein kann.

Sämtliche durch Siegel garantierten Parameter werden von unseren Anforderungen deutlich übertroffen. Was sollen wir also damit?

Spannend wird zu verfolgen sein, wie sich die momentanen durch die Produzenten entwickelten Siegel in Lateinamerika durchsetzen werden und wer dort dann das Siegel haben wird.

Wie würdest du die Situation auf dem internationalen Kaffeemarkt insgesamt einschätzen? Gibt es hier eine besondere Abhängigkeit der Produzenten von den Abnehmerländern? Hat sich die Situation in den letzten Jahren verändert oder ist sie eher gleich geblieben?

Die Situation hat sich in den letzten Jahren dadurch ausgezeichnet, dass es zu einem fundamentalen Anstieg der Rohkaffeepreise kam. Dies geschah auf-

grund mehrerer Faktoren: Die Anbauflächen wurden in den letzten 10 Jahren nicht erweitert, die Produzenten überaltem ebenso wie bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, während die Nachfrage weltweit steigt (vor allem durch vermehrten Konsum in Schwellenländern wie Brasilien, China und Indien), und zwar jährlich um 4%. Die weltweiten Lagerbestände sind auf dem niedrigsten Stand seit mehr als 30 Jahren. Marktbewegungen wurden durch Spekulation an den Rohstoffmärkten übertrieben und sorgten so für noch höhere Preise.

Dies kam in den letzten drei Jahren den Produzenten mit direktem Zugang zum Markt stark zugute. Produzenten, die sich entweder durch gut kommunizierte nachhaltige Produktion (vor allem soziale und ökologische Aspekte) auszeichneten, kommen immer stär-

ker aus der Abhängigkeit von Zwischenhändlern und Konzernen heraus. Wenn dann noch eine sehr hohe Qualität des Kaffees dazu kommt, kann man definitiv sagen, dass sich die Situation in den letzten Jahren von einem Käufer- zu einem Verkäufermarkt entwickelt hat. Und dies ist ein starker Ansporn für viele Produzenten, sich in Bezug auf Qualität und Nachhaltigkeit zu verbessern.

Gibt es in Europa viele Kaffeeröstereien, die Wert auf soziale und ökologische Standards legen?

Wir streiten uns mit anderen Röstereien vor allem aus Nordamerika, Skandinavien, Australien und England um solche tollen Rohkaffees mit gutem Hintergrund. Hier zieht sich für uns jetzt unsere langjährigen Beziehungen zu einzelnen Produzenten definitiv auch für uns aus.

Die Situation in Deutschland ist im Vergleich zu den genannten Ländern ca. 5-10 Jahre zurück. Es ist das primäre Ziel unseres Kollektivs Quijote Kaffee, dies hier zu ändern. Wir gehen sehr konsequent mit gutem Beispiel voran und sind dabei sehr erfolgreich. Wir sind sicherlich innerhalb der Branche momentan die meistdiskutierte und -beobachtete Rösterei im deutschsprachigen Gebiet. Anhand der riesigen Nachfrage durch viele andere kleine Röstereien nach unserem Rohkaffee und unserem Know-how sehen wir, wie stark der Bedarf nach eben solchen guten und glaubwürdigen Produkten ist.

Wie sehen eure internen Strukturen aus und wie laufen Entscheidungsprozesse bei euch ab?

Unsere Strukturen sind noch recht einfach. Wöchentliche Treffen mit allen 4 Kollegen, strategische Entscheidungen werden zusammen im Konsens getroffen, wir verdienen alle denselben Lohn auf Arbeitsstundenbasis, jeder entscheidet für sich selber in Rücksprache mit dem Kollektiv.

Ist es ein Vorteil, dass ihr vorerst nur vier Leute seid, oder könntet ihr euch auch vorstellen, dass es in einem größeren Kollektiv genauso herrschaftsfrei läuft?

Selbstverständlich ist es viel einfacher in einem kleinen Kollektiv zu arbeiten und zu entscheiden. Wir haben uns auch bewußt entschieden, klein zu bleiben. Niemand mehr als 5 Personen im Kollektiv ist unser Ziel. Wenn wir irgendwie doch weiter wachsen müssen, werden wir uns in zwei autonome Kollektive mit unterschiedlichen Aufgaben spalten, z.B. Import und Rösterei. Danach wird dann eng miteinander kooperiert.

Ist es ein Problem für neu dazugekommene Mitglieder, einen Informationsrückstand zu haben, oder kann das durch eure Strukturen gut ausgeglichen werden?

Wir haben keine echten Probleme mit einem Informationsrückstand in Bezug auf unsere Arbeit, da alle Mitglieder in ihrem Bereich sehr gut ausgebildet und erfahren sind. Das größere Problem in einem nicht explizit politischen Kollektiv wird es immer sein, unsere hehren Ideale aufrecht zu halten. Dazu haben wir sehr viel in einem Binnenvertrag geregelt. Die Firma kann z.B. nicht verkauft werden, wir haben die Qualität unserer Produkte eindeutig definiert, Gewinne werden reinvestiert oder gespendet, unser Wachstum ist vertraglich begrenzt usw. Die internen Strukturen werden mit neuen Mitgliedern sehr ausführlich diskutiert.

Ihr habt Euch als GbR gegründet und seid nun als OHG im Handelsregister eingetragen, soll das so bleiben?

Im Moment denken wir über eine Änderung der Rechtsform nach, wahrscheinlich wird es auf eine Genossenschaft hinauslaufen. Eine Genossenschaft bietet auch offiziell, also im rechtlichen Rahmen, eine demokratischere Strukturierungsmöglichkeit als eine OHG oder eine GmbH beispielsweise. Dort ist es zum Beispiel schwieriger als in einer Genossenschaft, die Rechte der einzelnen Kollektivmitglieder von der Höhe des eingebrachten Eigenkapitals unabhängig zu gestalten. ●

Anzeige

Solidarität ist unsere stärkste Waffe!
Rote Hilfe

zentrale spendenkonto: kontakt: www.rote-hilfe.de

rote Hilfe e.V.
Königsplatz 100 4017
Postfach 400000
40101 Düsseldorf
Tel: 4841 100 40

rote Hilfe handlungsgeschäftsstelle
Postfach 3200, 37022 göttingen
Tel: (0551) 770 8000
fax: (0551) 770 8009

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds

Enver Simsek – Abdurrahim Özüdoğru – Süleyman Tasköprü – Habib Kılıç – Mehmet Turgut – Ismail Yasar – Theodoros Boulgarides – Mehmet Kubasik – Michele Kiesewetter – Halit Yozgat

Dreizehn Jahre konnte der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) unbehelligt morden und zerstören. Noch 2004 attestierte der Verfassungsschutz den »Bombenbastlern« (Mundlos, Böhmhardt, Zschäpe), sie könnten auf »keine wirkungsvolle Un-

terstützerszene, um einen nachhaltigen Kampf aus dem Untergrund heraus führen zu können« hoffen, wie die taz berichtete.

Eine fatale Unterschätzung, denn da waren be-



reits fünf Menschen tot, fünf weitere sollten noch folgen. Dreizehn Jahre, in denen die Opfer und ihre Angehörigen keine Hilfe oder Anteilnahme erfahren. Im Gegenteil, Enver Simsek wurde aufgrund seiner Geschäftsfahrten für sein Blumengeschäft nach Holland des Drogenhandels verdächtigt und seine Angehörigen zu Mittätern gemacht. In die gleiche Richtung gehen die Vermutungen nach dem Mord an Mehmet Kubasik. Mehmet Turgut ist wahrscheinlich bis heute mit Yunus Turgut (der Name seines Cousins) gelistet, weil keiner der Bundesbehörden sich die Mühe machte – nach der Abschie-

bung seines Bruders (!) – der Verwechslung in seinem Pass nachzugehen. Seine Eltern erfuhren vom Tod Mundlos' und Böhmhardts durch das Filmteam der Dokumentation »Acht Türken, ein Grieche und eine Polizistin – wer sind die Opfer der Rechtsterroristen«. Eine der Filmemacherinnen, Eva Müller, die mit der Dokumentation für die Öffentlich-Rechtlichen als eine von wenigen über die Opfer berichtete, kritisiert das anscheinende Desinteresse an den Opfern, die von den Ermittlern rassistisch und abwertend als »Dönermorde« bezeichnet wurden. Das gesamte Ausmaß der Katastrophe wird sich erst noch zeigen, falls alle Versäumnisse der Behörden in Zusammenhang mit dem NSU-Terror aufgeklärt werden können.

Der »NSU Watchblog« von Apabiz e.V.

Ausgehend von dem fassungslosen Versagen aller zuständigen Stellen, ging im Februar 2012 der »NSU Watchblog« online, der durch den Apabiz e.V. herausgegeben und redaktionell betreut wird. Das antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (Apabiz) bietet umfassende Materialien, die über verschiedenste Aspekte des Rechtsextrimis-

mus aufklären und Argumente liefern. Darüber hinaus initiiert es eigene Projekte, fördert und vernetzt Initiativen und Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus und arbeitet eng mit antifaschistischen Jugendgruppen, Bildungsträgern und Gewerkschaften zusammen. Zum Watchblog gehört neben einer kritischen Presseschau bekannter Medien, die Veröffentlichung von Rechercheergebnissen und Analysen antifaschistischer und antirassistischer Gruppen, Initiativen und JournalistInnen.

Durch die breite Zusammenarbeit soll eine außerparlamentarische Aufklärung und Analyse gestärkt werden. »Den Erfahrungen und Sichtweisen von Rassismus betroffenen Menschen muss auch im NSU-Komplex mehr Raum gegeben werden, denn schließlich war und ist es der gesellschaftliche Rassismus, der die TäterInnen antrieb und die Arbeitsweise der Behörden beeinflusst hat.«, erklärt der Apabiz e.V. ●

Informationen: <http://nsu-watch.apabiz.de>

Stella Napieralla

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneissnaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

TANZANIA: KUNSTKOOPERATIVE

Muongano Makonde

Von Mitte September bis Mitte Oktober 2010 bereiste ich den Nordosten von Tanzania und besuchte als Tourist einige Gemeinschaftsprojekte, darunter in der Stadt Moshi eine Gruppe von Schnitzern und Malern, die sich 1990 zu einer Kunstkooperative zusammengeschlossen haben.

Von Fredi Büks, Redaktion Berlin ● Im Norden Tanzanias liegt der beeindruckende Kilimanjaro, mit 5.895m der größte Berg Afrikas. Er steht fast völlig allein in der Savanne, nur begleitet vom etwas kleineren aber deutlich steileren Mount Meru. Am Fuße des Kilimanjaro liegt die Stadt Moshi, ein früheres Dorf des Chagga-Stammes, dessen Angehörige heute hauptsächlich in und um Moshi wohnen und früher wie heute für ihre Geschäftstüchtigkeit bekannt sind. Die Stadt selbst zählt durch Kaffeeanbau und Tourismus, die beide von dem verhältnismäßig milden Klima auf 800m über dem Meeresspiegel profitieren, zu den reichsten Städten Tanzanias.

Und doch gibt es hier viel Armut, denn die meisten Menschen haben kein festes Einkommen und die daraus resultierende Geschäftigkeit kaschiert die sozialen Probleme. Auf der Straße wird man schnell von Flycatchern angesprochen, Menschen, die ihren unregelmäßigen Lebensunterhalt nur dadurch verdienen können, dass sie Taxifahrten, Hotels, Safaris vermitteln

oder Kunsthandwerk verkaufen. Das wiederum machen so viele, dass der Einzelne kaum davon leben kann. Da Schulen nach der vierten Klasse jedoch nicht mehr kostenlos und Universitäten für die meisten so wieso unbezahlbar sind, bleibt vielen Menschen keine Möglichkeit, sich über eine höhere Bildung ein anderes Auskommen zu sichern. Und die ständige Angst vor Erkrankungen verstört die Leute angesichts des größtenteils privaten Gesundheitssystems, in dem jeder für sich selbst aufkommen muss.

In diesem Beispiel neoliberalen Charmes wirkt die kleine Künstlerkooperative von Moshi eigenartig. Ich entdeckte sie in einer Randnotiz meines Reiseführers, besuchte sie und traf dort Ben und Ernest. Beide haben hier ihre Werkstätten und Shops, Ernest seit 1990, als der Gemeinschaftsbetrieb mit dem Namen »Muungano Makonde Carvings and Handicrafts« von sechs Künstlern gegründet wurde. Auf dem Muungano Makonde, was soviel wie »Gemeinschaftsgrundstück« heißt, arbeiten heute 56 Schnitzer, Maler und andere Kunsthandwerker. Von den Gründern sind inzwischen zwei verstorben, die anderen vier arbeiten hier immer noch. Ben ist 2005 dazugestoßen. Er schnitzt, hat seine Kunst von seinen Eltern gelehrt und lange freiberuflich gearbeitet. Der feste Arbeitsplatz in der Kooperative hat ihn aber überzeugt. Er will noch lange hier bleiben. Andere sehen das anders, sodass die Muungano Makonde eine hohe Fluktuation hat. Viele Künstler gehen nach Dar es Salaam, der heimlichen Hauptstadt



Die Schnitzerköoperative Muungano Makonde liegt etwas außerhalb des Stadtzentrums von Moshi am Fuße des Kilimanjaro und muss von Touristen erst mal gefunden werden. Vor Ort traf ich den Maler Ernest und den Bildhauer Ben, die mir von sich und ihrer Arbeit im Gemeinschaftsbetrieb erzählten.



Entspannte und angespannte Stimmung in einem. Vor mir waren nur einmal Journalisten gekommen – aus Australien. Die Künstler von Muungano Makonde erhoffen sich vom Auftauchen in Zeitungen eine Verbesserung ihrer Einnahmen und mehr Besucher.

Tanzanias, wo sie sich höhere Einnahmen erhoffen, insbesondere auf dem bekannten Kunstmarkt von Mwanje im Norden der Stadt.

Wer in der Kooperative arbeiten will, muss sich im Municipal Office der Regierung anmelden. Zwar ist das Gemeinschaftsunternehmen kein Staatsbetrieb, aber dieser will wie in Deutschland wissen, wo wer arbeitet. Trotzdem bildet der Betrieb junge KünstlerInnen aus – ohne dass die Regierung davon weiß.

Im Gegensatz zu Kollektivbetrieben in Deutschland ist die ideale Frage den Leuten der Muungano Makonde derzeit nicht wichtig. Das kollektive Wirtschaften bringt ganz konkrete Vorteile gegenüber dem Straßenkunsthandwerk: Man hat einen festen Verkaufsstandort und muss sich nicht um Kundensuche kümmern. Alle kümmern sich um das Material und ihre Läden selbst, doch von allem, was verkauft wird, fließen 10% in die Gemeinschaftskasse, von der Lizenzen, Pacht und Steuern bezahlt werden. Dazu kommt eine Nachtwache, die man in dieser Region braucht. Entscheidungen werden demokratisch mit einfacher Mehrheit auf dem zweiwöchigen »progress meeting« getroffen. Mitbestimmen können alle, die in oder für die Kooperative arbeiten. Dazu zählen nicht nur die Künstler und Trainees sondern eben auch der Askari, wie der Wachdienst hier genannt wird.

Einfach ist es trotzdem nicht. Das Kunsthandwerk ist überlaufen. In Tanzania gibt es viele großartige Zeichner, Maler und Bildhauer, die ihre Kunst zum Be-

ruf gemacht haben, aber auf eine Weise, die ihnen durch die Notwendigkeit von Massenproduktion die künstlerische Freiheit geraubt hat. Durch Zeitmangel. Auf der einen Seite sichtet die Muungano Makonde durch ihre hohe Produktqualität hervor. Stil und Motive sind aber andererseits oft die gleichen wie auf der Straße. Auch das Geld, das hier alle einnehmen, reicht nur für den eigenen Lebensunterhalt und nicht für die Zukunftsplanung. Die ohnehin schon unangenehme Konkurrenzsituation wird dadurch verschärft, dass das Projekt nicht im Stadtzentrum sondern knapp nördlich davon liegt. Hier sieht alles danach aus als sei Moshi zu Ende. Bäume und kleine Felder auf rotem Boden säumen eine Landstraße, der in Wirklichkeit noch eine ausgedehnte Vorstadt folgt. Hier kommen wenige Touristen hin, und viele, die kommen, haben vorher schon etwas von den im Stadtzentrum zahllos aktiven Flycatchern gekauft. So hat die Muungano Makonde keine besonders großen Einnahmen. Deshalb sucht die Kooperative auch Läden in Europa, die ihre Waren importieren würden. Der Unterschied für den Importeur ist klar. Er kann sich aussuchen, ob er Ethnokitsch von Manufakturen mit fremdbestimmten Tagelöhnern kauft oder von einem demokratischen Betrieb, der das Geld obendrein nötig hat. ●

Wer Kontakt aufnehmen möchte, findet die Kooperative auf www.kilweb.com/tingatinga.html

HOF STOPAR / KÄRNTEN

»Vinzenc-Rizzi-Preis« für Longo mai

Vinzenc Rizzi, 1816 bis 1856, war ein Intellektueller des Vormärz, der Jahre vor der Deutschen Revolution von 1848. Er setzte sich für eine Kultur des friedlichen Zusammenlebens und der Gleichberechtigung aller Völker in den Habsburger Ländern ein. Der Vinzenc-Rizzi-Preis wird vom Zentralverband Slowenischer Organisationen und vom Slowenischen Kulturverband in Kärnten jährlich an Personen und Organisationen für zukunftsweisende Initiativen auf dem Gebiet der interkulturellen Verständigung verliehen. Nach dem Schriftsteller Peter Handke im Jahr 2010 wurde Longo mai in Österreich im Dezember 2011 mit diesem Preis ausgezeichnet.

Von Heike Schiebeck, Longo mai ● Der Eisenkappler Pfarrsaal war mit mehr als 100 Besuchern gut gefüllt. Herausgeputzt wie die Weihnachtsgelb nahmen wir brav in der ersten Reihe Platz.

Die ehemalige Schuldirektorin Marta Polansek spannte in ihrer Laudatio mit Humor und vielen Anekdoten einen Bogen von unserer Ankunft 1977 bis in die Gegenwart: die anfängliche Skepsis und die Neugier der Dorfbewohner, die großen Hunde und die Herde schwarzer Schafe, die Reise der slowenischen Folkloregruppe ins ferne Frankreich, die legendären Hofeste und unser Eintreten für die zweisprachigen Schulen.

»Die anfängliche Skepsis weicht. Als Angehörige der slowenischen Volksgruppe sind wir es zu jener Zeit eher nicht gewohnt, dass Leute von der anderen Seite bereit sind, mit uns für unsere Menschenrechte zu kämpfen, sich für uns einzusetzen, unsere Nähe zu suchen und die Sympathien offen zu zeigen«, sagt Marta. Und weiter gehts mit der Herausgabe des Buches »Jelka – aus dem Leben einer Kärntner Partisanin«, der Durchsetzung des zweisprachigen Lokalradios Agora, der Gründung des Bergbauervereins »Coppla Kasa«, dem Engagement im slowenischen Kulturverein »Zarja«, den Kräuterwanderungen und Inkereisen. Wir wundern uns selbst, was wir da alles zustande gebracht haben.

Unser langjähriger Freund Bozidar »Boza« Jaksic, emeritierter Professor der Soziologie in Belgrad, umreißt in seiner Rede die weltanschaulichen Ideen von Longo mai: »Es sind mehr als drei Jahrzehnte vergangen, seit sich eine Gruppe von enthusiastischen jungen Leuten aufgemacht hatte, um hier in Bad Eisenkappel / Zelezma Kapla, am Hof Stopar, eine positive Utopie zu leben. Sie waren Teil der europäischen Jugendbewegung, die im Jahr 1968 ausrief: »Seien wir realistisch, verlangen wir das Unmögliche!«. Sie werten sich, Gefangene der Großkonzerne und der Bürokratie zu werden. Sie träumten vom freien gemeinschaftlichen Zusammenleben und davon, dass sie mit Landwirtschaft und Schafzucht ihre Existenz sichern könnten. Die Anfänge waren bescheiden, sie renovierten einen verlassenen Hof. Ihre Vision war ein solidarisches,

pazifistisches und demokratisches Europa, das auf freiwilligen, selbstverwalteten Gemeinschaften beruht.«

Friedensarbeit im Balkan

Boza ging dann darauf ein, welche Bedeutung die Arbeit dieser »ungewöhnlichen, jungen Leute« für die Balkanländer hat: »In den folgenden Jahrzehnten bereicherten sie mit ihrem Enthusiasmus, ihrer Arbeit, ihren Ideen von menschlicher Solidarität und Freiheit nicht nur Eisenkappel, sondern auch die Balkanländer, die von Hass und Leid zerissen waren. Wir, die Bürger der Balkanländer, haben besondere Gründe, ihnen heute zu danken. Die Kooperative am Hof Stopar war uns nicht nur geographisch am nächsten, sondern war uns auch ein Ort, wo wir in Europa ein warmes Zuhause fanden. Für uns war sie eine Schule der Großzügigkeit, der Solidarität und des freundschaftlichen Verständnisses. Unter ihrem Dach haben junge Menschen aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien Freundschaft geschlossen, statt sich zu hasen. Um der Kriegsethik etwas entgegenzusetzen, haben sie das alternative Informationsnetz AIM gegründet, an welchem sich Journalisten aller ehemaligen jugoslawischen Republiken und Regionen beteiligten. Durch AIM konnten etwa 120 Journalisten rund 12.000 Artikel und Kommentare veröffentlichen. Sie trafen sich regelmäßig zu AIM-Sitzungen am Hof Stopar. Ich kann mit Worten nicht beschreiben, was es

den Bürgern des ehemaligen Jugoslawien in dieser Zeit bedeutete, korrekte Informationen von der anderen Seite der Barrikade zu erhalten! Dank der Kooperative Longo mai wurde die Informationsblockade zwischen den kriegsführenden Balkanländern überwunden. Gibt es einen besseren Beweis dafür, dass kleine Gemeinschaften Großes vollbringen können?«

Boza fährt fort: »Der Hof Stopar ist ein großes Sprachlabor. Man hört Deutsch, Französisch, Englisch, Slowenisch, Ukrainisch, Russisch, Spanisch und auch mein eigenes, totes Serbokroatisch. Sie sprechen der ethnischen Zugehörigkeit die Bedeutung für menschliche Beziehungen ab. Selbst sind sie aus nationalen Ghettos ausgetreten und zeigen auch anderen den Ausweg aus diesen Ghettos. Dieser ist für uns Bürger der Balkanländer der einzige Weg zu einem humaneren Leben. Ich freue mich, dass ihre Lebensweise, nämlich mit den Nachbarn (interkulturell) und nicht nebeneinander (multikulturell) zu leben, vom Slowenischen Kulturverband und vom Zentralverband Slowenischer Organisationen erkannt und mit dem Rizzi-Preis ausgezeichnet wurde.«

Manche Teilnehmer haben nachher berichtet, wie uns während der Feier kleine Flügel am Rücken wuschen, manche behaupteten sogar Heiligenscheine gesehen zu haben. Erschöpft von soviel Lob, denn das sind wir nicht gewohnt, haben wir uns anschließend am Coppla-Kasa-Buffer gestärkt und mit Longo-mai-Wein aus Frankreich, Bier aus Slowenien, Brot, Wurst, Schinken aus den Eisenkappler Bergen und Gesprächen mit jungen und alten Freunden noch einen angenehmen Abend verbracht. ●

Aus: Nachrichten aus Longo mai, Nr. 109

WIDERSTAND GEGEN WASSERPRIVATISIERUNG GLOBAL UND IN BERLIN

Alle sprechen vom Wasser, aber nicht alle meinen das Gleiche

Im März 2012 fand in Marseille das Weltwasserforum WWF statt. Hauptakteure sind Veolia und Suez, zwei Wasserkonzerne. Das WWF ist eine Lobbyveranstaltung der Wasserprivatisierer. AktivistInnen aus aller Welt veranstalteten gleichzeitig das Alternative Weltwasserforum FAME (Forum Alternatif Mondial de l'eau), an dem auch unsere Autorin als Aktivistin des Berliner Wassertischs teilnahm.

Von Dorothea Härtin, Berlin ● Alle sprechen vom Wasser, aber Vorsicht, nicht alle meinen das Gleiche! Das alternative Weltwasserforum FAME stand unter dem Leitspruch der italienischen Wasserbewegung: »Wir schreiben Wasser und lesen Demokratie«. Dagegen könnte das WWF unter dem Motto stehen: »Wir sagen Wasser und meinen Profit«. Wir könnten das als »business as usual« abtun, hätten die Wasserkonzerne nicht in trauter Eintracht mit der Weltbank, der OECD, der EU und einigen UN-Organisationen das Wasser als Zugfeder der Green Economy mit Blick auf Rio+20 entdeckt. Das klingt auf den ersten Blick gut, heißt aber im Klartext, dass der Profit aus Geschäften mit dem Wasser das neue grüngetünchte Wachstum anstoßen soll.

Auf dem Forum der Konzerne wurde mit allen Wunden der Technik demonstriert, mit welch großen Problemen wir bei der Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser zu kämpfen haben. Und in dem Raum der 120 Lösungsvorschläge liefern einem die Augen wieder – vorausgesetzt man hat das nötige Geld für ihre Großtechnik.

Marianne Spiller, eine Aktivistin aus Brasilien, beschrieb in einem Videobeitrag, wie das offizielle Forum sich die Diskurse seiner GegnerInnen aneignet. Sie sprechen von öffentlichem Wasser, sie wollen die Zivilgesellschaft mobilisieren, und meinen doch nur ihren Profit.

Die TeilnehmerInnen des Alternativen Forums FAME hatten diese Probleme längst erkannt und ihre Ursachen verstanden. Sie arbeiteten in 130 Workshops mit über 5.000 TeilnehmerInnen an lokal angepassten, ökologischen und ökonomisch sinnvollen Möglichkeiten einer nicht nur vorgebildeten, sondern wirklich am Gemeinwohl orientierten Wasserwirtschaft. Die Bandbreite der Erfahrungen und Ideen ging von technischen Verbesserungen, wie zum Beispiel den Trockenklos auf dem Forum selbst, über alternative Finanzierungsmodelle bis hin zu sozialen und politischen Dimensionen des Wassers. So zum Beispiel das Resümee eines Workshops, das auf der Abschlussveranstaltung in ähnlicher Form immer wieder angesprochen wurde: »Um unsere Gemeingüter zu erhalten

und zurückzuerobern, müssen wir einen Sprung aus der neoliberalen Logik des Kapitalismus wagen, der alles in Waren verwandelt. Wir müssen hin zu einer neuen Logik des Gemeinwohls.«

Der Weltkonzern Veolia in Berlin

Am 12. März bei der Eröffnung des WWF präsentierte sich Veolia als weltoffen und um das Wohl der Weltbevölkerung bemüht. Doch just am selben Tag reichten Veolia und RWE hier in Berlin eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das Volksgesetz »Unser Wasser« ein. Noch klarer konnten sie ihre freundliche Fassade nicht fallen lassen!

Wir erinnern uns: am 13. Februar 2011 gewannen wir den ersten Volksentscheid in Berlin. Das von 666.000 BerlinerInnen verabschiedete Gesetz wurde am 13. März 2011 vom Parlamentspräsidenten Mopper offiziell verkündet und damit ratifiziert. Aufgrund dieses Gesetzes mussten die bisher geheim gehaltenen Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe offengelegt werden. Besonders weh tat den Konzernen anscheinend der Artikel 4, der besagt, dass alle Teile des Vertrages, die binnen eines Jahres nicht veröffentlicht wurden, ungültig werden. Der 12. März war genau ein Tag vor Inkrafttreten dieser Bestimmung. Das bestätigt die Vermutung des Berliner Wassertischs, dass bisher nicht alles veröffentlicht wurde. Da muss es wohl doch noch geheime Absprachen zwischen Politik und Konzernen gegeben haben, die den Nerv der Konzerne treffen, ihre Profiteure also.

Zwei Konzerne klagen gegen 666.000 BürgerInnen – das ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie! Noch anschaulicher kann man wohl nicht demonstrieren, dass Privatkonzerne sich einen Dreck scheren um die

Info

Die Madrider Wasserwerke sollen (ebenso wie z.B. die Berliner Wasserbetriebe) zu 49% privatisiert werden. Nach einhundert Jahren Diskussionen und Demonstrationen von Gewerkschaften und Bevölkerung gegen die Wasserprivatisierung, haben mehr als 180.000 Menschen in Madrid am 4. März 2012 in einem selbstorganisierten Referendum über die Frage abgestimmt, ob das Wasser in öffentlicher Hand bleiben soll. Mit 98,9% Ja-Stimmen war das Ergebnis eindeutig. Anders als z.B. der Berliner Wassertisch, der den mühsamen Weg durch die Instanzen eines formalisierten Volksentscheids gegangen ist, haben die BürgerInnen in Madrid einfach abgestimmt, ohne um Erlaubnis zu fragen. Dieses Referendum bindet zwar die Politik nicht, ist aber ein klares Signal der WählerInnen an diejenigen, die von ihnen beauftragt sind, in ihrem Sinne zu handeln.
www.fame2012.org/en/2012/03/09/the-democracy-of-water-is-winning-in-madrid-as-well/



Gruppe aus Griechenland, Dorothea aus Deutschland, Renato aus Italien, Pilar aus Spanien (v.l.n.r.)

Meinung von Hunderttausenden von BerlinerInnen. Keine Fraktion im Abgeordnetenhaus kann eine solche Anzahl von WählerInnen auf sich vereinigen.

Aber jetzt ist auch die Politik gefragt

Der Berliner Wassertisch fordert den Regierenden Bürgermeister, Herrn Wowereit, und alle Abgeordneten im Abgeordnetenhaus auf, sich nun endlich auf die Seite der Berliner Bevölkerung zu stellen und frontal gegen die Konzerne Stellung zu beziehen! Immerhin klagen Veolia und RWE gegen diesen Senat und gegen das Parlament, das dieses Gesetz ratifiziert hat.

Der Berliner Senat soll endlich aus der Beutegemeinschaft mit den Privatkonzernen aussteigen! Das heißt der Aufforderung des Kartellamts nachzukommen und die Wasserpreise um mindestens 19% zu senken, die bisherigen Rückkaufverhandlungen mit RWE offenzulegen und, sich nun endlich auf die Seite des skandalösen Teilprivatisierungsvertrages zu stoppen. Um der Klage der Konzerne entgegen zu treten, muss der Senat eine tatsächlich unabhängige Anwaltskanzlei beauftragen, um die Interessen der 666.000 BerlinerInnen zu vertreten, anstatt für teures Geld wie bisher Freshfields Bruckhaus Deringer – eine Kanzlei, die auch RWE und Veolia vertritt und an unzähligen PPP-Verträgen zum Schaden der Bevölkerung mit beteiligt war.

Der Berliner Wassertisch fordert den Regierenden Bürgermeister, Herrn Wowereit, auf, eine Regierungsklärung abzugeben, in der er klar die Interesse der Berliner Bevölkerung vertritt und sich für den Erhalt ei-

ner am Gemeinwohl orientierten Infrastruktur in Berlin ausspricht. Damit könnte er endlich den Vorwurf der Komplizenschaft des Senats mit den allein am Profit interessierten Privatunternehmen aus der Welt schaffen.

Mit ihrer Klage beim Bundesverfassungsgericht haben die Konzerne das Berliner Problem auf die Bundesebene gebracht. Die Berliner Wasserbetriebe sind ein Präzedenzfall der aktuellen Form von Privatisierung als Öffentlich Private Partnerschaft (PPP). Die Proteste dagegen werden sich nun bundesweit ausbreiten und viel lauter werden, als Teil des zunehmenden Widerstands gegen den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums. Wir sind deshalb guter Hoffnung, dass sich die Klage in einen Bumerang gegen RWE und Veolia verwandeln wird. ●

Dieser Beitrag basiert auf einer Rede der Autorin am Weltwassertag (22.3.2012) in Berlin am Neptunbrunnen und ein zweites Mal auf der Admiralbrücke bei der Demonstration von Viva con Agua.

Die Autorin war am 4. April 2012 im morgen:magazin von Radio multicult.fm in der Sendereihe zu Solidarischer Ökonomie von CONTRASTRadio zu Gast: www.contraste.netz-bb.de

Berichte vom FAME aus Marseille (u.a. das Video mit Marianne Spiller): <http://blog.gemeingut.org/2012/03/gib-berichterstattung-fame-alternatives-weltwasserforum-2012-marseille/>
Berliner Wassertisch: <http://berliner-wassertisch.net>

GEMEINÜTZIGES BIKESHARING-PROJEKT RADLOS MARBURG:

»Unser Ziel ist es, gestrandeten FußgängerInnen das spontane Drahteseln zu ermöglichen!«

Ein Fahrrad ist eine feine Sache, besonders wenn man nicht auf Busse warten, zu Fuß gehen oder gar Autofahren will. Nun besitzt man aber vielleicht kein eigenes, oder es hat mal wieder einen Platten oder steht einfach nur mal wieder irgendwo, nur nicht da, wo man es gerade bräuhete. Wenn der letzte Bus nach Hause gerade abgefahren ist, wenn es plötzlich wieder viel später ist als gedacht und man zu Fuß zu spät käme oder wenn man die einzige Person in der Gruppe ohne Rad ist – eben »radlos«. Wie praktisch wäre es, sich einfach ein herumstehendes Fahrrad zu schnappen und damit loszuradeln!

radlos, Marburg ● In Marburg muss man dafür nicht unter die Fahrraddiebstahlschatten gehen. Mit etwas Glück findet sich in der Innenstadt ein radlos-Rad, das spontan und kostenlos genutzt werden darf. Die ca. 20 Fahrräder sind jeweils mit einem Zahlenschloss gesichert – der Code dafür ist auf der Website von radlos (www.radlos-marburg.de) zu finden. Dort erfährt man mehr über das ehrenamtliche Projekt und kommt – ohne Registrierung und Preisgabe von persönlichen Daten – zum Zahlencode. Dadurch können die radlos-Räder von allen genutzt werden, die sich (zumindest kurz) über die Hintergründe und Funktionsweise informiert haben.

Zu finden sind die Räder an 8 Stationen, welche über die Kleinstadt verteilt sind. Ob sich gerade ein Rad an einer bestimmten Station befindet, hängt allerdings vom Glück bzw. von den anderen NutzerInnen ab – benutzte Fahrräder sollen nämlich (spätestens am nächsten Tag) wieder an eine der Stationen abgestellt werden; welche das ist, bleibt dem oder der Fahrenden überlassen.

Seit 2010 bereichert das radlos-Projekt die flexible und umweltfreundliche Mobilität in Marburg. Entstanden als studentisches Projekt im Rahmen des 3. Marburger Bildungsfestes (www.bildungsfest-marburg.de), hat es sich inzwischen zu einem eingetragenen Verein entwickelt. Nach wie vor stammen die radlos-Räder vorwiegend aus privaten Fahrradspenden – alte, mehr oder minder beschädigte Räder werden vom radlos-Team und weiteren freiwilligen HelferInnen repariert und in die Umlaufbahn der Straßen und Fahrradwege gebracht. Ca. einmal im Monat werden dann möglichst alle Räder eingesammelt, gesichtet und wieder instandgesetzt. Nicht immer werden alle aufgefunden, aber manchmal taucht ein verschollenes, geglaubtes Rad nach Monaten plötzlich wieder auf. Die aufmerksame Hilfe der »radlos-Community« ist dafür oft hilfreich: Viele der NutzerInnen melden sich mit Hinweisen zu beschädigten oder aufgefundenen Rädern und tragen damit zum Projekt bei. Insgesamt

basiert die Idee auf einem großen Vorschuss an Vertrauen, denn nur wenn alle respektvoll mit den Rädern umgehen und sich an die Nutzungsprinzipien halten, kann das gemeinschaftliche BikeSharing funktionieren. Auch ehrenamtlich helfende Hände sind ständig im Einsatz und unerlässlich für funktionierende Schaltungen, aufgepumpte Reifen, leuchtende Lampen und der zur Erkennung angebrachten »radlos«-Schilder.

Zentraler Ort für Reparaturen, Treffen und andere Aktionen ist der »Fahrradtunnel«. In einer ehemaligen Fußgängerunterführung im Zentrum Marburgs befindet sich seit Herbst 2010 eine Fahrradwerkstatt. Hier werden radlos-Räder repariert, Plena werden abgeholt, Leute getroffen und Ideen gesponnen. In erster Linie befindet sich hier jedoch die Fahrradselbsthilfswerkstatt »RADikate« (www.radikate.org), Partnerprojekt von radlos. Zweimal wöchentlich öffnen sich die Tore des Tunnels und RadfahrerInnen können ihre verletzten Patienten hier selbst verarzten. Werkzeug und Unterstützung werden von RADikate gestellt, dabei wird auf das Prinzip des gemeinsamen Ausprobierens und Lernens und der gegenseitigen Hilfe gesetzt. Auch dieses (aus dem Bildungsfest hervorgegangene) Projekt arbeitet nach den Prinzipien von freiwilliger, ehrenamtlicher Arbeit und ist nichtkommerziell. Der Fahrradtunnel dient jedoch nicht nur als Re-

paraturwerkstatt und Ideenschmiede; hier werden auch selbstständig Fahrradanhänger gebaut oder Fahrräder aus Bambus und Recyclingteilen (das »Bamboobike«). Auch Diavorträge zu Fahrradreisen oder Filmvorführungen zu Drahtesel-Themen finden hier statt.

Neben den Bestrebungen, Mobilität im Marburger Alltag ökologischer, praktischer und flexibler zu gestalten, sind bei radlos auch noch andere Motive im Spiel: Lust, sich aktiv in die Gestaltung des eigenen lokalen Umfeldes einzubringen und den Menschen zu zeigen, dass es auch anders geht – mit Vertrauen statt Kontrolle, mit Zusammenarbeit statt Alleingängen, mit Ungewissem experimentieren statt bestehende Strukturen hinzunehmen, mit freiwilliger Arbeit statt Kommerz. Radlos trifft Entscheidungen im Konsens statt nach Hierarchien und will möglichst auch Mittellosen Zugang zu Mobilität ermöglichen, statt Gebühren für die Nutzung zu erheben. Hinter dem gemeinnützigen BikeSharing-Projekt steht die Idee, sozialen Wandel zu erproben und Mitmenschen zum Umdenken anzuregen, zur Umsetzung eigener Ideen zu motivieren und gemeinsam das eigene Lebensumfeld zu gestalten. Dafür wird in Marburg zum Werkzeug gegriffen und in die Pedale getreten! ●

www.radlos-marburg.de
Kontakt: radlos-marburg@gmx.de

AKTUELLE TRENDS?

GENOSSENSCHAFTEN

Leben – Wohnen – Arbeiten

Neue Gemeinschaften und Genossenschaften geben Antworten für die Zukunft

Wie schaut unser Arbeitsalltag in 20 Jahren aus, wie wohnen wir und wie verbringen wir unsere Freizeit? Diese und andere Fragen versuchen deutsche Trend- und Zukunftsforscher wie Peter Wippermann oder Klaus Burmeister zu beantworten. »Die früheren Hierarchien sind Netzwerken gewichen«, erklärt Wippermann zum Thema Sozialer Reichtum – Leben, Wohnen und Arbeiten in der Zukunft. »Leute organisieren und verständigen sich über die neuen Medien und befinden sich dadurch in einem permanenten Gespräch. Soziale Beziehungen sind das A und O.« Geben hier Lebensgemeinschaften, Kommunen, Ökodörfer und Genossenschaften Anhaltspunkte, wie die Reise in die Zukunft humaner bzw. achtsamer laufen könnte?

Von Sonja Menzel, Red. Genossenschaften ● Interessanterweise verweist Klaus Burmeister bezogen auf die Handlungsfelder: »Wohnen weiterdenken« und »Leben in Selbstverantwortung« in seinem Vortrag auf einem wohnungspolitischen Kongress bereits ausdrücklich auf die Renaissance des Genossenschaftsgedankens hin. Seine Antwort auf verschiedene sogenannte gesellschaftliche Megatrends: Leben, Wohnen und Arbeiten wird neu bestimmt und gestaltet werden. Mit mehr Selbstverantwortung, Kommunikation zunehmend als Steuerungsmedium, Eröffnung kreativer Partizipationsprozesse, neuen strategischen Allianzen lokaler und regionaler Akteure, der Wiederaneignung städtischer Räume durch die Bürger.

denden Einfluss auf die Standortentwicklung geht, sieht z.B. Wippermann nicht mehr die Wirtschaft an vorderster Stelle. Vielmehr seien es soziokulturelle Trends, demografische Entwicklungen, die Veränderung der Lebensstile und letztlich auch der Antrieb der Menschen, die Städte und Regionen weiterzuentwickeln. Hier konzentriert er sich besonders auf die Bewohner als Akteure der Stadt, die mit ihrem Engagement den sozialen Raum definieren.

Genossenschaftliches Agieren im lokalen Raum nutzt zugleich die lokalen »Standortvorteile« Kooperation und soziales Kapital sowie die Möglichkeit, Synergien durch Bündnisse und Netzwerke, Kombinationen und Lobbystrukturen zu erzeugen. Genossenschaften sind eingebunden in die Pluralität lokaler AkteureInnen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die Potentiale bürgerschaftlichen Engagements können so produktiv für das lokale Gemeinwesen und dessen Stärkung gegen die Unwägbarkeiten globaler Entgrenzungen genutzt werden.

Erfahrung statt Theorie

Die Unternehmen benötigen Teamgeist, Zuhören, Einfühlungsvermögen und Präsentationsfähigkeit. In Schule und Hochschule wird dies bisher nur nebenbei gelehrt, so die häufige Klage. Stattdessen sind die Pläne noch immer vollgestopft mit abgefragtem Wissen – es bleibt zu wenig Freiraum für eigene Erfahrung und Leben in der Gemeinschaft. Künftig geht es immer mehr um Lernen und Entwicklung in der Praxis. Und



Schloss Tomdorf eG: Blumenzeiung

Beteiligung der Mitglieder, eine sehr offene Beteiligung und demokratische Grundhaltung ja impliziert und fordert.

Komplexe Gemeinschaftsprojekte

In den letzten 20 bis 30 Jahren machen sich immer mehr Menschen als Gruppe – verstärkt auch in genossenschaftlicher Form – auf den Weg, um in wesentlichen Lebensbereichen ihre Ziele gemeinsam umzusetzen. Zunehmend werden Wohnprojekte zu komplexen Gemeinschaftsprojekten, in die vielfältige Arbeitsformen der Erwerbs- und Nachbarschaftsarbeit integriert sind. Hinzu kommen verschiedene Konstellationen von Wohnen und Arbeiten: mit Selbstversorgung in ökologischer Landwirtschaft, vielfältigen Schul- und Bildungsprojekten, mit Räumen für gemeinsame Freizeitaktivitäten, Carsharing, Kinderbetreuung, Kunst- und Kulturprojekten, Einkaufs- bzw. Verbrauchergenossenschaften etc. Sie bilden stets eine überschaubare räumliche Einheit.

In diesen Projekten von Teilhabe und Teilgabe entstehen letztlich vielfältige Synergien und Effekte für die Lebensqualität der Einzelnen. Die einzelnen Projekte, Beispiele und Wege zeigen im Ganzen oder bezogen auf wesentliche Teilbereiche Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen für die Zukunft des Wohnens und Arbeitens. Sie erfüllen den Anspruch an Nachhaltigkeit im ganzheitlichen Sinne – ökonomisch, ökologisch und sozial.

Lernen durch Partizipation

»Das Planen und Bauen in der Gemeinschaft und das Wohnen und Leben in generationen- und kulturübergreifenden Gemeinschaften gewinnen an Aktualität. ... Die Partizipation, die Beteiligung an Planungsprozessen und Entscheidungsfindungen gewinnt an Gewicht«, heißt es in der Studie »Zukunft Wohnen. Erkenntnisse der Netzwirkungskampagne WieWeiterWohnen«. Genossenschaftsprojekte verwirklichen das in besonders intensiver Form in ihren verschiedenen Phasen der Zielfindung, Planung und Realisierung ihres Projekts.

Gemeinschaftsbüros oder Telezentren in Wohnortnähe unterstützen Kommunikation und Interaktion, vermeiden Isolation zu Hause oder lange Anfahrtswege in Unternehmensbüros. Auch wirtschaftlich gesehen besteht ein Synergieeffekt der gemeinschaftlich genutzten Büroinfrastruktur. Eine der Gefahren der raschen Entwicklung der IuK-Technologien ist, dass ein Teil der Menschen – vor allem Ältere – ausgeschlossen bleiben bei darauf basierender Kommunikation. Gemeinschaftsprojekte integrieren von Beginn an Akteure und BewohnerInnen auch ohne Internetzugang, fordern ihre Stärken und Fähigkeiten heraus.

Zukunftschance Genossenschaft

Die Cebit-Welt von morgen und übermorgen fordert das autonome Individuum – Flexibilität, Dynamik,

Mobilität, allseitige Verwend- und Einsatzbarkeit. Den Einzelnen gibt es nicht ohne die funktionierende Gemeinschaft, sie ist und bleibt unverzichtbar! Genossenschaften und andere geeignete Formen der Gemeinschaft können auffangen, was die Cebit-Welt dem Einzelnen fälschlicherweise aberlangt. Gemeinschaft als wichtiger Sozialisations- und Kristallisationspunkt: Wir könnten uns zukünftig auch auf den Wunsch des Menschen nach Anerkennung nicht nur als Motor der Wirtschaft, sondern auch als Grundlage für Gemeinschaftsverantwortung verlassen.

Deshalb sollte den vielfältigen Gemeinschaftsprojekten, den Projekten kollektiver Eigen-, Erwerbs- und Bürgerarbeit und des gemeinschaftlichen Wohnens mehr gesellschaftliche Anerkennung zuteil werden als es derzeit der Fall ist.

Demografische Zwänge

Aktuelle Trends sind zudem die allseits bekannte demografische Entwicklung, die Kostenkrise des Sozialstaates, die vielfach auf Rentabilität ausgerichtete professionelle marktbestimmte Hilfe und die Zerstörung vorhandener Sozialräume. Sie verdeutlichen, eine Neuausrichtung ist erforderlich: ein neues auf Selbst-



Der Bau weiterer Ökohäuser erfolgt in siebenlindigen Schritten für Schritt, abhängig von den finanziellen Möglichkeiten der BewohnerInnen

Dies sind Handlungsfelder und Elemente, die Genossenschaften auf den »Leib geschneidert« sind. Stellen Genossenschaften doch den Menschen und die Nutzung in den Mittelpunkt der Betrachtung. Sie sichern die Identität zwischen Nutzern und Eigentümern bei gleichzeitigem Schutz der Gruppeninteressen und die Partizipation der Beteiligten an wichtigen Entscheidungen.

Sich ändernde Arbeitsformen

Wohnformen und Lebensstile differenzieren sich immer weiter aus. Die Arbeitsformen der Zukunft sind verstärkt geprägt

- von einem seit den 90er Jahren rasch zunehmenden Anstieg der Telearbeit,
- von phasenbedingtem Wechsel von abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit,
- durch Bezahlungsmodelle, die das Arbeitsergebnis zur Ausgangsbasis der Bewertung machen, nicht die zeitliche Anwesenheit,
- von höheren Anforderungen an die Kooperations- und Teamfähigkeit, Sozialkompetenz sowie ständige Weiterbildung des Einzelnen.

Und: die Arbeit kehrt in die Wohnungen zurück. Die Wohnung von morgen dient viele Stunden täglich als Datenautobahn. Sie wird zunehmend zum Informationszentrum, Handels-, Arbeits- und Ausbildungsplatz. Menschen wollen dort wohnen, wo sie auch arbeiten und zum Shopping, Bowling, Essen, Tanzen und ins Kino gehen können. Wenn es um den entschei-

zwar in einer Atmosphäre der Unterstützung, damit der Einzelne mit seinem individuellen Setup die individuelle Richtung bestimmen lernt. In der selbstorganisierten und selbstverantwortlichen Gemeinschaft in Form der Genossenschaft erhalten die Menschen wertvolle Erfahrungen darüber, wie Menschen erfolgreich zusammenarbeiten oder nicht, wie Kommunikation funktioniert und wo es hakt.

Neurobiologen, Wirtschaftswissenschaftler und Pädagogen fordern unisono mehr Schulung von Menschenkenntnis, Konfliktlösung und Teamfähigkeit, und die Steigerung der Motivation zur Arbeit durch höhere Cooperation-Bewertungen. Genau das sind aber die immanenten Möglichkeiten von Genossenschaften und zugleich ihre Herausforderungen für ihr nutzergerichtetes und erfolgreiches Agieren. Die NutzerInnen sind als Mitglieder zugleich selbstverantwortliche Eigentümer ihres Unternehmens, entwickeln gemeinsam mit anderen Selbstbewusstsein und Perspektive unter Einsatz ihrer Stärken und Ausgleich von Schwächen im Team.

In Genossenschaften nehmen die gezielte Förderung der Sozialkompetenz sowie die Entwicklung kommunikativer und kooperativer Verhaltensweisen im Hinblick auf den Erfolg einen hohen Stellenwert ein. Wichtig ist und bleibt die Verbesserung der Interaktion in den Gruppen zur gemeinschaftlichen Aufgabenbewältigung. Die Ermächtigung und Stärkung der einzelnen und vor allem von Gruppen wird durch die Organisationsform der Genossenschaft wesentlich gefördert und unterstützt, die die unternehmerische und soziale



bestimmung ausgerichtetes Hilfesystem, Verstärkung von Bürgerhilfe und Ehrenamt, Belegung von Identifikation mit dem Gemeinwesen, Stärkung von Wohnorganisation und Verwirklichungschancen. Das genossenschaftliche Organisationsmodell bietet dafür einen geeigneten, regelrecht idealen Rahmen.

Wir haben es in der Hand, durch die Gestaltung unserer Gesellschaft dem Einzelnen einen Rahmen zu bieten, der ein erfülltes Leben im Sinn der Gemeinschaft ermöglicht. Wir sollten begreifen, dass dazu die wesentlichsten Fähigkeiten von Natur aus angelegt sind, aber auch, dass wir als Einzelner und als Gesellschaft etwas daraus machen müssen. Dafür haben Genossenschaften reichlich Potenzial – nicht nur im UN-Jahr der Genossenschaften. Wesentliche Aufgabe bleibt, ihnen die gleiche – und damit deutlich größere als gegenwärtige – Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommen zu lassen, wie andere Wohn-, Wirtschafts- und Lebensformen. ●

VITOPA IA EG, MAGDEBURG

GENOSSENSCHAFTEN

Hier wächst was...

Der vitopische Weg zur Gemeinschaft

Es ist Samstagmorgen zehn Uhr im Herrenkrugpark in Magdeburg. Wo vor Stunden der Nebel ums Haus schlich, der Tau in den Elbwiesen lag und Hase und Reh unterwegs waren, trudeln jetzt Fahrradfahrer und Kinder in Radanhängern ein. Es ist wieder Bautag bei Vitopia eG.

Von Yvonne Lücke, Red. Genossenschaften ● Seit Dezember 2010 gehört den Gründerinnen und Gründern der Vitopia eG das alte Gärtnerhaus in Magdeburg. Zu der Genossenschaft gehören 30 Mitglieder, von denen neun Erwachsene und fünf Kinder dort auch wohnen. Das 3.000 qm große Grundstück mit zwei Gebäudekomplexen mit 1.000 qm Nutzfläche ist umschlossen vom Herrenkrugpark, gleich dahinter beginnt die Elbaue.

Der vitopische Weg startete im Jahre 2006. Mehrere Erwachsene fanden sich zusammen, um ein ökologisch nachhaltiges Wohnprojekt ins Leben zu rufen, mit dem Schwerpunkt einer ressourcenschonenden Lebensweise in den Bereichen Verkehr, Energie, Ernährung und Bauen. Die ersten Jahre waren geprägt von der Suche nach einem geeigneten Grundstück. Ende 2008 landete durch die lokale Tageszeitung die Nachricht über die städtische Ausschreibung des Grundstücks Herrenkrug 2 auf dem Küchentisch von Susanne Bürger und Joris Spindler.

Das Konzept wurde dahingehend geschärft, dass neben einem geplanten (Umwelt-)Seminarhaus zwei gewerbliche Stränge hinzukamen, ein BioCafé und eine Fahrradherberge. Dies war Voraussetzung, um in die nähere Auswahl bei der Ausschreibung zu kommen. Zeitgleich setzte sich die Gruppe intensiv mit dem Thema Rechtsformen auseinander und entschied sich für die eingetragene Genossenschaft als Form einer »demokratischen Kapitalgesellschaft«. Die Gründung erfolgte im Juli 2009. Im Rahmen des EU-Projektes



Nachdem der Teilbaubauabschnitt Herberge/Übergangswohnnutzung bei Vitopia weitgehend abgeschlossen wurde, wird der Entwicklung der Teamstruktur verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet

»Starkes Team« nahm die Gründungsgruppe von Herbst 2009 bis März 2011 an verschiedenen Bildungsseminaren zu Themen wie Arbeitsorganisation, Gestaltung von Innenräumen mit Lehm, Kommunikation in Gruppen, Krisenmanagement, Buchhaltung, Marketing und Betreiben eines Cafés/Bistro teil. Dies ermöglichte ihr, einen Einblick in die anstehenden neuen Aufgabenbereiche zu bekommen.

Bis zur Unterzeichnung des Kaufvertrags verging aber noch mehr als ein Jahr. Das lag an dem Umstand, dass die bestehende funktionstüchtige Infrastruktur des Grundstücks weiter genutzt werden sollte. Im ersten Entwurf des Kaufvertrags war dies nicht vorgesehen. Letztlich ging es dann doch. Der zweite Punkt hing mit der Finanzierung zusammen. In der Anfangsphase wurden mit der GLS Bank gute Erfahrungen gemacht, nicht zuletzt aufgrund ihrer umfangreichen

Erfahrungen mit der Finanzierung von Wohnprojekten. Dann gelang es aber über die GLS-Bank nicht, die Finanzierung über das KfW-Programm für Kleinunternehmen mit einem besonders günstigen Zinssatz zu nutzen. Daher wechselte die Gruppe zur lokalen Volksbank und war von der damit erreichten Beschleunigung der Formalitäten angenehm überrascht.

Anfang November 2010 konnte der Kaufvertrag unterschrieben werden, Mitte Dezember wurde der Kaufpreis gezahlt und im Januar 2011 war die Genossenschaft im Grundbuch als Eigentümerin eingetragen. Durch einen Überlassungsvertrag mit der Stadt bestand seit Juli 2010 die Möglichkeit, mit den Aufräumarbeiten und der Vorbereitung der Sanierung zu beginnen. Somit rückte das praktische Tun mehr und mehr in den Mittelpunkt und leitete den Wechsel von Kopfarbeit zur Handarbeit ein.

Dieser Wechsel brachte ein grundlegendes Problem mit sich. Keiner der Beteiligten ist von seinem Beruf her Handwerker. Das erzeugte Unsicherheit, wie in Bausachen vorzugehen ist. Der wichtigste Ansprechpartner dafür, Architekt und Bauleiter in einer Person, verfolgte das Konzept, die »Unwissenden« durch praktische Bauanleitung nach und nach in ihren baufachlichen Kompetenzen zu stärken. Damit gelang es, den eigenen Spielraum für den Anteil der Eigenleistung zu erhöhen und so Kosten zu senken. Die Folge war eine hohe ehrenamtliche Belastung. Sie musste neben der hauptamtlichen Erwerbsarbeit und der Kinderbetreuung geleistet werden. Daraus ergab sich aber auch ein

Zugewinn von unterschiedlichen Fähigkeiten des ökologischen Bauens, wie z.B. das Dämmen mit Schilfrömmeln, Lehmputzarbeiten und einfache Holzarbeiten.

Neben dem Bauen wurde eine Teamstruktur entwickelt. Die Genossenschaftsmitglieder schauten entsprechend bewusst auf ihren intensiven Gruppenprozess und lernten, sich authentischer zu zeigen. Schließlich ist es der Gruppe wichtig, dass sich alle in ihrem frei gewählten Kleinteam, wie auch in unterschiedlichen kurzfristig gebildeten AG's wohlfühlen.

Im März 2012 konnte der erste Teilbaubauabschnitt Herberge/Übergangswohnnutzung weitgehend abgeschlossen werden und ein Einziger der nutzenden Mitglieder steht kurz bevor. Für die Beteiligten wird gerade eine neue Phase eingeläutet, die des Herzens. Sie ziehen in eine Gemeinschaft. Für die Entwicklung der Teamstruktur widmet sich das Team einer Reihe von »Herz-Fragen« zur Gemeinschaftsbildung. Dazu gehören Fragen wie: »Was bedeutet das? Wie wollen wir das mit Leben füllen? Gemeinsame Haushaltskasse? Alles gemeinsam, alles getrennt? Wollen wir uns auch menschlich tiefer begegnen oder reicht es »nur« in einem Haus zu wohnen und alles dem Zufall zu überlassen?«

Mittlerweile startete bereits der nächste Teilbaubauabschnitt Café. Spätestens bei der Fertigstellung sollte klar sein, ob die Mitglieder im Café einen Erwerb nachgehen möchten oder für dafür vor allem »externe« Mitarbeiter eingestellt werden. Zudem muss die darauffolgende Finanzierungsphase auf den Weg gebracht werden. Dazu fehlt vor allem noch das nötige Förderungsprogramm, das auf Wohngemeinschaften mit der Rechtsform Genossenschaft zugeschnitten ist. Und benötigt werden Menschen, die sich als Mitglieder ideell und finanziell in der Genossenschaft engagieren. Weitere Informationen: www.vitopia.de.

Epilog

Es ist 19.30 Uhr. Die Sonne malt ein lila-rotes Spektakel an den abendlichen Himmel. Der letzte ehrenamtliche Bauhelfer, samt den Fachhandwerkern auf Zeitaustauschbasis haben den Bauplatz verlassen – und die Handkressäge liegt an ihrem Platz im Werkzeugraum. Wieder ein Stück »gewachsen«.

SCHLOSS TONNDORF EG

Gemeinschaftskultur
Alltagsfreuden im Spannungsfeld von Vision und Improvisation

Ein weinbewachsener Bergfried, der das Land weit überragt und von Jahrhunderten kündigt, in denen Besitzanspruch und Angst vier Meter starke Mauern auftrüben. Ein 15 Hektar großer Hügel mit einem historischen Bauensemble, das seine BesucherInnen heute mit Kinderlachen und einer leise lächelnden Schwangeren empfängt. Eine hölzerne Figurenbeute, in deren gewölbtem Bauch eines der 100 Bienenvölker des Platzes lebt und von Frühjahr bis Herbst eine summende Wolke der Fruchtbarkeit rings um das Eingangportal webt...
Willkommen auf Schloss Tonndorf!

Von Thomas Meier, Red. Genossenschaften ● Die Lebensgemeinschaft Schloss Tonndorf vereint Menschen, die seit 2005 das im südlichen Weimarer Land gelegene Anwesen gemeinsam sanieren und beleben. Zur ihnen gehören sowohl Familien als auch Alleinlebende. Ihre Herkunft und ihre Lebenserfahrungen sind sehr verschieden und werden noch für einige Winterabende ausreichend Gesprächsstoff bieten. Allen gemeinsam ist der Wunsch nach einem selbstbestimmten, sinnerfüllten Leben, nach gegenseitiger Unterstützung im Alltag und nach einer anregenden menschlichen Atmosphäre.

Erklärtes Ziel und gelebte Praxis sind die Sanierung sowie Unterhaltung des Baudenkmals und seiner zugehörigen – in weiten Teilen naturschutzrelevanten – Freiräume für eine Wohn-, Arbeits- und Lebensgemeinschaft von bis zu 80 Menschen (Erwachsene und Kinder). Dies geschieht in dem Bewusstsein, zugleich ein regional bedeutendes Ensemble der Kulturlandschaft Thüringens neu zu beleben. Entsprechend werden seit dem Erwerb des Schlosses durch die dafür gemeinsam gegründete Genossenschaft Teile der Anlage für die Allgemeinheit zugänglich und nutzbar gemacht. Das Schloss wurde so für das öffentliche Bewusstsein bereits ein gutes Stück zurückgewonnen.

Gleichzeitig entsteht hier mit einer Art Wahlverwandtschaft eine Alternative zu den im Herzen Europas heute unüberschaubaren Folgen des demographi-

schens Wandels und der zunehmenden Isolation der Menschen. Erprobt wird der frei gewählte und undogmatische Zusammenschluss von Menschen, die sich gegenseitiger Solidarität gewiss sein können. Für ihr Zusammenleben haben sie ein brachliegendes Baudenkmal samt zugehöriger Kulturlandschaft erwählt, so wie es in einigen anderen Regionen Gemeinderäten seit Jahren Kopfzerbrechen bereitet.

Zu der Gemeinschaft gehören derzeit 33 Kinder und 36 Erwachsene im Alter von eins bis Ende 50. Zwei Familien erwarten Nachwuchs. Entgegen einer alten Schlosslegende, welche vom Unglück eines kinderlosen Grafenpaares berichtet und im Kontrast zur langjährigen Nutzung des Schlosses als Alten- und Pflegeheim, erlebt der Ort seit der neuen Nutzung einen wahren Kindersegen. Die Erwachsenen? Nun – die Palette der ausgeübten Berufe umfasst so vielfältige Bereiche wie ökologische Landwirtschaft, Imkerei, ökologisches Bauen (u.a. Strohhallenbau), Geburtshilfe, Medizin, Pädagogik, Kinderzirkus, Musik, Architektur, Landschaftsarchitektur, Schreinerei und Autohandel. Zudem ist es wohl nie zu spät für eine glückliche Kindheit: Wer bei den Grabenarbeiten im Vorhof vier verschiedene Männer der Gemeinschaft im Kleinbagger sitzen sah, hat vielleicht ihn und wieder ein selbiges Lächeln über ihre Lippen huschen lassen...

Alle BewohnerInnen des Anwesens sind zugleich BesitzerInnen und MieterInnen. Entscheidungen über gemeinsame Vorhaben werden im Konsens gefällt. Das Projekt hat keine eingebauten Hierarchien. Während die gemeinsame Genossenschaft der Bewirtschaftung und dem Ausbau des Anwesens dient, wurde als Dach für alle der Allgemeinheit dienenden Unternehmungen, u.a. Naturschutz, Denkmalschutz, Umweltbildung und Kultur, ein Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit geschaffen.



Die Lebensgemeinschaft Schloss Tonndorf hat als Gebäude eine ehemalige Burg gekauft, in der einmal 60 Menschen wohnen sollen

Das gemeinschaftliche Leben auf Schloss Tonndorf bietet die Chance, verschiedene Lebensaspekte neu zu denken und selbstbestimmt zu gestalten. Dazu gehören der Umgang mit den Kindern, die Unterstützung Alleinerziehender, die Einbeziehung älterer Menschen in das alltägliche Miteinander aber auch ein kreativer Austausch und die gegenseitige Unterstützung bei der beruflichen Selbstverwirklichung.

Zum Alltag gehört aber auch die Sanierung im behutenden Zustand – also bei »lebendigem Leibe« und zunächst einmal ein Leben mit vielen Provisorien. Dazu zählen das manchmal mühevollen Ringen um gemeinsame Entscheidungen im Konsens und die Notwendigkeit, eine gemeinsamen Vision immer wieder neu nachzuspüren. Ebenso ist bisweilen das Abschiednehmen von lieb gewordenen Menschen ein Teil dieses Lebens.

Die Nutzung des Anwesens umfasst heute neben dem Ausbau bzw. Neubau von Wohn- und Werkstätten Bereiche wie ökologischer Gartenbau, eine Catering-Küche, die Pflege und Bewirtschaftung der Streuobstweiden, nachhaltige Waldnutzung und -pflege, Schreinerei und Schlosserei, Zirkuscamps, Workcamps und Seminarangebote in den Bereichen Gemeinschaftsgründung, gewaltfreie Kommunikation, Obstbaum-

schnitt, gentechnikfreie Landwirtschaft u.v.a.m. Seit dem letzten Jahr gibt es nun auch einen auf dem Anwesen beheimateter Waldkindergarten. Er bietet den Kindern der Gemeinschaft aber auch denen der Umgebung die Gelegenheit, in liebevoller Atmosphäre und mit viel frischer Luft ins Leben hinein zu spazieren. Eine eigene Schule? Auch daran wird gearbeitet. Langfristig geplant ist die Errichtung einer dorfgemeinschaftlichen Siedlung in Holz-Strohballen-Bauweise. Letztlich werden dann wohl einmal 80 Menschen zur Gemeinschaft gehören.

Zwischen Baucontainern und herumliegenden Bobby-Cars werden regelmäßig Führungen für die Schulklassen des Schullandheims Tonndorf und für Wandergruppen aus der Umgebung angeboten. Zudem sind öffentliche Feste, Konzerte, Lesungen, Ausstellungen und Märkte mit jährlich ca. 6.000 BesucherInnen Teil der gemeinsamen Kultur. Monatlich finden Infocafé-Nachmittage für interessierte BesucherInnen statt und neuerdings schwofen regelmäßig Weimars und Erfurts Tango-Begeisterte durchs Schlossfoyer.

Die Gäste werden immer mit Respekt vor der Privatsphäre der BewohnerInnen gebeten. Diese sollen sich nicht als Museumsexponate missverstanden fühlen. Wenn sich doch hin und wieder ein neugieriger Besucher trotz zahlreicher Hinweistafeln auf der Suche nach dem öffentlichen Schloss in das gemeinsame Esszimmer »verirrt« hat, erwartet ihn – je nach des Schicksals Laune – ein freundlicher Raumschiss oder eine Tasse heißer Apfelpunsch. Aktuelle Informationen über das Projekt sind im Internet unter www.schloss-tonndorf.de bzw. über einen regelmäßigen Rundbrief erhältlich.

Autor

Thomas Meier – Architekt und Projektentwickler – ist Mitbegründer der »auf Schloss Tonndorf eG« und unterstützt inzwischen durch regelmäßige Seminarangebote gemeinschaftsinteressierte Menschen, die im Weimarer Land bzw. Thüringen kooperativ zusammenleben und ihr Leben sinnvoll gestalten möchten. Geeignete Orte dafür gibt es durchaus. Los geht's!
Kontakt: Tel: (03 64 50) 4 40 57
oder E-Mail: atelierintervention@yahoo.de

SIEDLUNGSGENO ÖKODORF

GENOSSENSCHAFTEN

Ein Dorf der Zukunft

Leben und Arbeiten im Ökodorf Sieben Linden

Seit 1997 wird in der Altmark – einer dünn besiedelten, ländlichen Gegend zwischen Hamburg, Hannover und Berlin – das Ökodorf Sieben Linden aufgebaut. Inzwischen leben dort 140 Menschen – etwa 100 Erwachsene und 40 Kinder und Jugendliche. Langfristiges Ziel ist es, dort ein Dorf für 200 bis 300 Menschen zu entwickeln, in dem alle Lebens- und Arbeitsbereiche auf allen Dimensionen nachhaltig organisiert sind.

Von Eva Stützel, Red. Genossenschaften ● Trägerin der Dorfentwicklung ist die Siedlungsgenossenschaft Ökodorf eG. Sie ist Grundeigentümerin, Eigentümerin der Gemeinschaftsräume und wichtigste Organisationseinheit des Dorfes. Alle festen erwachsenen BewohnerInnen Sieben Lindens sind dort Mitglied.

Genossenschaft als Träger

Die Siedlungsgenossenschaft als Landbesitzerin organisiert auch die Selbstversorgung mit Energie und Lebensmitteln: Sie ist Trägerin eines Gemüsebaubetriebs, in dem in der Saison drei Menschen angestellt sind, und bezahlt in der Brennholzzeit mehrere Mitarbeiter für die Brennholzgewinnung. Sie betreibt Photovoltaikanlagen, die Wasserversorgung und die Pflanzenkläranlage. Als Grundeigentümerin schafft sie mit Nutzungsverträgen auch den Rahmen für alles Wirtschaften in Sieben Linden. Ein Traum ist bis jetzt geblieben, dass sie auch zur Rechtsträgerin von gemeinschaftlichen Betrieben wird, die Geld für's Projekt erwirtschaften.

Die Wohnungsgenossenschaft Sieben Linden eG ist die Trägerin des Wohnungsbaus. Sie besitzt inzwischen sieben große Wohnhäuser (je 250 bis 500qm) sowie einige kleinere Bauten. Die Häuser werden großteils von Sieben Lindener HandwerkerInnen gebaut. So bleibt das von den GenossInnen eingebrachte Kapital beim Bau der Häuser gleich »doppelt« im Dorf: Zum einen durch den Wert der Häuser, zum anderen als Bezahlung für die Sieben Lindener HandwerkerInnen.

Wichtigster Arbeitgeber im Dorf ist der Freundes-

kreis Ökodorf e.V. Er ist als gemeinnütziger Verein Träger der gemeinnützigen Aktivitäten Sieben Lindens. Insbesondere der Bildungsbetrieb des Projektes hat inzwischen einen beachtlichen Umfang eingenommen: Im Jahr 2011 wurden 5.000 Seminargästetage gezählt. Beim Verein arbeiten inzwischen zwölf Menschen mit fester (Teilzeit-)Anstellung. Sie sind in der Seminarorganisation, dem Gästehaus, der Versorgung der Gäste und der Verwaltung des Vereins tätig.

Dazu kommen noch etwa 35 Menschen aus Sieben Linden, die als ReferentInnen im Seminarbetrieb mitarbeiten. Einige verdienen sich damit ein kleines Zubrot, andere haben sich mit ihren Angeboten so etabliert, dass sie inzwischen nur von ihrer Arbeit als ErwachsenenbildnerInnen leben.

Der Naturwaren Sieben Linden e.V. ist ein nicht-gemeinnütziger Verein, der den Bezug von Lebensmitteln für die Gemeinschaft organisiert. Fast alle BewohnerInnen Sieben Lindens sind in einer gemeinsamen Haushaltskasse, die über diesen Verein organisiert wird. Kinder und Jugendliche der Gemeinschaft werden von der Gemeinschaft mitgetragen.

Das »Arbeiten« im Dorf wird jedoch nicht nur durch die Organisationen geprägt. Etwa 30 Selbstständige haben den Mittelpunkt ihres Arbeitslebens im Dorf. Die Tätigkeit von manchen von ihnen ist eng mit den Organisationen verknüpft. Wenige sind ganz von Aufträgen von »außen« abhängig:

- Der Eurotopia Verlag gibt interessante Bücher zum Thema »Gemeinschaft« heraus – so ist z.B. im März 2012 das Buch »Dorf ohne Kirche« erschienen, in dem Michael Würfel zu einer ganz großen Führung durch das Ökodorf Sieben Linden einlädt.
 - Das Atelier für Schmuck und Stein verkauft Schmuck aus fair gewonnenen und gehandelten Edelsteinen.
 - »Ligas Obstbaumschule« vermehrt alte Obstbaumarten und verkauft hunderte verschiedener Obstbäume auf den Märkten der Region.
 - Die »Wilde7« versendet von Ende März bis in den Oktober hinein Wildkräuter aus Sieben Linden und Umgebung.
- Leben, Engagement für die Gemeinschaft, ehrenamtliche Arbeit und Erwerbsarbeit gehen in Sieben Lin-



Beim Strohhallenbau übernimmt das Ökodorf Sieben Linden europaweit eine Pionierfunktion. Dazu gehört auch die dreistöckige Strohhallen-Mietkasernen »Strohpolis«.

den oft ineinander über. Oft genug wird aus ehrenamtlichem Engagement für die Gemeinschaft irgendwann im ersten Schritt eine Aufgabe, mit der ein Zubrot verdient wird und im zweiten Schritt die Basis für eine Selbstständigkeit. Die vielfältigen Synergieeffekte, die aus der Einbettung in die Gemeinschaft entstehen, machen es möglich, dass inmitten einer strukturschwachen Region eine gut funktionierende ökonomische Basis aufgebaut werden konnte.

Tatsächlich gibt es nur wenige wirkliche Kollektivbetriebe in dem gemeinschaftlichen Projekt. Es gibt viele Einzelunternehmer, die punktuell zusammenar-

beiten. Auch gibt es die großen Organisationen, aber kaum Zusammenschlüsse, in denen sich – wie im klassischen Kollektivbetrieb – mehrere Menschen zusammenschließen und gemeinsam ihren Betrieb gründen und führen. Das einzige aktuelle Beispiel ist der Wildkräuterversand »Wilde7« und die neugegründete Firma »Raw Living«, die Rohkostprodukte vermarktet.

Kooperation oder Kollektiv?

Die meisten Menschen haben sich individuell mit Gründungszuschuss selbständig gemacht und

genießen den individuellen Spielraum, der sich aus punktuellen Kooperationen ergibt. Es wird zwar immer wieder davon gesprochen, dass es toll wäre, einen gemeinschaftlichen Kollektivbetrieb auf die Beine zu stellen, der durch den Verkauf von in Sieben Linden produzierten Dingen eine ökonomische Basis für Sieben Linden sein könnte. Die Ansätze dazu bleiben aber stets in den Kinderschuhen stecken. So ist nun eine der kommenden Herausforderungen für Sieben Linden, diesen Traum in die Tat umzusetzen, um so dem Leben und Arbeiten in Sieben Linden noch eine stärkere Basis zu geben. ●

Tragende Strukturen in Sieben Linden

Freundeskreis Ökodorf eV: gegründet 1991. Gemeinnütziger Verein, Träger der Bildungsarbeit, Landschaftspflege, Kultur, u.a. gemeinnütziger Aktivitäten. 311 Mitglieder, Umsatz ca. 300.000 Euro / Jahr, 12 MitarbeiterInnen und ca. 40 Honorarkräfte.

Siedlungsgenossenschaft Ökodorf eG: gegründet 1993, Grundeigentümerin und Trägerin des Gesamtprojektes, 4 MitarbeiterInnen, 90 Mitglieder, Umsatz ca. 170.000 Euro / Jahr, Eigenkapital 1.272.000 Euro.

Wohnungsgenossenschaft Sieben Linden eG: gegründet 1998, Hauseigentümerin von 7 Wohnhäusern, 85 Mitglieder, 1 Mitarbeiterin, Umsatz 130.000 Euro / Jahr, Eigenkapital 1.604 T Euro, Bilanzsumme 3.040 Euro.

Naturwaren Sieben Linden eV: gegründet 2005, organisiert die Lebensmittelversorgung Sieben Lindens, 103 Mitglieder, 3 MitarbeiterInnen, Umsatz ca. 280.000 Euro / Jahr. Gemeinsame Website: www.siebenlinden.de

SCHÄFEREIGENOSSENSCHAFT FINKHOF, BAD WURZACH

Kontinuität und Veränderung
Stabilität im Wandel durch genossenschaftliche Rechtsform

40 Jahre Arbeiten und Wohnen zusammen, seit 1971 als fröhliche Landkommune, seit 1979 unter dem Dach der Schäferereigenossenschaft Finkhof, bedeuten mannigfache Veränderungen. 250 Genossen, Freunde, Praktikanten, Lehrlinge, die kamen und gingen, vom Schlachtruf »Vom Erzeuger zum Verbraucher« hin zu einem kleinen mittelständischen Unternehmen. Dessen Haupteinnahmequelle sind heute nicht mehr Wolle, Felle und Socken aus der eigenen Wolle, sondern sein Hauptgewicht liegt auf dem Handel mit hochwertigen Produkten aus dem Material Wolle. Und letztlich bedeutet es auch die Verabschiedung des Prinzips zusammen leben und arbeiten.

Von Caroline Dobring, Red. Genossenschaften ● Als locker verordnete Wohngemeinschaft der siebziger Jahre in Isny hatten Prinzipien in der Landkommune als Vorläufer der Schäferereigenossenschaft Finkhof noch keine große Bedeutung. Zufällig und nach Sympathie zusammengefunden wohnte man unter einem Dach und gemeinsame Arbeiten waren eher im Freizeitbereich angesiedelt, z.B. das gemeinsame Betreiben eines Jugendzentrums.

Mit dem Aufbau der Schäferei und einer kleinen Vermarktungsstruktur änderte sich das. Im Jahre 1979 wurde die Schäferereigenossenschaft gegründet. Parallel erfolgte der Erwerb des heutigen Wohnhauses, des »Gasthof Adler«, ein denkmalgeschütztes Gebäude aus dem 16. Jahrhundert. Auf einmal stand Platz für Arbeitsbereiche und deutlich mehr Raum zum Wohnen zur Verfügung, wenn auch anfangs noch mehrere Menschen auf einem Zimmer wohnten. Die Prinzi-

pien waren: Zusammenleben und Arbeiten, Entscheidung im Konsens, Bedürfniskasse.

Arbeits- und Wohnorganisation

Bis 1991 wohnten und arbeiteten alle Mitglieder der Gruppe zusammen. Ausnahmen entstanden durch Platzmangel für neue Genossen im Wohnhaus, was zu einer ersten Ausbauphase führte. Auf dem Plenum wurden die Arbeitsbereiche strukturiert und bis zu einem gewissen Grade herrschte noch das Rotationsprinzip vor. Entscheidungen, die Arbeit betreffend, konnten auch schon mal zwischen Tür und Angel getroffen werden. Es gab wenige Arbeitsbereiche und es war überschaubar.

Politisches Engagement, z.B. Hilfe für El Salvador oder Arbeit für den Verein Hilfe zur Selbsthilfe, wurden als so wichtig erachtet, dass Mitglieder für die Aktivitäten von der Arbeit freigestellt wurden. Das gleiche galt für alle Haushaltsarbeiten. Ist Hausarbeit erst mal als gleichwertige Arbeit definiert, wird sie nicht mehr zum Problem. Der Mindestlohn, um sozialversichert zu sein, wurde in die gemeinsame Kasse gegeben. Das Leben war eher einfach und mangels Masse auf einem niedrigeren Konsumlevel.

Betrieb wird zum Mittelpunkt

Im Jahr 1991 wurden die ersten Mitarbeiter eingestellt, das Kollektiv ideologisch vom Kopf auf die Füße gestellt, in dem Sinne, dass der Betrieb in den Mittelpunkt rückte und die Lebensgemeinschaft in den Hintergrund trat. Das Verhältnis ist heute neun Genossenschaftsmitglieder zu 24 Angestellten. Es gelang nicht, die Mitarbeiter in die Genossenschaft zu integrieren. Die Strukturen änderten sich entsprechend.

1. Zusätzlich zu der Lebensgemeinschaft bildeten sich andere menschliche Bezugsgruppen in den Arbeitsbereichen.
2. Die Arbeitsbereiche entscheiden selbstständig über ihre Belange, nur größere Anschaffungen und Neueinstellungen werden auf dem Plenum entschieden.
3. Kommunikation und Auseinandersetzungen haben fast ausschließlich betriebliche und ökonomische Belange zum Thema.

Genossenschaft als Grundlage

Die Gesellschaftsform der Genossenschaft bezieht sich anderswo entweder auf die Organisation der Arbeit, z.B. Produktivgenossenschaften oder Wohn- und Wohnungsbaugenossenschaften. Sie haben die Schaffung erschwinglichen Wohnraums zum Ziel. Beiden ist gemeinsam, dass sie die Möglichkeit ausschließen, individuelles Eigentum an gemeinschaftlich erwirtschafteten Produktionsmitteln und am Wohnraum zu erwerben. Beim Finkhof werden beide Formen unter einem Dach vereint.

In den ganzen Jahren hat sich diese Form als ideal herausgestellt. 40 Jahre zusammen arbeiten und leben bedeuten unterschiedliche persönliche Entwicklungen, erhebliche gruppendynamische Prozesse, betriebsbedingte Veränderungen, die mit einer anderen Gesellschaftsform leicht zum Aufgabe hätten führen können oder, im schlechtesten Fall, zu gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Genossenschaftsanteile wurden gleichmäßig auf alle Mitglieder überschrieben. Der Verein Hilfe zur Selbsthilfe ist Mitglied in der Genossenschaft. Er hält fast die Hälfte des Eigenkapitals. Dies wurde in den 80er Jahren zur Kapitalneutralisierung beschlossen.

Bei Austritt bekommt jedes Mitglied seine Anteile abgezahlt. Zusätzlich gibt es betriebliche Abmachungen, die die individuelle Altersvorsorge betreffen, Gelder, die jeder privat nutzen kann. Auf diese Weise sind Betrieb und Arbeitsplätze abgesichert.

Ähnliches gilt für das Gebäude. In den letzten zwei Jahren hat sich herausgestellt, dass mehrere Menschen beim Finkhof das Bedürfnis nach abgegrenztem Wohnraum entwickelt haben. Dies führte zu sehr großen Verwerfungen, aber nach zwei Jahren teilweise sehr emotionalen Diskussionen werden für zwei Personen zwei Häuser errichtet und das alte Wohnhaus umgebaut. Die Schäferereigenossenschaft finanziert diesen Umbau und die Häuser. Sie sind Eigentum der Genossenschaft und die Wohngemeinschaft mietet sie.

Zur zukünftigen Entwicklung

In den kommenden Jahren stehen existenzielle Entscheidungen an.

1. Was passiert mit dem Betrieb? Da intern kein Nachwuchs vorhanden ist, müssen die Finkhöfer sich Gedanken über eine Übergabe machen bzw. Nachfolger suchen.
2. Werden die Mitglieder im Alter ohne den betrieblichen Mittelpunkt in der Lage sein, sich weg von der Wohngemeinschaft zu einer Hausgemeinschaft zu entwickeln?

Beide Fragen werden die Mitglieder des Finkhofs die nächsten Jahre beschäftigen, wobei die Form der Genossenschaft eine individuelle Aufteilung des Vermögens vermeiden hilft. Und das macht immer noch Sinn, gerade in den heutigen Zeiten. ●

www.finkhof.de

TAGUNG 15./16.6.2012, DESSAU

GENOSSENSCHAFTEN

Wohnen und Arbeiten vernetzen

Neue Handlungsfelder für Genossenschaften

Trends – Herausforderungen – zukunftsweisende Antworten

Die traditionelle Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten wird es künftig so nicht mehr geben: Arbeit reduziert sich zunehmend auf ihre funktionale Rolle. Die Wohnung wird zunehmend auch Informationszentrum, Arbeits- und Bildungsplatz, mehr und mehr Platz zum Leben. Wohnen und Wohnort müssen sowohl die individuelle und familiäre Rückzugsfunktion erfüllen und sind auch die wesentliche Schnittstelle zwischen ihren Nutzern und deren sozialem und beruflichem Umfeld. Auf einer Genossenschaftstagung in Dessau wird dies am 15./16. Juni 2012 in Dessau intensiv diskutiert.

In den letzten Jahren machen sich immer mehr Menschen als Gruppe auf den Weg, um in wesentlichen Lebensbereichen ihre Ziele gemeinsam umzusetzen. Zunehmend werden gemeinschaftliche Wohnprojekte zugleich auch zu komplexen Gemeinschaftsprojekten, in die vielfältige Arbeitsformen der Erwerbs- und Nachbarschaftsarbeit integriert sind. Hinzu kommen verschiedene Konstellationen von Wohnen und Arbeiten: mit Selbstversorgung in ökologischer Landwirtschaft, vielfältigen Schul- und Bildungsprojekten, mit Räumen für gemeinsame Freizeitaktivitäten, Car-sharing, Kinderbetreuung, Kunst- und Kulturprojekten, Einkaufs- bzw. Verbrauchergenossenschaften etc.

Die Tagung »Wohnen und Arbeiten vernetzen – neue Handlungsfelder für Genossenschaften« soll die Aufmerksamkeit auf Projekte von Teilgabe und Teilhabeleben, Beispiele und Wege zeigen, die im Ganzen oder bezogen auf wesentliche Teilbereiche und Bausteine ganz wesentliche Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen für die Zukunft des Wohnens und Arbeitens geben und den Anspruch an Nachhaltigkeit im ganzheitlichen Sinne erfüllen.

Den vielfältigen zukunftsweisenden Formen von Gemeinschaftsprojekten, den Projekten kollektiver Eigen-, Erwerbs- und Bürgerarbeit und des gemeinschaftlichen Wohnens sollte mehr gesellschaftliche An-



Die Tagungen und Qualifizierungen der innova eG zu genossenschaftlichen Themen stoßen gegenwärtig auf hohes Interesse

erkennung zuteil werden als es derzeit der Fall ist. Im UN-Jahr der Genossenschaften geht es auf der Veranstaltung darum, auf die Potenziale der Gemeinschafts- und Genossenschaftsprojekte aufmerksam zu machen, und so deren Möglichkeiten auch für andere zu nutzen. Veranstalter sind der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., die Stiftung trias und der wohnbund e.V. mit Unterstützung der Apfelbaumstiftung, organisiert durch die innova eG.

Tagungsprogramm

Freitag, 15.06.2012

9.30 – 10.30 Uhr: Führung durch das Bauhaus

10.30 Uhr: Begrüßung

11 – 11.45 Uhr: Megatrends und Umbrüche 2020:

Herausforderungen und Chancen für die Handlungsfelder Wohnen und Arbeiten

Klaus Bumeister, Zukunftsforscher, Geschäftsführer z-punkt Köln

11.45 – 12.15 Uhr: Gemeinschaftsprojekte im Strukturwandel

Dr. Sonja Menzel, Vorstand wohnbund e.V., Leipzig

13 – 14 Uhr: Der Europäische Fonds für soziales

Unternehmertum

Sven Giegold, MdEP, Brüssel (angefragt)

14 – 17 Uhr: 3 Workshops

I. Arbeitsfeld Stadtentwicklung und Stadtbau –

Chancen und Risiken für vernetztes Handeln

Input: Prof. Dr. Ing. Holger Schmidt, TU Kaiserslautern

II. Anforderungen an Kommunikation, Teamarbeit

und Führungsverhalten – Antworten von Gemeinschaftsprojekten

Input: Dr. Helmut Thieme, innova eG, Leipzig

III. Anforderungen an Kooperations- und Organisationsstrukturen und Antworten durch Gemeinschafts- und Genossenschaftsprojekte

Input: Rolf Novy-Huy, Geschäftsführer Stiftung trias

18 Uhr: Besuch und Vorstellung des Projektes

Daksbau eG, Dessau

Samstag, 16.06.2012

9. – 11 Uhr: 3 Workshops

I. Stadt- und Regionalentwicklung (Projektpräsentationen und Diskussion)

Wohnungsgenossenschaft Jahnhäuser eG, Jahnhäuser

II. Kommunikation und Teamentwicklung (Projektpräsentationen und Diskussion)

Siedlungsgenossenschaft Ökodorf eG, Siebenlinden

III. Möglichkeit und Grenzen von Organisationsformen (Projektpräsentationen und Diskussion)

Gut Blankenfelde e.V., Berlin-Pankow

11.15 – 12 Uhr:

Vorstellung der Workshop-Ergebnisse

12 – 12.30 Uhr: Traditionelle Genossenschaften ant-

worten auf die Herausforderungen unserer Zeit

Ronald Meißner, Verbandsdirektor des Verbandes der

Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt, Magde-

burg

12.30 – 13 Uhr: Genossenschaftlich Wohnen und Ar-

beiten: Schlussfolgerungen für Praxis und Politik

Dr. Burghard Flieger, Vorstand innova eG, Freiburg

Organisatorisches

Veranstaltungsort ist die Stiftung Bauhaus Dessau, Gropiusalle 38, 06846 Dessau. Es wird eine Tagungsgebühr in Höhe von 15 EUR für Mitglieder des Bundesverbandes des Genossenschaftsgedankens e.V. und des wohnbundes e.V. und von 30 EUR für Nichtmitglieder erhoben.

Anmeldefrist: bis 21. Mai 2012

Per Fax: (03 41) 681 17 86 oder

E-Mail: sonja.menzel@innova-eg.de

Leitung und Organisation:

Sonja Menzel (innova eG); Kurt-Eisner-Straße 41,

04275 Leipzig

BUCHBESPRECHUNG

Distanz und Nähe

Grundlegungen zu einer Ethnologie der Lebensgemeinschaft am Beispiel des Ökodorf Sieben Linden

Ein wenig erinnert die Veröffentlichung von Michael Würfel »Dorf ohne Kirche« an den Roman »Ökotoxia« von Ernest Callenbach aus dem Jahre 1975. In beiden Büchern dienen persönlich gehaltene Erzählung und eine Reiseschilderung als Stilmittel. Auch geht es jedesmal um nachhaltiges Leben in einer Gemeinschaft. Bei Callenbach steht allerdings eine Utopie im Mittelpunkt, bei Würfel eine reale Lebensgemeinschaft, das Ökodorf Sieben Linden.

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Michael Würfel's frisch erschienene Monographie »Dorf ohne Kirche. Die große Führung durch das Ökodorf Sieben Linden« lässt sich gut durch eine »ethnologische Brille« betrachten. Schließlich ist der Autor teilnehmender Beobachter, der mit vielen Details eine besondere Lebensweise beschreibt. Bei dieser geht es um eine Art »Stammesgesellschaft« in einem vergleichsweise abgeschlossenen Raum. Es geht um ein im Aufbau be-

findliches Dorf. Seine Bewohner werden mit ihrer Kultur, ihren Artefakten (von Menschen hergestellte Gegenstände), ihrer Familienorganisation (Wahlverwandtschaften), aber auch mit ihrer Lebensweise und ihren Organisationsstrukturen dargestellt. Methodisch würde Würfel von vielen Ethnologen zu Recht der Vorwurf des »going native« gemacht werden, der unzulässigen Übernahme des Selbstverständnisses der Gruppe.

Spannendes Zeitzeugnis

Durch die Authentizität (authentikös: »echt«; »verbürgt«) der Betrachtung verbunden mit einer wiederholten betonten Subjektivität bei den verschiedenen Exkursen ist ein spannendes Dokument entstanden – spannend, weil gut zu lesen und Dokument, weil es den Charakter eines dauerhaften Zeitzeugnisses hat. Die sachliche Aufbereitung, gekoppelt mit vielen biographischen Elementen, gibt eine gute Einführung in das bundesweit bekannt gewordene Experiment, in dessen Mittelpunkt der Umgang mit den natürlichen Ressourcen und sozialen Beziehungen steht.

Würfel vermischt in seiner Darstellung immer wieder mindestens drei Ebenen: die sachliche örtliche Beschreibung, die durch Erzählungen überlieferte Entstehungszusammenhänge sowie Erläuterungen zu einzelnen Strukturen und Normen. Letztere werden bewusst als persönliche Deutungen deklariert. Konflikte, Handlungsmuster, Chancen und Grenzen der skizzierten Lebenszusammenhänge sind dann jeweils relativ anschaulich und nachvollziehbar geschildert. Auf diese Weise entsteht das positive Bild einer Gemeinschaft, zu der die Leserin bzw. der Leser so gleichzeitig ihre/seine eigene Assoziation und Wer-

tung findet. Ihr/ihm wird auf diese Weise die Möglichkeit geboten, sich ein relativ gutes Bild zu verschaffen, ob und in welcher Form ein Einlassen auf diese Gemeinschaft denkbar ist.

Gleichzeitig ermöglicht die ausführliche Beschreibung des Beispiels Ökodorf Sieben Linden auch Konturen und kulturelle Elemente des soziologischen Phänomens »Gemeinschaft« herauszuarbeiten. Spiritualität, Umgang mit Gästen, gemeinsame Ökonomie, Kommunikationsmethoden, Entscheidungsfindung, Ernährung, Kindererziehung und anderes sind zentrale Themen. Sie lassen sich in den meisten Gemeinschaften wiederfinden, wenn auch in sehr unterschiedlichen Ausprägungen.

Würfel's Ausführungen sind somit zweierlei zugleich. Zum einen sind sie ein kleiner Baustein, eine Fallstudie für eine noch zu schreibende Soziologie bzw. Ethnologie westeuropäischer Lebensgemeinschaften. Sie geben aber auch einen guten Einblick in eine konkrete Gemeinschaft, durch die menschlich selbst ein Bild machen kann, ob er dort leben kann und will – oder eben auch nicht. ●

Michael Würfel: Dorf ohne Kirche. Die ganz große Führung durch das Ökodorf Sieben Linden, Unterschleißheim 2012, 18 EUR, Bestellung über info@eurotopia.de.

LEBENS-GEMEINSCHAFTEN

Überblick über genossenschaftliche Ansätze in Deutschland

Wer sich einen Überblick über Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa verschaffen möchte, sollte sich die Veröffentlichung Eurotopia Verzeichnis für 19,50 EUR bestellen über info@eurotopia.de. Das Verzeichnis in der im November 2009 veröffentlichten Fassung gibt einen guten Überblick über Gemeinschaftsprojekte in Deutschland und Europa. Siehe auch ergänzend: www.eurotopia.de/lnklisten.php?id=d

Genossenschaftliche Beispiele sind:

- Parimal Gut Hühenthal eG, Hühenthal 1, 37218 Witzhenhausen
E-Mail: vorstand@parimal.de
Website: www.parimal-guthueenthal.de/gemeinschaft/genossenschaft.html
- Gemeinschaft Sonnenhof eG, Am Katzenberg 93, 99448 Hohenfelden
E-Mail: h.blankenburg@web.de
Website: <http://gemeinschaft-sonnenhof.de/wir.html>
- Lebensgemeinschaft Dalborn eG, Hauptstraße 28, 32825 Blomberg-Dalborn
E-Mail: wilkommen@lebensgemeinschaft-dalborn.de
Website: www.lebensgemeinschaft-dalborn.de

- Basisgemeinde Wulfhagenerhütten eG, 24214 Tüttendorf
E-Mail: info@basisgemeinde.de
Website: <http://lebensgemeinschaft.basisgemeinde.de>
- Gut Stolzenhagen eG, Gutshof 3, 16248 Stolzenhagen
E-Mail: info@gut-stolzenhagen.de
Website: www.gut-stolzenhagen.de
- Schloss Tempelhof eG, Tempelhof 3, 74594 Krefberg
E-Mail: besuch@schloss-tempelhof.de
Website: www.schloss-tempelhof.de
- Kommunität Beuggen, Schloss Beuggen 5, 79618 Rheinfelden
E-Mail: info@kommunitaet-beuggen.de
Website: www.kommunitaet-beuggen.de/genossen.html
- Gut Jahnhäuser eG, Jahnatstr. 4a, 01594 Jahnhäuser
E-Mail: info@ltg.de
Website: www.ltg.de/ueber-uns
- Kräutergarten Pommerland eG, Feldstraße 4, 17440 Pulow
E-Mail: info@kraeutergarten-pommerland.de
Website: www.kraeutergarten-pommerland.de
- Klein Jasedower Lebensgemeinschaft, Am See 1, 17440 Klein Jasedow
Website: www.kleinjasedow-familie.de
- Zaubergarten-Genossenschaft eG i.G., Kontakt über Klaus Schröder, Rathausstrasse 33, 51570 Windeck
E-Mail: info@zaubergarten-gemeinschaft.de
Website: www.zaubergarten-gemeinschaft.de/?Projekt

Anzeige

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

GEMÜSEANBAU GANZ ANDERS (TEIL 2)

Der SelbstErnteGarten

Wir, das neue »Rote Rübe«-Kollektiv, haben unser zweites Anbaujahr hinter uns gebracht und gleich zwei neue Formen des Gemüsebaus ausprobiert, die gleichzeitig doch mehr sind als nur Vermarktungsmöglichkeiten. Hier ein kleiner Rückblick zum SelbstErnteGarten. Im ersten Teil wurde die Solidarische Landwirtschaft vorgestellt.

Vom Rote Rübe-Kollektiv, Kommune Niederkaufungen ● Ja, noch so eine neue Idee. Können wir ja mal ausprobieren, dachten wir uns. Es fanden zwei Infoveranstaltungen in Kaufungen dazu statt, die die Transition Town-Leute von »Kaufungen gestaltet Zukunft« organisierten. Geplant war es, einen Acker reihenweise mit Gemüse, Kräutern und Blumen zu bepflanzen und die-

sen dann in kleine Parzellen (40 qm) aufzuteilen. Anschließend sollten die Parzellen für eine Saison verpachtet werden, so dass die Leute dann für die Pflege, Bewässerung und die Ernte selbst verantwortlich waren. Einmal in der Woche sollte es eine Beratungsstunde mit Pflanzenverkauf geben. Nachdem sich nach der ersten Infoveranstaltung nur wenige Leute angemeldet hatten, fing es nach der zweiten Veranstaltung an zu »boomen«. Wir setzten viermal die geplante Parzellenanzahl nach oben und kauften mehrmals Saatgut nach. Mitte Mai hatten wir dann 26 Parzellen an die Menschen gebracht und starteten das ganze mit einer Eröffnungsfest auf dem Acker, wo die SelbsternterInnen sich bei Kaffee und Kuchen erst mal Pfade über den Acker trampeln mussten.

Danach gab es für uns dann Sekt, weil wir ja nicht nur den Selbsterntegarten erfolgreich übergeben hat-



ten, sondern auch noch die Teilnahme an der Solidarischen Landwirtschaftsgemeinschaft schnell entschieden haben (und das alles in KW 20, der härtesten Gärtnerwoche im ganzen Jahr).

Viele der SelbsternterInnen hatten noch nie selbst gegärtnert und kannten »Bio« nur aus der Fernsehwerbung. Umso schöner war es dann zu sehen, wie die Begeisterung die Menschen packte, wie oft sie in ihren Gärten gingen und ihr Gemüse

ernten. Wie Kinder in der Erde wühlten, wenn Oma mal eben noch Bohnen pflückte. Wie dankbar uns die Menschen für diesen Ort und dieses Erleben waren und sind. Viele kauften kein Gemüse zusätzlich ein oder zumindest mit einem ganz anderen Bewusstsein. Auch die Wühlmausplage haben die meisten mit Humor genommen und dafür umso mehr neue Jungpflanzen bei uns gekauft. Ein wenig erschrocken waren wir zwar, als in der ersten Woche das Wasserfass schon zweimal leer war. Aber auch dieses Problem hatten wir, wenn auch mit ein wenig Kommunikationsaufwand, nach kurzer Zeit behoben. Manchmal waren 17 Menschen gleichzeitig dort am Gärtner (Die 15 Autos an der Straße könnte man zwar kritisieren, aber dann wären die Japaner, die dann plötzlich auf dem Acker standen und Fotos machten, vielleicht auch dran vorbei gefahren). Gegen Ende der Saison gab es dann sogar Versuche eigenes Salat-Saatgut zu gewinnen. Ende Oktober fand ein Ernteausschlussfest bei uns im Vier-Jahres-Zeiten-Raum der Kommune statt. Bei Mit-

bring-Buffer und reichlich Sekt führten wir eine Konsens-Anbauplanung durch, was für manche auch sichtlich anstrengend war. In 2012 gärtner fast alle wieder mit und der SelbstErnteGarten wird auf Wunsch der SelbsternterInnen in »Rote Rübe Gemeinschaftsgarten« umbenannt. Inzwischen haben wir 40 Parzellen angelegt, von denen schon fast alle wieder vergeben sind.

Die vielen neuen Ideen und deren Umsetzung in unserem jungen Kollektiv bieten auch Raum für personelles Wachstum: Wir suchen deshalb einen Menschen mit Praxiserfahrung im ökologischen Gemüsebau, der Verantwortung übernehmen möchte und Lust auf Kundenkontakt (Solidarische Landwirtschaft, Hofladen) mitbringt. Zusätzliche Begeisterung für die Verarbeitung und Konservierung von Gemüse wäre toll! ●

Anzeige

INFORMATIONEN ZUM NETZWERK SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT

Von Christine Rürher, Netzwerk Solidarische Landwirtschaft ● Mit rund 15 Solidarhöfen hat sich das bundesweite Netzwerk Solidarische Landwirtschaft im Oktober 2011 in Kassel gegründet. Inzwischen sind es 24 landwirtschaftliche Betriebe oder GärtnerInnen, die sich mit VerbraucherInnen zusammengeschlossen haben. Hinzu kommen etliche Initiativen von KonsumentInnen, die Höfe zur Gründung einer Solidari-

nen Begegnungen von Jugendlichen und Erwachsenen innerhalb der Solidarischen Landwirtschaft, so gibt es z. B. im Rahmen des Grundtvig-Projektes einen europäischen Austausch über die Praxis der »SoLawi«. Im Oktober wird es in Mailand dann eine europaweite Konferenz zur Solidarischen Landwirtschaft geben.

Durch die Begleitung von Forschungsarbeiten



schon Landwirtschaft suchen. Ziel des Netzwerkes ist die Öffentlichkeits- und Forschungsarbeit zum Thema Solidarische Landwirtschaft. Dies geschieht beispielsweise durch Veranstaltungen von Konferenzen, Teilnahme an Tagungen, das Erstellen von Publikationen und Maßnahmen der Erwachsenenbildung bzw. Schulbildung. Neue Gründungsinitiativen und landwirtschaftliche Betriebe sollen dadurch bei der Bildung von Solidarischen Landwirtschaftsgemeinschaften beraten und unterstützt werden.

Ein weiteres Ziel ist die Förderung von internatio-

nen und den laufenden Erfahrungsaustausch ist das Netzwerk in der Lage schon existierenden Solidarhöfen Beratung anzubieten. Monatlich erscheint der Rundbrief des Netzwerkes, der über die stattfindenden Aktivitäten, neue Gründungsgruppen, Wissenswertes aus der Agrarpolitik und Termine informiert. ●

Anmeldung für den Rundbrief unter info@solidarische-landwirtschaft.org

Website: www.solidarische-landwirtschaft.org
www.urgency.net (international)

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Schon wieder: Polizeiopter kommen vor Gericht

Gewaltanwendung wird durch Massenspsychologie, Angstmache, Bedrohungsrede und privilegierte Definitionsmacht über die sogenannte Wahrheit gefördert. Das sind die Gründe, warum Armeen, Gefängnisse und Polizei nicht Gewalt verhindern, sondern diese am meisten ausüben – und dazu Gesellschaften verrohen. Nur selten fällt das auf, weil diese Institutionen selbst definieren können, was vorgefallen ist. Ausnahmen sind Pannen, bei denen z.B. Menschen die Opfer werden, die selbst in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Aktueller Fall: Ein Prozess in Rosenheim. Eine Polizeitruppe hatte eine Familie überfallen und dabei so verprügelt, dass sogar das Leben der Angegriffenen in Gefahr war. Doch auch wenn alles gegen die Polizei spricht: Die Verfahren gegen die Uniformierten sind längst eingestellt, während die Opfer angeklagt wurden. Die Mittel der Machtinstanzen sind dann die üblichen: Polizeiopter und -kritikerInnen als verreckt darstellen usw. Mehr z.B. unter <http://infogruppe.com/2012/02/prozess-gegen-opfer-von-polizeigewalt/> und www.sueddeutsche.de/bayern/amstrittener-polizeieinsatz-in-rosenheim-das-vergisst-man-nie-1.1298407

Freiheit nur für politische Gefangene?

Den üblichen Streit um die Frage, ob politische Opposition nur die Freiheit für eigene FreundInnen fordern sollte (was in Deutschland dann nur wegen betrifft, da politische Gefangene angesichts der Seichtheit von Widerstand hierzulande) oder das Ende staatlicher Repression einschließend aller Knäste, gab es mal wieder rund um den 18. März 2012. Während auf den »offiziellen« Seiten (z.B. www.18maerz.de) nur für 15 Gefangene in Deutschland die Freilassung gefordert wurde (also ca. 0,2 Promille aller Inhaftierten), forderten Anti-Knast-Gruppen rund um die Inhaftierung der Ak-

tivistin Hanna Poddig offensiv das sofortige Ende von Knast und Strafe (siehe z.B. <http://krieg.nirgendwo.info/2012/03/18/18-martag-der-politischen-gefangenen-2/>). Einen kritischen Beitrag zur Position, Nazis in Knäste zu sperren, gab es unter <http://de.indymedia.org/2012/03/327015.shtml>

Bericht und Einladung zum dritten LaienverteidigerInnen-Treffen im Juni 2012

Im Mai 2011 gründete sich das LaienverteidigerInnen-Netzwerk (siehe www.laienverteidigung.de). Nun fand – nach einigen Schwierigkeiten – das zweite Treffen statt, wieder in der Projektwerkstatt in Saasen. Leider war zu merken, dass Selbstorganisation nirgendwo mehr eine große Rolle spielt. Die großen Verbände haben darauf längst mit der Verlagerung aller Ressourcen in zentrale Hauptamtlichen-Strukturen reagiert. Die Idee der Laienverteidigung aber heißt ja gerade, sich selbst zu ermächtigen und gegenseitig zu helfen. Unterstützt wird das bisher von keiner Organisation – auch nicht von linken Rechtshilfegruppen, die alle eher auf Bevormundung und defensive Strategien gegenüber staatlicher Repression setzen. Beim zweiten Treffen des LaienverteidigerInnen-Treffens wurden vielfältige Prozessverfahren ausgetauscht und zwei weitere Eigenfortbildungen vereinbart – zum einen ein Open-Space-Camp zu Erfahrungsaustausch über Gerichtsverfahren, zum anderen ein weiteres LaienverteidigerInnen-Treffen mit Vertiefungsworkshop zum Revisionsrecht. Es wird vom 14.-20.6. in der JUP! Bad Oldesloe (Turmstr. 14a) stattfinden. Ablauf: Do, 14.6. ab 10 Uhr bis So 17.6. bis 17 Uhr; Schulung für LaienverteidigerInnen. Sonntag Abend (17.6.): Vortrag zu Revisionsrecht. 18.-20.6.: LaienverteidigerInnen-Netzwerktreffen. Mehr auf www.laienverteidigung.de

Fiese Tricks von Polizei und Justiz – neuer Videomitschnitt

Vortrag, Buch und Internetdokumentation zu Beweismittelbasteln, Straftaterfindungen, Falschsaagen und politischer Verfolgung vor allem durch Gießener Justiz und Polizei sowie den früheren hessischen Innenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier schlagen immer noch Wellen. Nachdem die Justiz ihre eigenen Leute und Hilfstruppen mit weiteren Rechtsbrüchen vor Strafverfolgung über die 5-Jahres-Verjährungsfrist gerettet haben, reduziert sich die Hoffnung auf Aufklärung auf den parlamentarischen Rahmen. Die Hoffnung ist gering, denn FreundInnen haben die betroffenen unabhängigen AktivistInnen bei keiner der im Landtag vertretenen Parteien. Der Autor des Buches zum Thema (»Tatort Gutfleischstraße«) hat am 31.1. in Fulda in seiner Ton-Bilder-Schau den aktuellen Stand präsentiert. Der Vortrag wurde mitgeschnitten und ist im Internet zu erreichen. Die Veranstaltung kann auch an anderen Orten laufen. Mehr Infos und Link zum Video über www.fiesetricks.de. In Kürze wird auch eine DVD erhältlich sein.

Wer Menschen bombardiert, bekommt einen Orden – wer Militärs aufhält, kommt in den Knast

Hanna Poddig musste am 15.3. in der JVA Frankfurt-Preungesheim einrücken. Grund: Sie hatte in Schleswig-Holstein einen Militärzug gestoppt, der Kriegsmaterial transportierte. Das lässt sich ein nach innen und außen bis an die Zähne bewaffneter Staat natürlich nicht gefallen und sperrte die Aktivistin ein. Mehr unter <http://krieg.nirgendwo.info>

Aktuelles Buch von Tim K.: Treibjagd – vom Cop zum Outlaw

(2011, Stattverlag in Berlin, 382 S., 19,90 EUR) Es ist immer unterhaltsam, aus dem Inneren von Polizei und Justiz zu lesen. Hinter der Fassade von Recht

und Ordnung verbergen sich Macht und Willkür. Nein, schlimmer: Sie sind dasselbe. In diesem Sinne ist das Buch lesens- und begrüßenswert und dem Autor, der seine Geschichte in Ich-Form präsentiert, für den Einblick zu danken. Allerdings ist die Aufklärung damit verbunden, dass Tim K. selbst unter dem gleichen Problem leidet, wie seine Ex-Arbeitgeber, die dann zu Kontrahenten wurden: Er glaubt an Wahrheit – und das sich Böses vom Guten sauber trennen lässt. Letzteres reklamiert er für sich, wird nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, dass seine Geschichte wahr sei. Genau aus diesem Irrtum, sich selbst als Hüter des Wahren und Guten zu denken, entsteht viel Schlimmes auf der Welt.

Verfassungsklage gegen Demonstrationsverbot auf großen staatlichen Flächen

Die Stadt Braunschweig, deren Spitze selbst in die Gentechnik-Seilschaften verflochten ist, verbot 2009 und 2010 Demonstrationen auf dem großen Gelände an der Bundesallee 50, wo mehrere Bundesbehörden (z.B. vTI, JKI und BVL) sitzen und damals ein Genversuchsfeld geplant war (was auch wieder passieren kann). Am 6.10.2011 entschied darüber das Verwaltungsgericht Braunschweig und bestätigte die Seilschaften darin, dass sie ihr Gelände vor Protest schützen können. Nun hängt die Sache vor dem Bundesverfassungsgericht – und hat grundsätzliche Bedeutung. Sollte die Klage Erfolg haben, würde das wahrscheinlich ethischen staatlichen Grundstücken den bannelementähnlichen Status nehmen. Die Verfassungsbeschwerde ist unter www.projektwerkstatt.de/gen/2010/fal/120214verf_beschwerde.pdf zu finden – Aktenzeichen ist (1 BvR 380/12). ●

Jörg Bergstedt

NEU ERSCHEINEN: DOKUMENTATION VON 1993 BIS 2011

»Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«

Seit 18 Jahren dokumentiert die Antirassistische Initiative Berlin Todesfälle und Verletzungen von Flüchtlingen. Die Chronologie von Einzelfällen beschreibt in über 6.000 Geschehnissen sowohl die Folgen der vielschichtigen staatlichen Gewalt – als auch rassistische Angriffe auf der Straße und gegen Flüchtlingsunterkünfte.

Die staatliche Gewalt manifestiert sich in der speziell für Flüchtlinge geschaffenen Sondergesetzgebung und in der rigorosen Umsetzung dieser Maßgaben. Gewalt und Demütigung in Form von jahrelanger Zwangsunterbringung in Lagern, dem Arbeitsverbot, reduzierter Sozialhilfe oder Freispaketen, Residenzpflicht, über Jahre hinweg kurzfristig ausgesetzten Duldungen mit ununterbrochener Androhung einer anstehenden Abschiebung. Ebenso körperliche Gewalt durch Misshandlung von Polizisten oder Bewachern bei Festnahmen und Abschiebungen oder in Abschiebeknästen und Körperverletzung infolge unterlassener Hilfeleistung.

ROM heißt Mensch, sagen die Roma

Beispielhaft zeigt sich dies am Umgang der BRD mit

den Roma-Flüchtligen, die vor vielen Jahren vor Krieg, rassistischer Verfolgung und Unterdrückung geflohen sind. Ihre Abschiebung wird von den bundesdeutschen Behörden konsequent fortgesetzt. Dabei spielt es für die Behörden keine Rolle, wie alt und wie krank die Menschen sind, wie lange sie hier sind, wie verwurzelt sie hier sind. Nach 15- oder 20-jährigem Deutschland-Aufenthalt, oft mit Kindern, die hier geboren und aufgewachsen sind, ist die Abschiebung in mehrfacher Hinsicht ein staatlicher Gewaltakt, der Familien trennt und die Menschen ins absolute Elend entläßt. Nach einer Abschiebung finden schon junge und gesunde Roma selten eine Arbeit, um davon leben zu können, für alte und kranke Menschen, denen keinerlei medizinische Versorgung und Betreuung zusteht, wird es lebensbedrohlich.

Der Rom Miroslav Recepovic war im Jahre 1995 mit seinen Eltern und Geschwistern als 7-Jähriger in die BRD geflüchtet. Asylanträge für die Kriegsfüchtlige wurden abgelehnt. Wegen der Aussichtslosigkeit auf einen Aufenthalt und der unerträglichen Lebensbedingungen hat sich sein Vater Lata Aradinovic im November 2002 im Syker Rathaus mit Benzin übergossen und verbrannt.

Zwei Tage zuvor hatte dieser in einer spektakulären Aktion auf die unzumutbaren Zustände in der städtischen Unterkunft für Asylbewerber, dem ehemaligen

Gasthaus »Deutsche Eiche«, aufmerksam gemacht. Er hatte schimmelige und feuchte Schränke, Betten, Matratzen und Decken aus einem Zimmer ins Freie getragen und angekündigt, künftig mit seiner Frau und seinen fünf Kindern draußen zu schlafen: »Lieber draußen im Regen als in diesen Zimmern.« Zwei Jahre später wurde seine Witwe mit den fünf Kindern nach Belgrad abgeschoben. Nur der 17-jährigen Tochter gelang die Flucht, als die Polizei in die »Deutsche Eiche« eindrang. Sie konnte sich noch zwei Monate verstecken, dann wurde sie entdeckt und kam in Abschiebehaft, von wo die Abschiebung erfolgte. In Serbien fand Frau Recepovic ab und zu Arbeit – erkrankte aber dann ein zweites Mal an Krebs. Nur durch die finanziellen Überweisungen einer Bremer Unterstützungsgruppe konnte die Summe für die dringende Operation aufgebracht werden.

Für den bei der Abschiebung 14 Jahre alten Miroslav begann in Serbien ein Alptraum. Abgesehen davon, dass er und seine Geschwister nur Deutsch und Romanes sprechen, also kaum Serbisch, drei von ihnen noch nicht einmal serbische Papiere hatten, erlebten sie als Roma hier fast täglich Diskriminierungen und Ausgrenzung. Im Januar 2007 wurde Miroslav bei einer Personenkontrolle von einem Polizisten angegriffen: »Was ich am meisten hasse, sind Albaner und Zigeuner!« und »Ihr verpöset unser Land!« – dann

hatte der Beamte auf ihn eingeschlagen. Erst Stunden später kam er wieder frei. Als er auf den Rat seiner Großmutter hin Anzeige gegen die Beamten erstattete, holten eben diese Polizisten ihn Zuhause ab, zogen ihm auf der Wache die Kleidung aus, fesselten ihn im Keller an eine Heizung und drohten: »Lebend kommst Du hier nicht mehr raus!« Vor seinen Augen zerrissen sie die Anzeige und schlugen auf ihn ein, drückten Zigaretten auf seiner Brust aus und vergewaltigten ihn mit einem Schlagstock. Als er endlich freikam, war der Jugendliche durch die Folter schwer traumatisiert. Im Oktober 2010 war dem inzwischen 22-jährigen die erneute Flucht in die BRD gelungen – am 16. November, dem achten Todestag seines Vaters, erfolgte seine Verhaftung durch deutsche Polizisten.

Als ihm Ende November in der Abschiebehaft mitgeteilt wurde, dass seine erneute Abschiebung in einer Woche stattfinden wird, versuchte er, sich die Pulsadern zu öffnen. Als dies nicht gelang, knüpfte er Schnürsenkel zusammen, um sich in seiner Zelle zu erhängen. Bei der Verteilung des Mittagessens wurde er »noch atmend« gefunden, kam am nächsten Tag in die psychiatrische Klinik Hamburg-Ochsenzoll. Anfang 2011 wurde er aus der Abschiebehaft entlassen und lebt seither als »Geduldeter« in Berlin. Im März 2012 plant die Behörde erneut seine Abschiebung. ●

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2011

182 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen, 2 Personen trieben in der Neise ab und sind seither vermisst,

527 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübergang Verletzungen, davon 302 an den deutschen Ost-Grenzen,

164 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 64 Menschen in Abschiebehaft,

968 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die Abschiebung oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 571 Menschen in Abschiebehaft,

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und

410 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt,

32 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und

554 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder ka-

men aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr,

71 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,

13 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen,

9 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung,

447 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 140 Flüchtlinge in Haft,

70 Flüchtlinge starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder durch Gefahren in den Lagern,

829 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt,

18 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und 798 Flüchtlinge wurden durch Überfälle auf der Straße verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 405 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben 88 Menschen.

Antirassistische Initiative Berlin
www.ari-berlin.org/doku/titel.htm



Foto: Arantxa Alduzin Gorniz/Umbruch Bildarchiv

Gegen innersuropäische Abschiebungen richtete sich der Aktionstag »Dublin II kippen – Abschiebungen stoppen, der am 30. März 2012 an den Flughäfen Berlin-Tegel, München, Düsseldorf, Frankfurt/Main und Hamburg stattfand. Gemäß der Dublin II-Verordnung werden Flüchtlinge in jene EU-Länder zurückgebracht, über die sie die Grenze zu Europa überschritten haben. Nur dort dürfen sie einen Asylantrag stellen. Die völlig überforderten Staaten an den europäischen Außengrenzen, wie z.B. Griechenland, Malta, Italien oder auch Ungarn, bieten jedoch katastrophale Bedingungen für die schutzsuchenden Flüchtlinge. Zum Aktionstag am Flughafen Tegel in Berlin versammelten sich ab 17 Uhr gut 150 Personen, verteilt auf eine Kundgebung direkt vor dem Haupteingang des Terminals A, und ca. 20 Personen im Inneren des Gebäudes. Die Kundgebung draußen brachte mit zahlreichen und langen Transparenten, Flugblättern und Redebeiträgen unsere Inhalte an die vorbeiziehenden Passagiere – Transits unter anderem gehalten von Dolmetscherinnen auf Stelzen und Redebeiträge von Menschen, die von einer Dublin-II-Abschiebung bedroht sind sowie Menschen, die den institutionellen Rassismus Deutscher Behörden auf andere Arten kennen gelernt haben und sich vor Ort solidarisieren. Drinnen war es ruhig und klein aufgrund der strengen Auflagen, die wir am Flughafen Tegel befolgen mussten. Aber gerade das und eine Performance des Grips-Theaters von Leuten, die in Plastik-Gewebetaschen sitzen und stumm ihr (unfreiwilliges) Flugticket in die Höhe halten, erzielte Aufmerksamkeit. Unsere Flugis haben wir jedenfalls alle verteilt. Direkt nach Abflug der Kundgebung sorgten dann noch etliche Aktivistinnen mit Anti-Abschiebungs-Aufklebern dafür, dass ein paar Spuren am Flughafen blieben auch nachdem wir schon wieder weg waren.

IM E-MAIL-POSTFACH: »JEDER WAHN HAT SEINEN SINN«

LESERBRIEF zu »Wahn und Medien« in CONTRASTE Nr. 330 (März 2012), S. 6

lieber Amokfisch, hallo freies Radio, ahj Contrast! »Wahn und Medien« – die Überschrift springt ins Auge. Das Interesse für den Artikel ist umgehend geweckt.

Voller Erwartung habe ich Ende Oktober 2011 den Modulator (Programmzeitschrift des freien Radios Stuttgart) aufgeschlagen. Bereits beim Lesen der ersten Zeilen von »Wahn und Medien« wurde mir klar, dass meine Erwartungen an den Artikel absolut ungerechtfertigt waren. Beim Weiterlesen wich die anfängliche Enttäuschung dann zunehmend in Ärger. »Was treibt das freie Radio für Stuttgart dazu, einen solch oberflächlichen, reaktionären Text zu veröffentlichen?« war die Frage, die ich dem Modulator schon Ende Oktober 2011 hätte stellen sollen. Dem Impuls, einen bitterbösen und verärgerten Brief zu schreiben, bin ich damals nicht gefolgt. Großer Fehler! und dringendst nachzuholen, da jetzt auch schon die CONTRASTE diesen Artikel unkommentiert und überregional weiterverbreitet...

Warum ärgert mich dieser Artikel? • Die Überschrift weckt falsche Erwartungen. Weder über den Umgang der Me-

dien mit Wahn noch über wahnhaften Umgang mit Medien erfahre ich hier irgendwas. (Thema verfehlt!) • Leider sagst du uns, Amokfisch, noch nicht einmal, was du eigentlich mit dem Wort »Wahn« bezeichnen möchtest. »Ein Krankheitsbild für das vor 100 Jahren der Begriff Schizophrenie erfunden wurde« ist schon alles, was wir vom Autor über sein Verständnis von »Wahn« erfahren.

• Es folgen eine Latte an un belegten Behauptungen. Der Autor scheint im Besitz der »richtigen« Informationen zu sein, die »richtige« Meinung zu haben, kann von daher andere Ansichten pauschal als »falsch« abqualifizieren. Bei näherem Hinschauen entpuppen sich die behaupteten »Tatsachen« als hahnebüchener Unsinn.

• Woher nimmst du zum Beispiel die Gewissheit, dass Menschen mit multipler Persönlichkeit nur schauspielern? Woher nimmst du die behauptete Zahl von einem Prozent der Menschen, egal in welcher Kultur? Woher nimmst du, von einer »Personengruppe« zu schreiben, welche die Menschheit zusammenhalte? Wieso sprichst du zwar von Druidinnen, Heilerinnen, Schamaninnen – also Menschen, denen Respekt und Hochachtung entgegengebracht wurde – aber blendest die schrecklichen Schicksale der Menschen aus, die als von Dämonen oder

bösen Geistern besessen galten oder auch als böse Hexen und Magierinnen angesehen wurden und die auch in vorchristlichen Kulturen und auch (und das bis heute noch!) z.B. in Asien oder in Afrika von ihren Dorfgemeinschaften im günstigsten Falle ausgestoßen wurden (und werden), aber oftmals auch auf grausamste Weise zu Tode gebracht wurden?

• Warum meinst du, uns sagen zu können, was »jede die noch nie einem solchen Menschen begegnet ist« denkt? Wie kommst du dazu, so überaus verallgemeinernd von »einem solchen Menschen« zu sprechen?

In beinahe jedem Satz finde ich mindestens eine Behauptung, der ich am liebsten widersprechen möchte. Mich ärgert die Sprache, in der ständig von Wahn gesprochen wird – ohne dass das Wort »Sinn« nur ein einziges Mal auftaucht. Mich ärgert die Vermiedlichkeit die du hier betreibst, wenn du von Seelenkrankheiten sprichst, von Seelenwissen und Seelenärzten, die mit ihren Medikamenten und ihren Gesprächen alles in Ordnung bringen. Denen du »das größte Fachwissen« und »die größte Verantwortung« zuschreibst.

Für die Behauptung von der »Stoffwechselstörung im Denkgorgan« gibt es keine Belege. Du wirst niemanden fin-

den, der diese angebliche Stoffwechselstörung nachweisen kann. Tatsache ist allerdings, dass die Substanzen, die in der Psychiatrie verabreicht werden, nachhaltige Hirnstoffwechselstörungen verursachen. Die wenigsten Menschen, die sich in psychiatrische Behandlung begeben, leiden vor ihrer Behandlung an einer Gehirnerkrankheit. Das Gehirn wird durch Neuroleptika krank gemacht – mit oftmals bleibenden Schäden.

Ich will diese (vorläufige und sehr unvollständige) Antwort auf deinen Artikel an dieser Stelle beenden – obwohl noch einiges zu sagen wäre – und mit einem etwas längeren Zitat von Peter Lehmann und Uta Wehde schließen:

»Menschen mit schweren psychischen Krisen werden oft psychiatrisiert. Sie erhalten diverse Diagnosen psychischer Krankheit und entsprechend psychiatrische Psychopharmaka, vor allem Antidepressiva und Neuroleptika. Spätestens seit den Publikationen des Psychiaters Volkmar Aderhold über die hohe Mortalität psychiatrisch behandelter Patientinnen und Patienten (auch in der Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis – siehe Aderhold, 2007) darf der Tatbestand einer durchschnittlich um drei Jahrzehnte gesunken Lebenserwartung bei langfristiger Neuroleptika-Einnahme als bekannt vorausgesetzt werden.

Defizit-Syndrom, Fettleibigkeit, Hypercholesterinämie (erhöhter Cholesteringehalt im Blut), Diabetes, erhöhte Apoptose (Sichabstoßen von Zellen aus dem Gewebe, d.h. Zelltod), erhöhte Suizidalität, tardive Dyskinesien und Psychose als Neuroleptika-Auswirkungen sowie deutlich erhöhte Sterblichkeit vor allem bei Verabreichung von Neuroleptika in Kombination mit anderen Medikamenten stellen häufige Gesundheitsrisiken für die Behandelten dar. Schon bei den ersten Selbstversuchen mit Neuroleptika flackerte bei Psychiatern (flüchtig ein Lichtlein auf, das Psychopharmaka möglicherweise zur Chronifizierung der Probleme beitragen und nicht gerade zur Stärkung der Selbstheilungskräfte führen.« (Quelle: www.antipsychiatrieverlag.de/versand/titel/vpp_2011-2-einleitung.pdf)

Jeder Wahn hat seinen Sinn.

mit freundlichen Grüßen,
Mirko

(Jahrgang 1964, Psychiatrie- und »Psychose«-erfahren, lebe seit 1986 ohne Psychopharmaka und habe Ende der Achtziger/Anfang der Neunziger mehrfach die Erfahrung machen dürfen, meinen »Wahn« ohne Behandlung zu durchleben. Eine sehr lehrreiche Erfahrung, die

heutzutage leider kaum noch jemandem zugestanden wird. Infolge dieser Lernprozesse (als die derartige Krisenbewältigungs-Erfahrungen anzusehen sind) seit bald zwanzig Jahren »symptomfrei«)

PS: bitte fühle dich durch meinen Ärger nicht persönlich angegriffen! Ich kann viele Gedanken in deinem Artikel durchaus nachvollziehen. Wenn du allerdings deine Meinung bzw. deine Gedanken so formulierst als wären sie allgemeingültige Tatsachen, dann kann ich das nicht einfach so stehen lassen...

Auf den Leserbrief antwortet der Autor Amokfisch:

Lieber Mirko, vielen Dank für deine ausführliche Erwiderung auf meinen Artikel. Ich denke zur Zeit auch an eine Zyprexa-freie Zeit und Gesundheit durch einen Schamanen, deine Gedanken sind mir nicht fremd. Mit dem Studiogast Peter Lehmann vom Antipsychiatrieverlag sende ich die »volxmusik« am Samstag, 19.5.2012 von 19 bis 21 Uhr im Freien Radio für Stuttgart (FRS).

Infos zum Empfang:
www.freies-radio.de

Anfragen für einen Mitschnitt (per Post) über amokfisch@web.de.

ALTERNATIVES GELD BZW. TAUSCHSYSTEME

Von den Schwierigkeiten im Umgang mit Vielfalt

Zum Thema »alternative Geldsysteme« scheiden sich die Geister: Gerade in Deutschland ist der Kontrast zwischen enthusiastischen AnhängerInnen und entschiedenen GegnerInnen besonders ausgeprägt. Der Rückgriff auf die internationale Diskussion erlaubt eine sachliche Einschätzung des Potenzials, aber auch der Risiken dieses Ansatzes.

Von Rolf F. H. Schröder, Bremen ● Hierzulande hat es über die Jahre immer wieder Versuche gegeben, das Thema »Komplementärwährungen« aus dem Kanon der alternativwirtschaftlichen Ansätze zu verdrängen. So war es schon enttäuschend, dass beim Postwachstumskongress im Mai des vergangenen Jahres Vorschläge für Workshops zu diesem Thema nicht aufgenommen wurden. Was auch immer die Gründe in diesem konkreten Fall gewesen sein mögen, insgesamt ist der Einfluss von VertreterInnen der politischen Linken schon beim Zuschnitt von Diskursen deutlich spürbar. Dies allein charakterisiert allerdings noch nicht die spezifisch deutsche Situation. Hierzulande ist vor allem die Oberflächlichkeit zu beklagen, mit der die negative Haltung zu diesen Einrichtungen begründet wird. Altwater und Mahnkopf (2002, S. 186-194), beispielsweise, beschränken sich in ihrer Kritik auf alternative GeldtheoretikerInnen wie Bernard Lietaer. Daneben findet sich noch ein kurzer Verweis auf den Disput zwischen Marx und Proudhon im 19. Jahrhundert. Auch Gisela Noll entwickelt ihre ablehnende Haltung auf der Basis einiger weniger deutschsprachiger Quellen. Wichtige Klassiker wie E. F. Schumacher und Karl Polanyi bleiben auf den 185 Seiten ihres Buches »Theorien alternativen Wirtschaftens« (Stuttgart, 2011) unerwähnt.

In gewisser Weise ist diese Einseitigkeit verständlich, denn gerade in deutschen Medien werden »Komplementärwährungen« als ureigenes Modell der ApologetInnen einer neuen Geldordnung präsentiert. Die Tatsache, dass diese meist freiwirtschaftlich geprägt sind, ist dabei gar nicht entscheidend. Auch hier mag es Andersdenkende geben, mit denen die Auseinandersetzung lohnt. Nein, das Problem liegt in der populistischen Natur des Glaubens von anderen Geld. Dabei wird von den Problemen des Euro zu den bunten Geldscheinen der Regionalwährungen gesprochen, um einen Moment später wieder auf eine neue globale Geldordnung zurückzukommen.

Die Vielfalt der Komplementärwährungen

Diese im Grunde von ideologischen Grabenkämpfen des vergangenen Jahrhunderts geprägten Einseitigkeiten haben wenig mit der Praxis dieser alternativen Systeme zu tun. Die deutschen Tauschringe haben sich ohnehin vor ganz unterschiedlichen Hintergründen entwickelt. Nach etwa 15 Jahren des Engagements ist hier allerdings der politisch-gesellschaftliche Einsatz nicht mehr gar so ausgeprägt wie das in den Gründungsjahren noch der Fall war (vgl. Schröder, CONTRASTE, Oktober 2007, S. 6). Bei den Regiogeldern sah dies von vornherein anders aus. So beschreibt Christian Thiel in seiner im vergangenen Herbst erschienenen Dissertation über »Das 'bessere' Geld« die Rolle der »Ideologen« in dieser Bewegung, betont aber andererseits das im Verlauf der letzten Jahre stärker gewordene Gewicht der »Praktiker« (S. 208). Bei Projekten wie dem Chiemgauer oder dem

Talente-Tauschkreis Voralberg ist man gelegentlich an den Alchimisten Boetticher erinnert, dessen Versuch, die Knappheit des Goldes zu überwinden zwar scheiterte, dem dabei jedoch die (Neu-)Entdeckung der Porzellanherstellung gelang.

Tauschringe und Regiogelder sind lediglich zwei Farbtupfer auf der großen Palette der Alternativwährungen. Diese unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zielsetzung und ihres jeweiligen sozioökonomischen Kontextes. Dies würde noch deutlicher werden, spannte man den Zirkel weiter und präsentierte die vielfältigen Experimente in anderen Teilen der Welt. Ohnehin kommen wesentliche Impulse aus den Ländern des globalen Südens, vor allem aus Lateinamerika. In Venezuela hat Hugo Chávez »Trueke-Systeme«, d. h. Tauschsysteme initiiert. In Brasilien sind sie ein Bestandteil der »Solidarischen Ökonomie«. Si-

rInnen nicht in der Lage sind, diese und andere Literatur wahrzunehmen und sich damit auseinanderzusetzen.

Allmählich zeichnet sich auch die Bildung einer internationalen wissenschaftlichen Infrastruktur ab. Zu den bereits vorhandenen Bausteinen gehören ein Onlinejournal (www.ijccr.net), Kongresse, Onlineforen sowie eine von mir begründete Fachbibliografie (www.cc-literature.org). Die Datenbank dieser Literatursammlung enthält mittlerweile über 1.200 Titel, die zeigen, dass dieser Themenkreis aus ganz unterschiedlichen Perspektiven analysiert wird.

Chancen und Risiken

Manchen AktivistInnen mag eine solche Hervorhebung wissenschaftlicher Forschung zu weit gehen.



Rückseite eines Arbeitswertscheins aus Wörgl, Österreich 1932/33

cher, nicht alle Komplementärwährungen erfüllen die Kriterien für diese Kategorie; kommerzielle Barterringe oder auch die durchaus nützliche privat betriebene Internetplattform »tauschticket.de« sind ihr nicht zuzurechnen.

Die Vielfalt theoretischer Ansätze

In gewisser Hinsicht ist die Situation in Deutschland merkwürdig: Einerseits gibt es eine Fülle an Erfahrungen mit Komplementärwährungen bzw. Tauschsystemen. Auch wird das Thema sowohl von StudentInnen als auch von arrivierten WissenschaftlerInnen immer wieder aufgenommen. Auffällig ist allerdings, dass sich im Gegensatz zu vielen anderen Ländern niemand im akademischen Raum der deutschsprachigen Länder findet, der oder die sich eingehend hiermit beschäftigt hat. Auch in anderen Ländern haben populistische Geldideologien durchaus Zulauf. Auch dort werden Projekte in fernen Ländern, etwa die deutschen Regionalwährungen – Zwerge eigentlich – als Giganten dieser Bewegung dargestellt. Allerdings gibt es u. a. in Frankreich oder Japan einzelne WissenschaftlerInnen, die über langjährige Erfahrungen verfügen und damit ein Gegengewicht zum Populismus bilden. Dieses Know-how, welches dem Diskurs Struktur verleihen würde, fehlt hierzulande – die eigentlich zuständigen Damen und Herren haben sich in ihren Elfenbeintürmen zurückgezogen.

Im Gegensatz hierzu hat sich vor allem in Großbritannien eine lebendige Forschungslandschaft entwickelt. Die New Economics Foundation (NEF) hatte in den letzten Jahren wesentlich zur Verbreitung der LETS, der »Local Exchange Trading Systems«, beigetragen. Um die Jahrhundertwende war die NEF wesentlich an der Einführung von »Time Banks« im Vereinigten Königreich beteiligt. Hierbei handelt es sich um professionell von einem »Time Broker« organisierte Tauschsysteme, die als Instrumente der Sozialarbeit eingesetzt werden. Daneben hat sich in England ab etwa 1990 ein Cluster von kritischen WissenschaftlerInnen, vor allem GeografInnen, für dieses Thema begeistert, die neben einer Vielzahl von Veröffentlichungen auch wesentlich zum Aufbau einer wissenschaftlichen Infrastruktur beigetragen haben. So hat sich Colin Williams um ein neues Verständnis des Begriffes von »Arbeit« jenseits der kapitalistischen Ökonomie bemüht. Peter North vertritt die Auffassung, dass Marx' Kritik am utopischen Sozialismus für das 19. Jahrhundert durchaus berechtigt gewesen sei, die Situation sieht heute jedoch anders darstelle (u. a. in Leonard und Barry, 2010, S. 79ff.). Man muss schon fragen, weswegen die oben genannten wie auch andere deutsche Wissenschaftler-

Tatsächlich wurden fast alle Innovationen in diesem Feld von PraktikerInnen entwickelt, die anschließend in der einen oder anderen Art und Weise von SozialwissenschaftlerInnen interpretiert worden sind. Gerade hier ist gegenwärtig jedoch ein Umbruch zu beobachten: Bislang hatte sich mit der Gründung neuer Projekte die Hoffnung verbunden, dass sie Kristallisationspunkte für die Entstehung großer Bewegungen sein würden. Eine Erklärung ist sicherlich der Glaube an die Segenskraft des neuen Geldes; monetaristischen Ansätzen wohnt nun einmal ein »Laissez-faire«-Verständnis ökonomischer Abläufe inne. Gerade die Regiogelder sind dabei ihren eigenen Ansprüchen jedoch nicht gerecht geworden. Nur wenige Initiativen emittieren ihr eigenes Geld, und selbst der relativ erfolgreiche Chiemgauer ist weit davon entfernt, »für 10.000 bis eine Million Menschen Gültigkeit (zu) haben« (Kennedy und Lietaer, 2004, S. 77).

Gerade bei Systemen der zweiten Generation, wie den Regiogeldern, zeigte sich jedoch schnell die Notwendigkeit professioneller Organisationsstrukturen. Vor allem jüngere AktivistInnen engagieren sich bei der Entwicklung neuer Softwarelösungen, rechtliche Fragen sind zu klären und Finanzierungsanträge zu stellen. Insbesondere die ursprünglich niederländische Organisation STRO, die mittlerweile in einer Reihe von Ländern vertreten ist, hat sich hier hervorgetan. Dazu gehört regelmäßig auch eine wissenschaftliche Unterfütterung neuer Projekte. So war STRO wesentlich beim Aufbau der brasilianischen Banco Palmas beteiligt, ein Konzept, das auch eine Lokalwährung beinhaltet und mittlerweile zum Modell für weitere Entwicklungsbanken in dem lateinamerikanischen Land geworden ist.

Banco Palmas stellt ein Beispiel für die sich hier abzeichnende Perspektive dar. Danach können Komplementärwährungen ein Baustein sein in dem größeren Gebäude einer genossenschaftlich verfassten Solidarischen Ökonomie. In Deutschland gibt es seit langem Tendenzen für derartige Vernetzungsstrategien: so etwa in dem Konzept einer Gemeinwesenökonomie von Susanne Elsen oder dem Ansatz von Karl Birkhölzer (vgl. CONTRASTE, Nov. 2011, S. 12). Damit so etwas auch in Deutschland wirklich funktioniert, wird allerdings noch sehr viel Detailarbeit vonnöten.

Ein solcher Entwicklungspfad birgt natürlich auch die Gefahr einer Abhängigkeit von Institutio-

nen, die letztendlich Teil einer kapitalistischen Wirtschaft- und Sozialordnung sind. Alternatives Geld, Tauschsysteme – das sind keineswegs per se sozial und ökologisch orientierte Einrichtungen. So erfahren die »Time Banks« im Vereinigten Königreich durch die neue konservativ-liberale Koalitionsregierung eine Aufwertung. Noch ist es zu früh, hier ein Urteil zu fällen, aber generell kann man schon sagen, dass diese Art der Hilfe zur Selbsthilfe durchaus in den Rahmen einer neoliberalen Sozialpolitik passt. Das größte Risiko dürfte allerdings ausgehen von der vor allem in den USA verbreiteten Forderung nach einer Liberalisierung des Geldwesens zugunsten eines allgemeinen Emissionsrechtes, von dem auch große Konzerne profitieren könnten. Es ist durchaus denklich, wenn etwa Bernard Lietaer in seinen Schriften immer wieder unkritisch die von den Fluggesellschaften initiierten »Meilen«-Programme in einem Atemzug mit gemeinwohlorientierten Projekten nennt (z. B. in Lietaer und Hallerth, 2011, u. a. S. 51). Wenn man an dieser Stelle Maßstäbe anlegt, wie sie etwa für die »Solidarische Ökonomie« entwickelt wurden, zeichnet sich hier jenseits der kruden Schwarz-Weiß-Muster in den eingangs skizzierten Diskussionen ein Spektrum mit unterschiedlichen Grautönen ab. Angesichts solcher Risiken sind kritische Stimmen gerade aus den Lagern der politischen Linken wichtig; allerdings müssen sie sachkundig sein.

Auch befördert durch den Einsatz neuer Technologien, u. a. im Zahlungsverkehr, werden Komplementärwährungen ohnehin einen Aufschwung erfahren. Es geht darum, diese Entwicklung mit dem Ziel eines Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu gestalten.

Die Vielfalt der Visionen

Im letzten Kapitel wurde deutlich gemacht, dass in diesem Feld inzwischen recht komplexe Entwicklungsprozesse ablaufen. Gleichzeitig drohen technisch ausdifferenzierte Systeme den Bezug zu dem sie tragenden utopischen Impetus zu verlieren. Es darf nicht übersehen werden, dass alternative Gelder bzw. Tauschsysteme immer durch Bilder und Geschichten vermittelt wurden. Kluge Konzepte, wie das von den Soziologen Offe und Heinze in den achtziger Jahren entwickelte Modell »Kooperationsring«, blieben dagegen eine Randerscheinung. Trotz ihrer Unzulänglichkeit haben in den letzten Jahren die Bilder und Geschichten vom alternativen Geld eine dominante Position in der Präsentation dieses Entwicklungsfeldes erobert. Nichtsdestotrotz – neben der Darstellung des Oberflächenphänomens Geld gibt es hier eine durchaus beachtliche Vielfalt unterschiedlicher Visionen. Das Szenario eines Wirtschaftens jenseits des etablierten Gefüges von Markt und Staat von Flor (CONTRASTE, Nov. 1989, S. 14) sei hier als Beispiel genannt. Dies in griffige Botschaften zu transformieren, die neben Geld auch Aspekte wie multilaterale Reziprozität, funktionierende Kreisläufe oder die Bedeutung von Grenzen zur Schaffung neuer Wirtschaftsräume betonen, ist eine kulturelle Herausforderung.

Praxis, Theorie sowie der kulturelle Sektor sind für sich allein genommen nicht in der Lage, soziale Innovationen zu kreieren. Dies kann nur durch das Wechselspiel zwischen den vielfältigen Teilen dieser drei Sphären sowie die Verbindung zu anderen sozialen Innovationen gelingen. Vielfalt hat, wie in der Ökologie, auch bei der Konstruktion neuer und besserer Systeme dieser Art einen Wert an sich. ●

Literatur:

Für nicht genannte Details der hier verwendeten Literatur siehe die Datenbank unter www.cc-literature.org

Anzeige

Neuerscheinung
Uwe Timm
Das Geschäft mit dem Klimawandel
Plädoyer für eine freie und soziale Gesellschaft
100 S. 12,00 Euro
Hrsg. Dietrich Eckardt
Edition Anares Bern & Espero
Espero Sonderheft Nr. 13
espero-redaktion@web.de
www.espero-versand.net

ZAG-EXTRA INFO

Antiziganismus

Neue Seiten in der Bundesrepublik Deutschland nach verschiedenen Schätzungen etwa 100.000 Zigeuner sind in Deutschland und in der Bundesrepublik Österreich und von den Behörden vertrieben. Mit dem alten Nachbegriff als »Landfahrer« betitelt werden. Sie werden vornehmlich in 12 Bundesländern Deutschlands im südlichen des deutschsprachigen Raumes in der Sammelgröße leben.

Der Begriff Antiziganismus ist ein Neologismus, der die Feindschaft gegenüber Roma und Sinti auf einen Begriff bringt. Obwohl mittlerweile auch Roma und Sinti diesen Begriff benutzen, handelt es sich um einen Neologismus, der von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft geprägt wurde – und nicht von den Roma und Sinti selbst. Antiziganismus wurde im Gegensatz zum Antisemitismus erstmals in Frage gestellt, er verliert immer zum kulturellen Code der Mehrheitsgesellschaft.

Im Gegensatz zum Antisemitismus stellt die Erforschung der Entstehung und Entwicklung des Antiziganismus auch in den folgenden im Überblick zur »Antiziganologie« oder »Zigeunerforschung«, die die Roma und Sinti zum Sozialobjekt der Forschung macht und ein wissenschaftliche Forschungsanliegen des 21. Jahrhunderts darstellt, indem sich die Antiziganismuskritik mit den Vorurteilen der Mehrheit über die von ihr so genannten »Zigeuner«.

Ein Auswanderertrupp mit dieser Variante des Rassismus ist wichtiger denn je. Nach langem Ende der Flur Jahre haben zwei Drittel der Deutschen starke Vorurteile gegenüber Roma und Sinti in den Medien und in Alltagsbeobachtungen werden Strategien über »Zigeuner« immer neu revidiert.

Wie kommt es, dass Antiziganismus so ungeliebter wird? Auf diese Frage sollen die auf anti-ziganismus.de versammelten und bereits in verschiedenen Ausgaben der Zeitschrift ZIG veröffentlichten Artikel eine Antwort geben.

zig - antiziganismus.de
 zig - antiziganismus.de
 Mehrsprachig | Antiziganismus | Zigeuner | Roma | Sinti
 Tel. +49 (0)30 765 72 81
 Fax +49 (0)30 765 72 85
 email: redaktion@zig-berlin.de
 http://www.zig-berlin.de
 http://www.antiziganismus.de

Anti-Ziganismus.de

Techno und Schwarzerde

In seinem Buch erzählt der 1970 geborene Braun wie er und seine Familie Ende 2005 in die niedersächsischen Provinz ziehen und was er dadurch seitdem erlebt hat. Nachdem er über 10 Jahre Teil des Popzirkus ist und seine Freundin schwanger ist, und »Berlin« für ihn seine Strahlkraft als Ort deutlich verloren hat, entschließt er sich zu diesem Schritt. Für seine Freundin ist es ein »back to the roots«, ist sie doch mit ihren 68er-Hippie-Eltern in der Gegend aufgewachsen.

Braun beschreibt nun, wie er diese für ihn völlig neue Welt kennenlernt und zum Beispiel die Landschaft wahrnimmt, und wie sich diese Wahrnehmung verändert. Pendelt er zunächst noch für einige Aufträge nach Berlin, beginnt er zusehends sich auf das Leben im Dorf und in der Agrarkultur einzulassen. Er erzählt wie er in der Bio-Gärtnerei aushilft, und was das mit ihm macht. Statt um sechs ins Bett zu gehen, steht er nun um sechs auf – und ist glücklich dabei. Er wühlt in der guten Schwarzerde der Magdeburger Börde und schreibt darüber.

Das klingt alles schön, einfach und traumhaft. Wie im Paradies. Aber ist das wirklich so einfach? Über die Ökonomie seiner Familie schweigt der Autor sich leider aus. Geht das wirklich so zusammen, über Techno und Theater schreiben und den CDU wählenden Kreislandwirt grüßen? Braucht man nicht ein, besser zwei Autos, und wie bezahlt man das, vom durch das Internet ermöglichten Schreiben? Davon erfährt die Leserin nichts. Dass es geht, ist wohl der Wunsch vieler StadtbewohnerInnen, die die Zielgruppe dieses Buches darstellen.

Braun schreibt auch über die hochtechnisierte Landwirtschaft und kritisiert ausführlich die das Land leben romantisierenden Kiosktitel wie *Landlust*, die mittlerweile die gigantische Auflage von 850.000 Stück hat. Die *Landlust* idealisiert das Landleben und stellt es als Paradies dar. Aber macht Braun nicht das selbe? Lebt nicht auch er den kalifornisch inspirierten Traum vom ökologisch korrekter Hightech in Verbindung mit innerer Ausgeglichenheit? Unter diesem Aspekt ist dieses Buch auch eine Art *Landlust* für die kreative Boheme, die von der Auflösung vieler Widersprüche, von mehr Kontakt mit der »Natur« und vermutlich sogar von einem glücklichen Familienleben träumt. Und entweder in der Stadt bleibt und sich ganz biedemeierhaft einen Schrebergarten holt oder »urban gardening« in anderer Form betreibt. In einem ziemlich nichtssagenden Artikel über das Buch in der *taz* (vom 24./25. März 2012) ist dann – nicht zufällig – ein Interview zu Immobilienpreisen auf dem Land abgedruckt.

In Rückblenden schildert Braun als zweiten Hauptstrang sein Leben mit dem Internet und seine Arbeit in der Pop-Welt der Clubs, des Theaters und als Texter für MTV. Das Internet ist Anlass und Bedingung seiner Lohnarbeit in Berlin. Dies transformiert er auch in seine neue Heimat. Ohne Internet könnte er als schreibender Freiberufler im Dorf nicht leben.

Braun betreibt auch den Blog <http://hacken.spex.de>. In seinem Buch spricht er viele Dinge und Fragen an, die das Leben heute ausmachen. Er reflektiert die Antworten, die er sich auf die Frage »wie will ich gut leben« gegeben hat. Es ist sehr interessant, da dabei zu sein. Vielleicht berichtet er in zehn Jahren ja, wie es in Evessen weitergegangen ist. Mich würde es interessieren. ●

Bernd Hüttner

Christoph Braun: Hacken. Leben auf dem Land in der digitalen Gegenwart; Tropen bei Klett-Cotta, Stuttgart 2012, 138 Seiten, 14,95 EUR

Demokratie als Mogelpackung

Für mich war dies eins der wichtigsten Bücher des letzten Jahres, denn ich habe einiges Neues gelernt. Bisher hatte ich nur mitunter ein vages Unwohlsein in Diskussionen um direkte Demokratie, mir schien der Diskurs oft elitär. Die häufigen Aufforderungen, mich für einen bundesweiten Volksentscheid einzusetzen, empfand ich als unangenehm bedrängend und habe mich deshalb verweigert. Und wer kennt nicht diesen Satz: »Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten.« Trotzdem bin ich immer wählen gegangen – zwar mit dem unangenehmen Gefühl, angesichts der rassistischen deutschen Wahlgesetze gegenüber den vielen Menschen ohne deutschen Pass ein unverdient Privileg zu haben, aber es ist mir wichtig, dieses Recht wahrzunehmen. Und dann landete das Buch von Thomas Wagner auf meinem Schreibtisch.

Er setzt sich kritisch mit der Demokratiefrage und verschiedenen direktdemokratischen Ansätzen auseinander. Inspiriert wurde er von dem italienischen Philosophen Domenico Losurdo, der in seinem Buch »Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts« die historische Entwicklung von Herrschaftstechniken beschrieben hat.

Unter »Bonapartismus« versteht Thomas Wagner – unter Bezug auf Losurdo – eine Form autoritärer bürgerlicher Herrschaft, in der ein starker Führer sich direktdemokratisch legitimieren lässt, und daraus das

Recht auf unanfechtbare Herrschaft ableitet. In einer solchen Demokratie organisieren sich die Beherrschten nicht in Parteien, sondern treffen individuelle Wahlentscheidungen für die Person an der Spitze des Staates, treten also ohne die Vermittlung einer kollektiven Interessenvertretung in eine direkte Beziehung zum Führer. Ein solches Herrschaftsmuster ist typisch für faschistische Staaten.

Der Autor legt dar, wie Demokratie-Rhetorik und populistische Parteienkritik – die an realen Missständen anknüpft – zur »plebiszitären Selbstentmachtung des Wahlvolks« führen. So wird zum Beispiel von der CDU, von dem Industrielobbyisten Hans-Olaf Henkel (ehem. Präsident des BDI, Vorstandsvorsitzender des Konvent für Deutschland) oder dem Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim (Uni Speyer, Autor der rechten Wochenzeitschrift Junge Freiheit) das Mehrheitswahlrecht gefordert. Im Unterschied zum derzeit geltenden Verhältniswahlrecht, wonach sich die Anzahl der Sitze der Parteien im Parlament nach deren prozentualen Wahlergebnis richtet, kommen beim Mehrheitswahlrecht nur die KandidatInnen ins Parlament, die in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten haben. Kleinere Parteien hätten das Nachsehen, die Mächtigen würden gestärkt.

An vielen Beispielen zeigt Thomas Wagner auf, wie unter dem Deckmäntelchen der Bürgerbeteiligung demokratische Rechte ausgehöhelt werden sollen. Und er benennt die konservativen Kreise, bis hinein in den rechten Rand, die sich vordergründig für Demokratie einsetzen und damit versuchen, autoritären Herrschaftsstrukturen den Weg zu ebnen. Zum Beispiel wenn sie für die Direktwahl des Bundespräsidenten plädieren, dessen Amt dann auch mit mehr Macht ausgestattet sein sollte. Selbst führende PolitikerInnen der Linkspartei haben sich diesem Ansinnen angeschlossen. Für Basisdemokratie tritt heute auch die NPD ein, und beruft sich dabei unter anderem auf Hans Herbert von Arnim. Dieser sitzt auch im Kuratorium des anerkannten Vereins »Mehr Demokratie«, dessen Kampagne für einen bundesweiten Volksentscheid 2009 auch von Hans-Olaf Henkel unterstützt wurde.

Zur Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument stellt sich die Rede von Selbstorganisation und Selbsttätigkeit als Begleitmusik zum Abbau des Sozialstaats: »emanzipatorische Begriffe werden umgedeutet und in ihr genaues Gegenteil verkehrt.« Statt sozialer Gerechtigkeit propagiert der Fernsehphilosoph Peter Sloterdijk eine Ethik der Gabe. Nicht um Macht und Interessen soll es nach dem Willen der reaktionären Allianzen gehen, sondern um Meinungen und Sachverstand. So argumentierten auch die Willi-Weise-Bewegung und Helmut Krauses Vereinigte Direktkandidaten. Statt etablierter PolitikerInnen sollten im Jahr 2009 bei der Bundestagswahl 299 unabhängige DirektkandidatInnen (entsprechend den 299 Wahlkreisen) vom »Volk« gewählt werden.

In dem Buch finden sich viele weitere Beispiele dafür, wer mit welcher Zielrichtung und Argumentation die Demokratie reformieren möchte. Ansatzpunkte für Kritik bietet das parlamentarische System zur Genüge, und von einer echten Basisdemokratie ist Deutschland weit entfernt. Abschließend geht der Autor auf die Frage ein, was getan werden könnte, um die Meinungsführerschaft in Sachen Demokratie nicht den Rechten zu überlassen und wie direkte Demokratie emanzipatorisch nutzbar sein könnte. In der *taz* vom 12.03.2012 schrieb er: »Die heute noch politisch halbierte Demokratie muss in die Sphäre der Ökonomie hinein erweitert werden. Der Kampf für mehr Bürgerrechte darf vor den Toren der Banken und Konzerne nicht haltmachen.« (Seite 12). ●

Elisabeth Voß

Thomas Wagner: Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus. Papy-Rossa Verlag, Köln, 2011, 143 Seiten, 11,90 EUR

Wir steigern das Bruttosozialglück

Anette Jensen hat keine Idylle gezeichnet, wie der Titel vielleicht nahelegen könnte. Im Gegenteil, sie zeichnet ein sehr realistisches Bild der aktuellen Situation – und gerade deswegen gelingt es ihr auf den Punkt zu bringen, wie das Streben nach Wirtschaftswachstum der Notwendigkeit einer nachhaltigen Produktion und einer Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauches entgegensteht. Sie geht diesem Problem in fünf Bereichen nach: Energie, Verkehr, Produktion, Landwirtschaft und Banken. Das ausgezeichnete recherchierte Buch bietet eine Fülle von Daten, sowohl über die Auswüchse und Paradoxien des bestehenden Systems als auch über eine große Zahl von Alternativen.

Jensen beschreibt, wie Stromkonzerne mit Megaprojekten wie Desertec oder Offshore Windparks versuchen, die Energieversorgung in ihrer Macht zu behalten, wie die industrielle Landwirtschaft den Hunger fördert, anstatt satt zu machen, wie europäische Saatgutgesetzte genau jene genetisch vielfältigen, anpassungsfähigen Sorten – und damit auch deren Produzenten – benachteiligen, deren Förderung der Weltagrarbericht empfiehlt. Jedes für sich genommen keine Neuig-

keit, allerdings in dieser kompakten, gut verständlichen, leicht und spannend lesbaren Form in einem Buch zusammengefasst ein echter Glücksfall. Plötzlich leuchtet ein, dass es nie möglich sein wird, den Energieverbrauch zu senken, solange die Energieversorgung in der Hand einiger Großkonzerne liegt, die alljährlich ihren Umsatz steigern müssen, um entsprechende Dividenden an ihre Investoren auszubezahlen zu können.

Das Buch zeigt aber auch an zahlreichen Beispielen, wie Menschen sich den Zwängen des Marktes widersetzen können und die Dinge, die sie brauchen, in ihrer Region selbstbestimmt herstellen. Das reicht von den Schwarzwälder Stromrebellern bis zum Buschberg, von findigen Technikern, die Plastik aus Gras erzeugen, bis zum Dorf, von Dorfläden, von Gemeinschaftswerkstätten bis zu Tauschkreisen. Die Vielfalt der Beispiele ebenso wie die Vielfalt der beteiligten Menschen motivieren und machen Mut.

Jensen ist dabei keineswegs naiv. Sie weiß, die Durchsetzung zukunftsfähiger Wirtschaftsformen erfordert eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Besitz- und Machtverhältnisse. Die Fakten über die negativen Auswirkungen des bestehenden Systems sind eindeutig, das Wissen um Alternativen ist da, was jedoch anstehet, um einen Wandel einzuleiten, ist ein Machtkampf. Dieser Prozess ist daher auch eine Herausforderung an die Demokratie. Es geht um eine Dezentralisierung der Produktion, um die Kontrolle der lokalen Bevölkerung über die Produktion und Verteilung der Dinge, die sie zum Leben brauchen. Es geht um die Nutzung der Ressourcen vor Ort, um Transportwege klein zu halten und Kreisläufe schließen zu können. Die Umsetzung dieser Alternativen, so der Haupttenor des Buches, bedeutet jedoch keineswegs Verzicht, sondern einen Zugewinn an Lebensqualität, sie reduziert das Wachstum, aber sie erhöht das Bruttosozialglück.

Das Buch blendet die Probleme nicht aus, die auch mit manchen Alternativen verbunden sind, etwa der Produktion von Energie aus Biomasse. Es zeigt daher keine Patentlösungen auf, sondern jede Lösung muss an die Bedingungen der Region angepasst sein. »Eine auf Dauer tragfähige Wirtschaftsweise muss immer das gesamte System im Blick behalten und darf sich nicht nur auf ein Einzelziel konzentrieren«, so die Schlussfolgerung der Autorin.

Der einzige Wermutstropfen bei der Lektüre des ansonsten sehr empfehlenswerten Buches: Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre und das »Wunder von Wörgl« werden als Vorzeigemodell präsentiert. Nicht nur, dass Gesell dem Nationalsozialismus nahe stand und die Freiwirtschaftslehre sozialdarwinistische Züge trägt – das Geldmodell von Wörgl diente genau dazu, das zu erreichen, gegen das sich dieses Buch wendet: Wirtschaftswachstum durch Ankurbelung des Konsums. ●

Brigitte Kratzwald

Anette Jensen (2011): Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben. Herder, Freiburg-Basel-Wien, 16,95 EUR

»Jede Freundschaft mit mir ist verderblich«

Stefan Zweig (1881-1942) und Joseph Roth (1894-1939): Zwei Österreicher jüdischer Herkunft, zwei bedeutende Schriftsteller deutscher Sprache zwischen den Weltkriegen, die beide von den Nazis ins Exil getrieben wurden. Einer der beiden wuchs in Wien im Wohlstand auf, feierte schon früh literarische Erfolge und erlebte wohl niemals materielle Not. Der andere, aus der östlichen Provinz Galizien stammend, väterlos und aus bescheidenen Verhältnissen kommend, musste sich seinen Weg erkämpfen.

Ein Briefwechsel zwischen Roth und Zweig wurde kürzlich vom Göttinger Wallstein Verlag herausgegeben. Die Korrespondenz erstreckt sich über elf Jahre, während dieser Zeit übernahmen die Nationalsozialisten die Staatsmacht in Deutschland: Bücherverbrennungen wurden vorgenommen, für Juden, Intellektuelle und politische Kritiker entstand der Zwang zum Leben im Exil, deutsche Truppen marschierten in Österreich ein, der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde vollzogen. All dies thematisieren die beiden Literaten.

Wir erfahren sehr viel mehr über Roth als über Zweig. Das liegt daran, dass nur gut ein Fünftel der 268 Briefe von Zweig stammt, von den ersten hundert gar nur zwei. Roths ungestörtes Leben mag dazu geführt haben, dass ein großer Teil von Zweigs Antworten an ihn verloren ging.

Joseph Roth, der bei kulturell und politisch Interessierten immer noch viel Anziehung und Bewunderung genießt, wird einem durch die Lektüre nicht wirklich sympathisch. Er erscheint als Pessimist, der mit manchmal unerträglichem Larmoyanz sein Schicksal und das der Welt beklagt, der in oft derbem Ton viele seiner Zeitgenossen unerbitlich kritisiert, und der »seinen einzigen Freund« erst scheinbar verschämt, später ganz offen um Geld anschnort. Um Geld für seinen verschwendischen Lebenswandel, aber auch für die Behandlung und Unterbringung seiner unheilbar psychisch kranken Frau.

Ob Roth früher einmal ein Linker war (»der rote Joseph«), ist in der Literatur umstritten. Er bestreitet es energisch, bezeichnet sich als »leibhaftigen Rechten« und als Monarchisten. Den Kommunismus wirft er mit den Nazis in einen Topf, Tucholsky nennt er »seinen alten Feind«, das Proletariat bezeichnet er gar als »Scheiße«.

Manchmal fragt man sich: »Was findet der Zweig eigentlich an diesem Kerl?«. Er nennt ihm seinen Bruder und »mein literarisches Gewissen«. Er ermahnt ihn mit schier unendlicher Geduld, seine zerstückelte Lebensweise zu ändern, und hilft immer wieder, obwohl er seiner Frau einmal schreibt, »dem Roth ist nicht zu helfen«.

Das Buch lässt sich nicht lesen wie ein Roman. Um zu verstehen, muss man immer wieder zwischen den Briefen und den umfangreichen Kommentaren der Herausgeber hin- und herspringen. Ergänzt wird die Ausgabe durch einige Aussagen Zweigs über Roth gegenüber Dritten sowie durch ein Nachwort, das vielleicht besser vorn als Einleitung platziert worden wäre. Das hätte das Verständnis erleichtert, aber wohl auch ein wenig von der Spannung weggenommen.

Denn spannend ist die Lektüre allemal. Die Briefe sind Dokumente einer dunklen Zeit, des Lebens zweier Literaten von Rang und einer asymmetrischen Freundschaft zwischen zwei Menschen, von denen der eine fünf Monate nach dem letzten Brief an den Folgen seiner Trunksucht starb, der andere sich drei Jahre später im brasilianischen Exil das Leben nahm. ●

Hans Weber

»Jede Freundschaft mit mir ist verderblich«, Joseph Roth und Stefan Zweig, Briefwechsel 1927-1938, Wallstein Verlag Göttingen 2011, 624 Seiten, 39,90 EUR

Im Spiegel der Montags-Demos

Bereits mehr als 115 Mal haben die mittlerweile legendären Montagsdemos in Stuttgart stattgefunden, der Widerstand gegen das Milliardenloch der Deutschen Bahn hat schon zwei Winter überstanden. Meist vor oder neben dem Bahnhof treffen sich mehrere tausend Menschen und protestieren, begleiten aktuelle Reden mit Applaus oder Getöse – und: schauen sich nach dem neuesten »Bürgerbrief« um. Ein kleines, gelbes Blatt Papier, doppelseitig bedruckt ist Pamphlet, Ermunterung und Ankündigung in einem.

Der Kabarettist und Anstifter Peter Grohmann hat nun seine ersten 78 Bürgerbriefe originalgetreu – jedoch ohne Terminiseite – nachgedruckt und liefert damit ein authentisches Stück Widerstands-Geschichte: Jeweils am Montagmorgen aktuell und schnell geschrieben, schnell gedruckt und vom Autor persönlich schnell verteilt. »Wenn's gelingt, mit Ironie, Pfeffer und Salz und einer großen Portion Hochachtung vor den BürgerInnen, die ohne bleiben werden«, wie Peter anmerkt. Kein fein strukturiertes Geschichtsbändchen rund um das Bahnprojekt sondern lebendige, manchmal zornige, meist witzige Momentaufnahmen, die bewusst persönlich geschrieben sind. Die Briefe sind begehrt und für viele LeserInnen eine Wohltat neben dem täglichen Einerlei der Tunnelpresse. Und soziales nebenbei die wohl verlässlichste Zählmethode der DemoteilnehmerInnen, denn die 3.000 bis 4.000 – im Frühjahr 2012 eher 2.000 – Briefe gehen jeweils weg wie warme Semmeln. ●

Peter Streiff

Peter Grohmann: Bürgerbriefe – ... mehr als Bahnhof verstehen. Peter-Grohmann-Verlag, Stuttgart, 2012, 85 S., 5 EUR. Bestellung: peter-grohmann@die-anstifter.de

Zeitschrift zwischen Nord und Süd

THE REST WILL FOLLOW

330

Arabischer Frühling 2.0 – die Wut ist nicht verrückt

Außerdem: ► Flüchtlingsdrama im Sinai ► WTO im Stillstand ► Gambia im Würgegriff ► Revolten im Film ... 52 Seiten, Einzelpreis € 3,30

(auch als PDF-Download)

Backlist: # 329: Globales Lernen # 328: Drogen # 327: Chinas roter Kapitalismus # 326: LGBTI gegen Homophobie # 325: Chinas roter Kapitalismus ...

iz3w ► Telefon (0049) +761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

PROJEKTE

GESCHICHTE(N) BEWAHREN - ein Generationen verbindendes Projekt: Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass. www.werkstatt-fuer-memoiren.de E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org (02 21) 31 57 83 Kontakt: WOLF WAGNER@ROCK.com

Der Kaffee für den täglichen Aufstand! Zapatistischer Kaffee & Espresso Café Libertad Kollektiv eG

BAUSTOPP DURCHSETZEN

Endlager blockieren! Noch bis 13. August 2012



Jetzt als Gruppe 1 Tag Blockade übernehmen. Freie Termine auf www.gorleben365.de

gorleben365, Lange Straße 8, 29451 Dannenberg, Fon 05861 / 806 95 14, Fax 05861 / 806 95 16, kontakt@gorleben365.de

VERKÄUFE

Idyllisch gelegene Wohnanlage im Frankenwald, 28 Zi., Swimmingpool, ca. 900 qm Nfl. u. 3.900 qm GrdSt., für 98.000 EUR zu verkaufen. Info unter: (0 58 02) 97 09 87 / Tecta Immobilien

ila 354, April 2012

Anarchismus in Lateinamerika

Der erste deutschsprachige Überblick über Geschichte und Gegenwart des lateinamerikanischen Anarchismus

- Insgesamt 14 Beiträge und Interviews zu: den anarchistischen Bewegungen in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Cuba, Mexiko und Uruguay; den frühen Anarchafeministinnen; dem wechselvollen Verhältnis der lateinamerikanischen Linken zum Staat; dem Autor B. Traven in Mexiko; dem Verhältnis von Zapatismus und Anarchismus; den Kämpfen der heutigen sozialen Bewegungen um Selbstorganisation und Autonomie

Die ila 354 hat 64 Seiten. Sie kann zum Preis von 5,- Euro (+ 0,50 Euro Porto) bestellt werden bei: vertrieb@ila-bonn.de oder unter: www.ila-web.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 11mal im Jahr. ISSN 0178-5737 Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. Postfach 10 45 20 69035 Heidelberg E-Mail: contraste@online.de Internet: www.contraste.org Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / 60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail: uwe.weppler@paritast.org / 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / Österreich: AT-8010 Graz, Brigitte Kratzwald, (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratz-wald@comcast.at / AT-9020 Klagenfurt, Hans Wieser, Ehrenhausstr. 4, (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: verein-leh@at.at / Portugal: Dieter Poschen, (00351-289) 793 560, E-Mail: contrast@online.de

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorro.de und 27321 Thedinhhausen, Uwe Giesla, Finkenberg, E-Mail: finkenberg@verden-info.de / Verkehr: Lotbar Galow-Bergemann, (07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / Subversive Klingelwörter: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Für Beiträge, die mit vollen Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contrast@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11 www.contraste.org/anzeigenpreisliste.pdf

Herstellung: Zündsatz GBR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg; Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GBR Druck: Caro-Druck, Kasselstr. 1A, 60486 Ffm

E-Mail: contrast@online.de Internet: www.contraste.org Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter: http://de.groups.yahoo.com/group/contrast-list

Vertrieb: (0 62 21) 16 24 67 Endredaktion: contrast@online.de

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN



Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter www.lateinamerika-nachrichten.de

graswurzel revolution Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



GWR Nr. 368, April: „Piratenprozess“ in Hamburg: Politische Ökologie; Antifa; Anarchismus; Antimilitarismus; Freiheit für Hanna Poddig; Erich Honeckers Achselhöhlendünst; Bewegungsberichte & Analysen zu/aus: Syrien, Portugal, Griechenland, Kuba, Venezuela, u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos bei: GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440-959-250; Fax: -351

Cast r November 2011 nach Fukushima



aaa-Dokumentation doku@anti-atom-aktuell.de

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT express-afp@online.de www.express-afp.info Tel. (069) 67 99 84

express ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT Ausgabe 3/12 u.a.: Kirsten Huckenbeck: »Kriminelle Geschäfte...« und was aus ihnen zu lernen ist - der erste »Fall« von MigrAr Frankfurt; »Schlecker: Eine politische Lösung? - In der Tat!«, Gespräch mit Anton Kobel; »Goldgräbermanieren bei Maredox«, Interview mit Betriebsrat Michael Weißfeldt; Wolfgang Hien: »Das Psychische ist nicht privat«, psychische Erkrankungen - Die Arbeitswelt in den Blick nehmen, nicht die Privatphäre!; »Freiheit, die wir meinen«, Erklärung von DDR-Oppositionellen zur Wahl des Bundespräsidenten; »11000 politisch motivierte Verhaftungen«, Initiative »Demokratie hinter Gittern« gegen Repression in der Türkei gebildet; »Mischa Gaus: »Organisiertes Verbrechen«, SEIU beendet Organizing bei Sodexo - Kriminalisierung von Gewerkschaften in den USA

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile) Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR) Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR) Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer Private Stellengesuche sind kostenlos! Chiffregebühren: 5 EUR Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Brief-

marken oder mit Bankeinzug. Im Voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin: jeweils zum 15. des Monats Einsenden an: CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

www.jungewelt.de Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen. Jetzt am Kiosk!

Die Tageszeitung junge Welt Marxismus kontra Kapitalismus. Ausgabe 1947, Mittwoch, 8. April 2012. Hauptartikel: NATO schafft Freiheit. »Zum Schutz der Zivilbevölkerung...« Westliches Militärbande...

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion: Marginalisierung und Minderheiten. Aus dem Inhalt: »Zw. autoritären Reflexen & kapitalistischem Normalverstand...« die Marginalisierung und Stigmatisierung sozialer Gruppen »Sonne, Strand, Sex«: Dass beim Sextourismus der Tourismus weiblich und der Sex männlich sein kann, zeigt das Beispiel »Karibik« - Sozialrevolutionäres Kreuzverträtzel u.v.m. Probeheft gratis: www.direkteaktion.org

DIE SINNE SCHÄRFEN!!! JETZT TESTEN: analyse & kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis 4 Ausgaben für 10 € Bestellungen: www.akweb.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders! Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
• Entscheidungen treffen ohne Chefin und Abstimmungen?
• Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
• Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunikativen Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.

Information & Anmeldung:

Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40 tagungshaus@kommune-niederkaufungen.de www.kommune-niederkaufungen.de

HOF ROSSEE

Kommune-Seminar auf Hof Rossee 15.-17.06.2012 und 28.-30.09.2012 Unser Seminar soll Menschen, die an gesellschaftlicher, »alternativer« Lebensgestaltung Interesse haben, einen ersten Einblick ins Thema Kommune-Leben geben. Außerdem ist es eine hervorragende Möglichkeit Hof Rossee zu besuchen und einige Menschen der Kommune kennen zu lernen. Wir werden uns mit gemeinsamer Entscheidungsfindung in Gruppen (Konsensprinzip) beschäftigen, uns mit den Möglichkeiten einer gemeinsamen Kasse für mehr als nur zwei Menschen auseinanderzusetzen und es wird Zeit und Raum für eure Fragen und Wünsche geben. Wenn Interesse besteht, können wir uns am Abend eine Diaschau von dem Ausbau unserer ökologischen mit u. a. Strohhallen und Lehm ausgebauten Ferienwohnungen anschauen. In diesen wunderschönen Räumlichkeiten wird auch das Seminar stattfinden, sodass auf jeden Fall Zeit zum Entspannen und Erholen bleibt.

Weitere Infos: www.hof-rossee.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Wie gewöhnliche Menschen außergewöhnliche Dinge tun

Commons-Sommerschule 2012 für deutschsprachige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt

In den letzten Jahren und vor allem seit dem Wirtschaftsnobelpreis für Elinor Ostrom im Jahr 2009 hat die Diskussion über das uns Gemeine jenseits von Markt und Staat (neudeutsch: Commons) an Bedeutung gewonnen. Sie wird in unterschiedlichen Bereichen – ob in Umweltfragen, im kulturellen Bereich oder im sozialen Leben – und von unterschiedlichen Gruppen geführt. Dabei gibt es sehr verschiedene Schwerpunkte und Zugänge.

Termin: 22.-30.06.2012

Ort: Kulturhof Bechstedt, Schwarzatal, Thüringen

Ortsstraße 19, 07426 Bechstedt

Anmeldung & Infos:

brigitte.kratzwald@commons.at

Auf eure Teilnahme freut sich das Organisationsteam:

Silke Helfrich, Burkhardt Kolb Müller,

Brigitte Kratzwald, Angelika Zdun

NICARAGUA

Nicaragua-Konferenz

Vom 19. bis 21. Oktober 2012 wird in Wuppertal ein großes Nicaragua-Bundestreffen stattfinden. Organisiert wird die Tagung von Menschen und Gruppen der Nicaragua-Solidarität aus dem gesamten Bundesgebiet. Mit der inhaltlichen Klammer, wie Solidaritätsarbeit heute und morgen aussehen kann und welche Perspektiven gegenseitiger Unterstützung denkbar sind, wird es um folgende Themen gehen: Fairer / Solidarischer Handel, Kooperativen und ländliche Entwicklung, Gewalt gegen Frauen, Zuckerrohr und Agropolit, Klimawandel, Energiepolitik und alternative Energien in Nicaragua; Wirtschaftspolitik zwischen IWF und ALBA, soziale Bewegungen; Freiheit und Assoziierungsabkommen und ihre Alternativen.

Bei Fragen oder Interesse an einer Mitarbeit:

info@informationsbuero-nicaragua.org

Mehr Infos:

www.informationsbuero-nicaragua.org

ANARCHISMUS

Internationales anarchisches Treffen

Vom 8. bis 12. August findet in St-Imier im Schweizer Jura ein weltweites anarchisches Treffen statt. Dieses steht in der Tradition großer und bedeutender liber-

tärer Zusammenkünfte wie in Amsterdam 1907 und natürlich St-Imier 1872, in deren Zeichen das 140. Jubiläum des Kongresses steht. Seit 1984, als das letzte vergleichbare Treffen in Venedig über die Bühne ging, hat sich nicht nur in der Welt, sondern auch in der internationalen anarchischen Bewegung sehr vieles verändert. Höchste Zeit also, das einmal mehr von Anarchist:innen und Anarchisten auf globaler Ebene Bilanz gezogen und ein Blick in die Zukunft gewagt wird!

Ausführliche Informationen zum Treffen findet ihr unter www.anarchisme2012.ch.

Gegen die Arbeit

Arbeit um jeden Preis? Was ist Arbeit? Wofür ist sie gut? Wem soll sie nützen? Gegenüber der herrschenden Maloch hat sich eine Tendenz zur Anti-Arbeit manifestiert, ein Recht auf Faulheit. Selbst in sozialrevolutionären Situationen wie 1936 in Frankreich und Spanien wurde dies erkennbar. Freude an Arbeit kann nur aufkommen, wenn sie nichtenteignet, eigenbestimmt, verantwortlich und eigenverantwortet ist – wenn sie gerne getan und somit nicht entfremdet ist. Wie müssten hierzu die Voraussetzungen aussehen?

Termin: 23.5.2012, ab 19 Uhr Ort: Kulturschankwirtschaft BAIZ, Berlin www.baiz.info

JUNGE LINKE

Einführung in die Kapitalismuskritik Fragen wie diese sind immer noch aktuell. Warum gibt es im Kapitalismus so viel Armut und Stress mit der Arbeit, wo doch gleichzeitig soviel Reichtum angehäuft wird? Viele meinen, dass das eigentlich gar nicht so sein müsste: Unternehmen würden Miswirtschaft betreiben, Manager seien zu gierig, Politiker setzen die falschen Rahmenbedingungen. Alle müssten nur ihre Jobs richtig machen, dann würde das schon laufen mit dem Kapitalismus. Wer sich die Welt so erklärt, der behauptet, dass der Kapitalismus eigentlich für alle eine gute Sache sein könnte. Wir wollen dagegen aufzeigen, dass die Armut im Kapitalismus eine notwendige Folge der normalen Art und Weise ist, kapitalistisch zu wirtschaften. Die Fragen des Seminars: Wie kommt der Lohn zustande? Was ist der Profit? Wie wird Technik im Kapitalismus eingesetzt und warum folgt daraus

Widerstände vernetzen Alternativen aufbauen Rebellisches Zusammentreffen 25. Juli-1. August 2012 im Wendland www.rebelligesches.noblogs.org

Arbeitsverlängerung und Arbeitslosigkeit zugleich? Wie ist der Zusammenhang von kapitalistischen Kalkulationen und der Ruinierung natürlicher Lebensgrundlagen? Was ist der Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaft und Politik?

Termin: 1.-2.6.2012, Berlin

Info: www.junge-linke.org

Termin: 7.-10.06.2012, Saasen

Programmorschlag:

- Auftakt am 7. Juni (Fronleichnam) um 12 Uhr mit einem World Cafe/Tuschelrunden zur Themenfindung
• Eröffnung der Wandzeitungen: Was findet wann wo statt?
• Zusätzliches Angebot in der Anfangsphase: Diskussionsrunden zur radikalen

CO2-Endlager in Brandenburg vorerst beendet wurde. Nun wollen wir nachsetzen: keine neuen Braunkohleabbau- und -kraftwerke in Brandenburg oder anderswo. Deswegen wollen wir uns auch in diesem Sommer in Jänschwalde zu kreativen Aktionen und Diskussionen treffen. Lasst uns gemeinsam für eine erneuerba-

UNDER PRESS URE INTERNATIONALE KONGRESS - BUKO 34

17.-20. MAI 2012 IN ERFURT krisen kämpfe transformationen

STIFTUNG MITARBEIT

»Nicht immer einer Meinung!«

Im Seminar wird gezeigt, wie Konfliktsituationen in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen frühzeitig erkannt und konstruktiv bearbeitet werden können.

Verschiedene Konfliktarten und -auslöser sowie Möglichkeiten zur Situationsanalyse werden erläutert. Vor allem geht es darum, erfolgversprechende und nachhaltige Wege zum Umgang mit Konflikten aufzuzeigen. Hierbei werden auch die Erfahrungen und Fragestellungen der TeilnehmerInnen aus der eigenen Praxis einbezogen.

Termin: 01.-02.06.2012 in Kassel

Weitere Infos:

www.mitarbeit.de

KNAST

Open-Space

»Für eine Welt ohne Knast und Strafe« Wir wollen eine neue Kampagne starten – aus Aktionen, Informationen, Vernetzung und Veranstaltungen. Mehr auf den Anti-Knast-Seiten und bei www.welt-ohne-strafe.de/!

Immer härtere Strafen. Applaus bis Jubel im Publikum, wenn ein Gericht »Lebenslanglich« verhängt. Lynchmobs, wo Menschen nach langer Haftzeit wieder entlassen werden und eine Wohnung innehat. Gehst du zurück ins Mittelalter? Immer neue Horrorstories über Mord und Totschlag überall. Gefühlte Kriminalität und phantasierte Bedrohung steigern sich täglich, während die Kriminalitätsstatistiken immer weniger Verbrechen zeigen. Alte Menschen leben am sichersten. Im dunklen Wald ist es am si-

Knast-/Strafeskritik ... »Warum ist es richtig, auch für Mörder und Vergewaltiger Freiheit zu fordern?«

- Danach: Arbeitsgruppen, Diskussionen, Aktionsplanung ... nach Lust und Laune der Anwesenden im Open-Space-Verfahren. siehe unter www.hierarchNIE.de/

WOHNUNGSLOSENHILFE

Migration und Wohnungslosenhilfe Vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union und der damit einhergehenden Freizügigkeitsregelungen für die inneruropäische Mobilität von Arbeitskräften ist das Thema Migration in der Wohnungslosenhilfe seit einigen Jahren verstärkt in den Fokus der Debatten getreten. Mit dem Wegfall noch bestehender Beschränkungen für einige osteuropäische Mitgliedsstaaten gewinnt die Thematik noch einmal an Bedeutung.

Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Frage, ob und in welchem Maße die Wohnungslosenhilfe für Wohnungsnotfälle unter Zuwanderern zuständig ist, dient die Fachtagung einer Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen der Zuwanderung nach Deutschland und ihrer Auswirkungen auf das Hilfesystem für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Welche spezifischen Hilfebedarfe gibt es, wie kann ein Zugang zu den Angeboten des Hilfesystems sichergestellt werden und welche Voraussetzungen müssen auf Seiten der Hilfen geschaffen werden, um adäquate Hilfen für diese Zielgruppe anbieten zu können?

Termin: 14.-15.06.2012

Ort: Weimar

Anmeldung bis 03.06.2012:

info@bagw.de

SOMMERCAMPS

Sommerscamp 2012 der SJ-Die Falken In diesem Jahr wollen die Falken Brandenburg mit euch zwei Wochen auf der Insel Föhr verbringen. Zusammen mit 70 anderen Kindern und Jugendlichen aus Brandenburg und Rheinland-Pfalz machen wir uns auf den Weg um ein Falkendorf zu gründen. Der Platz ist nah am Strand und wir werden dort über 400 Falken sein. Ein Falkensommerscamp kannst du für vieles nutzen. Bei uns kann man spannen, aber auch etwas erleben, man kann neue Leute kennen lernen und auch alte Freundinnen und Freunde wieder treffen. Bei uns kann man etwas lernen und diskutieren und genauso gut spielen und toben. Bei den Falken starten wir Projekte, singen zusammen, gehen baden, machen Sport, Kochen für einander, Basteln, machen Workshops und und und. Lass dir das Sommerscamp 2012 nicht entgehen, sag's deinen Freundinnen und Freunden weiter und meldet euch gleich an!

Für alle Kinder ab sechs Jahren.

Anmeldeschluss: 15.06.2012

Termin: 19.07.-02.08.2012

Ort: Föhr (Nordsee)

Weitere Infos: www.falken-brandenburg.de

Zweites Lausitzer Klima- und Energiescamp

Im vergangenen Jahr haben wir mit dem ersten Lausitzcamp in Jänschwalde dazu beigetragen, dass die Planung für

re, demokratische & solidarische Energieversorgung streiten.

Termin: 12.-19.08.2012

Information & Anmeldung:

newsletter@lausitzcamp.info

Antinationales Sommercamp

hoch 5 Nord & hoch 2 Süd

Ein verlängertes Wochenende lang Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Tümpel und Argumente.

Ort: Bayern/Baden-Württemberg

Termin Nord: 26.07.-2.08.2012

Niedersachsen

Termin Süd: 22.-26.08.2012

Bayern/ Ba-Wü

Info: www.junge-linke.org

Der Bund Deutscher PfadfinderInnen, Jugendverband ohne Kluff, der das Pfadfinden aus dem Wald geholt hat, organisiert jedes Jahr die Veranstaltung »Über Stock und Stein«. Dieses Jahr geht es vom 6.-10.07.2012 paddeln, Rad fahren und wandern entlang der Werra. Ohne Kluff und ohne Morgenappell, stattdessen mit vegetarischem Kochen, offener Kommunikation und gemeinsamer Tourenplanung. Wer also mal sehen will, wie man Outdoor-Erlebnisse ohne strenges Baden-Powell-Regelwerk organisieren kann, der kann sich fix unter folgendem Link, in angestauter Jugendverbandsmanier, die Ausschreibung ausdrucken, ausfüllen und anmelden: www.bdp.org/uploads/media/

ANTIMILITARISMUS

Kassel entrüsten

Krieg beginnt vor unserer Haustür

Im bevorstehenden Sommer erwacht Kassel wieder einmal aus dem Dornröschenschlaf und präsentiert sich im Rahmen der documenta 13 als wettloffene, internationale Kulturmetropole. Unter dem Motto »Zusammenbruch und Wiederaufbau« wollen documenta-KünstlerInnen Verknüpfungen herstellen zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte sowie zu aktuellen Beispielen kriegerischer Zerstörung weltweit.

Wir möchten Kassel während der documenta mit einer Aktionswoche aus dem (Rüstungs-)politischen Dornröschenschlaf wecken: Vom 17. bis 24. Juni 2012 wollen wir kreativ das Krieg(s)treiben vor Ort sichtbar machen. Dafür gibt es viele thematische Anknüpfungspunkte: von der Auseinandersetzung mit dem Thema Kasser Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus über die aktuelle Rüstungsproduktion in Kassel für den weltweiten Einsatz hin zu Krieg als Fluchtursache: Krieg beginnt hier!

Für die Aktionswoche sind bisher alternative Stadtrundgänge, Streetart, kreative Öffentlichkeitsaktionen und Performances geplant. Ihr seid herzlich dazu eingeladen, eure Inhalte, Kreativität und Ideen mitzubringen – schließt euch einer bereits bestehenden Arbeitsgruppe an oder gründet eine eigene – nutzt die vorhandenen Strukturen und lasst uns gemeinsam aktiv werden gegen Militarismus und Rüstungsindustrie!

War starts here – Gegenwehr und kritische Öffentlichkeit auch!

Eure PanzerknackerInnen

Infos: www.panzerknacker.blogspot.de

Kontakt: panzerknacker@gmx.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:

contraste.org/terminika.htm

CONTRASTE JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Aust. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Name: PLZ, Ort, Straße: Gruppe/Betrieb/Beruf: Datum: Unterschrift: Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen) Einzugsmächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden. Kontoinhaber: Geldinstitut: Konto-Nr.: BIZ: Diese Einzugsmächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe. Datum: Unterschrift: Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto! Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen. Datum: Unterschrift: Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

chersten. Gedacht wird das Gegenteil. Leben wir in einer Matrix, die vor allem autoritären Innenpolitiken dient? Strafe dient der Wiederherstellung des Vertrauens in die Rechtsordnung – sagt das Bundesverfassungsgericht. Recht hat, wer das Recht durchzusetzen in der Lage ist – meine der wichtigste Rechtsphilosoph Deutschlands. Wer einen Menschen ermordet, erhält lebenslanglich. Wer 100 erschießt, einen Orden. Ist Strafe die Rache des Staates, der nicht darauf klarkommt, dass jemand seine Regeln verletzt? Es wird Zeit, dass endlich wieder eine laute Stimme erschallt, die ausruft: Schluss mit der Hetze! Das wahre Verbrechen sind die gesellschaftlichen Verhältnisse. Knast und Strafe sind die Knute des Staates – und machen alles schlimmer. Daher: Knast und Strafe abschaffen – sofort!

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

PEPERONI-Kinderferienlager 28.7. - 1.8. »FAHR ... Was sonst!« 14 Tage Spaß & Spiel und das Thema: FAHRT ... Was sonst! ROTE PEPERONI Sozialistische Kinderorganisation www.rotepeperoni.de